

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements rechnen an Belgien, Frankreich, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckte Wort 20 Pf. (zweiwöchig 2-fachgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengrüße und Geschäftsbenennungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inzert für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 15. Februar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Weg mit dem Kartoffelzoll.

Heute tritt der Kartoffelzoll wieder in Kraft. In der nächsten Woche wird die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion über die Aufhebung des Kartoffelzolls und die der fortschrittlichen Volkspartei über die Suspendierung des Kartoffelzolls bis zum 1. Mai d. J. zur Verhandlung kommen.

Infolge der starken Verteuerung aller Lebensmittel durch die Zoll- und Steuerpolitik der agrarischen Parteien muß bei den arbeitenden Massen der Genuß der wertvolleren Nahrungsmittel, Fleisch, Hülsenfrüchte, Brot, Butter) hinter dem der weniger nahrhaften Kartoffel stark zurücktreten. Während die wasserhaltige Kartoffel nur einen Bestandteil der Mahlzeit bilden sollte, ist sie in vielen, den unterernährten Schichten des Volkes zum Haupt- oder alleinigen Gericht geworden. Eine Preissteigerung dieses Nahrungsmittels wirkt daher nicht nur für alle Konsumentenkreise drückend; sie ist geradezu als eine Gefahr für den schon durch Unterernährung geschwächten Teil unseres Volkes anzusehen. Die Kartoffelpreise sind aber im vergangenen Jahre infolge der ungünstigen Sommerwitterung stark gestiegen. Bereits im Juli 1911 mußte man im Kleinhandel in den städtischen Markthallen Berlins für neue Speisefertigkartoffeln 18 bis 25 Pf. pro Kilogramm bezahlen, während die entsprechenden niedrigsten und höchsten Preise im Jahre 1910 nur 7 und 10 Pf. betragen. Im Jahresdurchschnitt 1911 wurden für 1000 Kilogramm guter Speisefertigkartoffeln in Berlin 59,70 M., in Magdeburg 58,08 M., in Breslau 59,79 M. gezahlt. Der Jahresdurchschnitt für 1910 dagegen stellte sich in Berlin auf 40,69 M., in Magdeburg auf 37,58 M., in Stettin auf 40,63 M. Der Preisunterschied zwischen beiden Jahren betrug also pro 1000 Kilogramm 20 M. Inzwischen sind die Preise infolge mangelnden Angebots noch höher gestiegen. Bereits im Dezember 1911 kosteten die genannten Sorten Kartoffeln pro 1000 Kilogramm in Berlin und Stettin 80 M. (gegen 44,17 M. im Dezember 1910). Im Februar d. J. wurden in Berlin für 1000 Kilogramm 110 M. gegen 50 M. im Vorjahr notiert. Seit 1900 hat damit der Kartoffelpreis seine höchste Höhe erreicht.

Man zahlte:

	in Berlin in Breslau	
	Markt	Markt
1900	45	38
1901	39	31
1902	30	28
1903	45	36
1904	56	54
1905	53	50
1906	35	33
1907	53	41
1908	54	48
1909	50	41
1910	41	36
1911	60	55

Für die Monate bis zur Sommerernte ist eine weitere Steigerung zu erwarten. Sie wird um so sicherer eintreten, da am heutigen Tage der Kartoffeleinfuhrzoll als neue Ursache in Kraft tritt. Während vom 1. August bis 14. Februar die Einfuhr von Kartoffeln zollfrei ist, wird sie in der Zeit vom 15. Februar bis zum 31. Juli mit einem Zoll belastet, der 2,50 M. pro 100 Kilo beträgt, durch die Handelsverträge aber auf 1 M. herabgesetzt worden ist. Zur Begründung dieser Zollbelastung wurde von den Agrariern geltend gemacht, daß er nur die aus südlichen Ländern im Frühjahr eingeführten frischen Kartoffeln treffen solle. Nur die „Malta-kartoffeln“ — Malta, Cypern, Algerien und Gibraltar liefern die ersten teuren Kartoffeln — würden als Luxusware den Zoll zu tragen haben. Tatsächlich sind die genannten Länder nur in geringem Maße an der Einfuhr beteiligt. Im Jahre 1910 wurden insgesamt 3 106 520 Doppelzentner eingeführt. Gibraltar, Malta und Cypern lieferten davon nur 52 570, Algerien nur 5100 Doppelzentner. Im Jahre 1911 betrug der Anteil Gibraltars, Maltas und Cyperns (der verschwindend kleine Algeriens ist noch nicht bekannt) nur 97 008 Doppelzentner von insgesamt 7 941 896 Doppelzentnern. Die Hauptmengen liefern vielmehr Länder, deren Klima sich von dem Deutschlands nicht so wesentlich unterscheidet und deren Ernten daher ebenfalls in den Sommer fallen.

So wurden aus den Niederlanden 3,875 Millionen, aus dem europäischen Rußland 2,185 Millionen, aus Belgien 0,970 Millionen Doppelzentner im Jahre 1911 eingeführt. Diese Mengen enthalten durchaus keine Luxusware, sondern Speise- und Futterkartoffeln in Sorten, die denen Deutschlands ganz ähnlich sind. Würden nur die Luxuskartoffeln aus südlichen Ländern vom Zoll getroffen, so hätten 1910 nur 57 000 Doppelzentner, 1911 nicht viel mehr als 100 000 Doppelzentner besteuert werden dürfen. Tatsächlich wurden aber 1910 952 457 Doppelzentner und 1911 genau 1 040 484 Doppelzentner Kartoffeln bei der Einfuhr mit Zoll belegt. Nicht die Luxusware allein, auch noch neun- bis zehnmal so große Mengen mehr sind also verzollt worden. Der Zoll verteuert den Preis aller, auch der einheimischen, Kartoffeln. Er bedeutet nichts anderes als eine Belastung des großen Konsums, eine Schädigung gerade der ärmsten Teile unseres Volkes.

Einer Einfuhr von Kartoffeln vor dem 15. Februar begünstigt im vergangenen Jahre, abgesehen von den sonstigen wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Hinderungsgründen, noch der niedrige Wasserstand der Flüsse, der den vor allem in Frage kommenden Wassertransport unmöglich machte oder stark verteuerte, sowie der starke Frost, der die Kartoffeln beim Eisenbahntransport der Gefahr des Erfrierens aussetzte. Schon abgeschlossene Lieferungen konnten daher nicht realisiert werden; sie lagern noch außerhalb Deutschlands. Die Kartoffel kommt auch als wichtiges Futtermittel in Betracht. Die Landwirte werden sie in diesem Jahre weniger als je aus dem Auslande beziehen können und noch mehr zur Verfütterung von Roggen greifen müssen. So wird der Kartoffelzoll auch weiter die Preissteigerung von Fleisch und Getreide befördern.

Schließlich bedürfen wir, da bereits jetzt die Kartoffelvorräte in Deutschland fast ganz aufgebraucht und die im Ausland auch nicht bedeutend sind, ungehinderte und sofortige Einfuhr der südlichen Frühjahrs-kartoffeln.

Regierung und bürgerliche Parteien werden wiederum vor die Frage gestellt, ob ihnen die Gesundheit des Volkes höher steht als die Gewinnsucht der Agrarier. Der Wille des Volkes ist deutlich genug bei den Wahlen kund geworden. Schon bei dieser gegen die gesamte Zollpolitik verhältnismäßig geringfügigen Angelegenheit wird sich beweisen, ob Regierung und Reichstag geneigt sind, diesem entschiedenen Willen des Volkes zu folgen.

Die Lösung der Präsidentenkrise — Beginn der Etatsberatung.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Die Maschine, die Zentrum und Konservative am liebsten nie unter Dampf sehen möchten, läuft nach acht Tagen endlich. Ueber die Obstruktionsschiffe der schwarzblauen Blockbrüder, die heute wieder in der Abgabe weißer Zettel bei der Wahl eines Präsidenten und Vizepräsidenten zur Geltung kamen, hat das Haus sich eine, freilich nur provisorische, Arbeitsfähigkeit geschaffen. Als habe er sein halbes Leben lang dem Parlament präsiert, so gelassen und sicher eröffnete Genosse Scheidemann diese zweite Sitzung unter sozialdemokratischer Geschäftsführung und erledigte die ersten Aufgaben. Das Schreiben des Herrn Paasche, in dem er seinen Rücktritt von dem Posten eines zweiten Vizepräsidenten ankündigt, wird von der Linken mit einem verständnisvollen und ironischen Abja zur Kenntnis genommen.

Gegen die sofortige Neubesezung dieser Stelle hat das Haus nichts einzunenden, und so vollziehen sich ohne Zwischenfälle unter dem zweimaligen ermüdenden Namensaufruf der Dreihundertfiebenundneunzig die Wahlen des Präsidenten und des zweiten Vizepräsidenten. Das Resultat überrascht niemand, und Herr Kaempf übernimmt das Präsidium. Herr Dove tritt an Paasches Platz, so daß die Fraktion, die in der Hauptwahl nicht einen Mann durchbrachte, jetzt mit zwei Mitgliedern im Präsidium vertreten ist.

Mit einem gewissen inneren Uff der Erleichterung wird nun an die regelmäßige Erledigung der Tagesordnung gegangen. Die Interpellation Wassermann über die Bundeskonvention soll nächste Woche verhandelt werden, zur sozialdemokratischen Interpellation Albrecht und Genossen über Aufhebung des Kartoffelzolls bemerkt Staatssekretär Wermuth, daß bei der Regierung „Erwägungen schweben“, Kartoffeln vorjähriger Ernte vom Zoll auszunehmen.

Dann beginnt die erste Lesung des Etats. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtet bietet dem Hause seine Rede als eine kühle, nüchterne und sorgfältig polierte Bureaularbeit dar, die weder im Guten noch im Schlimmen geeignet ist, politische Leidenschaften zu entfesseln. So bleiben denn Beifall und Widerspruch recht spärlich. In seinem historischen Ueberblick über die Reichsfinanzen gedenkt Herr Wermuth mit leiser Begeisterung der fetten Jahre nach 70, als die Bundesstaaten noch gutgefütterte Kostgänger beim Reich waren. Von der Finanzreform spricht er nicht mit der Begeisterung, wie sie wohl dem schwarzblauen Block genehm wäre und läßt auch durchblicken, daß das System der Einfuhrscheine den finanziellen Ertrag der Getreidezölle nicht gerade zu heben geeignet sei. Im Zusammenhang mit einer bevorstehenden Stärkung der Wehrmacht weist der Staatssekretär dann auf die kommenden neuen Steuern hin, ohne ihr Wesen im einzelnen zu umreißen.

Ein inzwischen eingegangener Vertagungsantrag der vier größten Parteien wird angenommen und die Sitzung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Heute beginnt die Etatsdebatte. Erster Redner ist Genosse Dr. Frank.

Die Zuschauer auf den reich besetzten Tribünen, die irgendein Ereignis erwartet hatten, gingen enttäuscht von dannen. Sogar Bethmann Hollweg's Sitz war, wider Brauch und Gepflogenheit, leer geblieben.

Die Hetze gegen Wassermann.

Der Sabotageversuch der Merkmalen und Konserbativen ist mißlungen, der Reichstag hat sich sein Präsidium gegeben und ist in die Etatsberatung eingetreten. Die Abstimmung bei der Präsidentenwahl hat wieder gezeigt, daß Sozialdemokraten und Liberale zusammen über die Mehrheit verfügen können. Nur die Unzuverlässigkeit der Nationalliberalen, bei denen der rechte Flügel nichts davon wissen will, was der linke tut, ist schuld daran, wenn es den Konserbativen und Merkmalen überhaupt gelungen ist, eine solche Verwirrung anzurichten. Deshalb sind auch die Nationalliberalen mit der ganzen Verantwortung belastet, wenn in diesem Reichstag die bei der Wahl Geschlagenen wiederum zu Macht und Einfluß gelangen.

Die Krise, in die die schwankende und haltlose Politik, die Quertreibereien der schwarzblauen Agenten Schiffer, Friedberg, Schifferer und Konforten die nationalliberale Partei gestürzt haben, dauert fort. Die „Nationalzeitung“, die zugleich den kindlichen Dementierungsversuchen der parteiamtlichen Korrespondenz entgegentritt, sagt darüber:

Wir befinden uns im Einvernehmen mit den maßgebenden Parteiführern des rechten und des linken Flügels, wenn wir feststellen, daß schwere Disziplinwidrigkeiten, die in keinem Parteiverbande geduldet werden dürfen, geschehen sind. Das ist kein Geheimnis, denn sie haben sich leider — und das ist gerade das Granitende — vor der Öffentlichkeit vollzogen. Es wäre eine traurige Vogel-Strauß-Politik, wollte man das Offenkundige leugnen, daß die Partei nach außen hin in diesen Tagen ein wahrlich wenig erquickliches Bild darbietet. Um so unerquicklicher, als die Meinungsverschiedenheiten auch eine persönliche Zuspizung, die in dieser heißen Situation doch unbedingt hätte vermieden werden müssen, erfahren haben.

Wenn aber das nationalliberale Organ hinzufügt, daß die Erfahrungen der letzten Zeit bei den Nationalliberalen so stark gewirkt haben, daß eine baldige Ueberbrückung der „Kluft zwischen links und rechts“ nicht zu erwarten sei, so ist das Verhalten der Partei bei der Präsidentenwahl nichts weniger als eine Bekräftigung dieser Ansicht. Und die Rechtsnationalliberalen setzen alle Kraft ein, um die Partei zum Anschluß an die Schwarzblauen zu zwingen. Ramentlich gegen Wassermann richtet sich der Sturm. Es ist ein kleines, aber bezeichnendes Detail, das die Auffassung dieser Kreise drastisch und roh, aber richtig wiedergibt, wenn Herr Wassermann aus Eisenach ein Briefchen zugeschickt wird, das eine feidene Schnur enthält und ein Begleitschreiben: „Nach richtigem Gebrauch wird die politische Lage geklärt sein.“

Die konservative Presse sucht ihrerseits alles für diesen richtigen Gebrauch vorzubereiten. Die „Kreuzzeitung“ verhöhnt den „großen“ und „nationalen“ Führer Wassermann folgendermaßen:

1. Unter der „genialen“ Führung Wassermanns beschloß seine Fraktion, keinen Sozialdemokraten zum ersten Vizepräsidenten zu wählen, sondern nur zum zweiten. Trotzdem haben von seiner Fraktion mindestens die Hälfte sogar für Herrn Bebel als Präsidenten gestimmt, und fast die ganze Fraktion hat für Herrn Scheidemann als ersten Vizepräsidenten gestimmt.

2. Die nationalliberale Fraktion hat es abgelehnt, ein Präsidium zu bilden aus Spahn, Dietrich und Paasche, also aus einem Zentrumsmann, einem Konserbativen und einem Nationalliberalen, obwohl ein solches Präsidium kein Präsidium der Rechten gewesen wäre. Trotzdem haben die Herren es nicht verschmäht, hinter dem Sozialdemokraten Scheidemann den Posten des zweiten Vizepräsidenten anzunehmen.

3. Nachträglich erklärten die Nationalliberalen, das Präsidium Spahn, Scheidemann und Paasche wäre ihnen ganz recht gewesen. Wie reimt sich das damit zusammen, daß sie fast sämtlich gegen Spahn gestimmt und ihm zu einem erheblichen Teile sogar Herrn Bebel vorgezogen hatten?

4. Die Nationalliberalen geben sich als die größten Feinde des Zentrums, trotzdem erklären sie jetzt, an einem Präsidium nicht mehr teilnehmen zu können, weil Herr Spahn, gegen den sie doch selbst gestimmt hatten, den Präsidentenposten niedergelegt hat.

Kann man sich eine loylosere Haltung vorstellen? Wie war das möglich unter der Führung eines Mannes, der nach seiner Ueberzeugung nur in einem Atemzuge mit Bismarck genannt werden kann?

Derselbe Sohn in der „Deutschen Tageszeitung“, die Herrn Wassermann beschuldigt, Deutschland vor Europa blamiert zu haben. Und die „Post“ verlangt den Anschluß an die Rechtsparteien, damit „die Farce ein Ende“ habe.

Diesen Anschluß verlangen eine ganze Anzahl nationalliberaler Organisationen und Blätter, denen nur wenige jungliberale Stimmen entgegentreten. Und überall ist das Mißtrauen gegen Wassermann — bald stärker, bald schwächer — herauszuhören.

Wie diese Krise ausgehen wird, ob die geforderte Einberufung des Zentralvorstandes oder eines Vertretertages sie beenden kann, ist noch nicht abzusehen. Klar ist aber wohl das eine, daß die Wankelmütigkeit und Unentschlossenheit die Fortexistenz der Partei immer mehr gefährdet. Die unter nationalliberaler Maske verborgenen Freikonserbativen fordern die Unterwerfung unter ihre Diktatur und scheinen entschlossen, lieber die Partei zu spalten, als auf die Durchsetzung ihres Willens zu verzichten. Von außen aufs ärgste bedrängt, von innen bedroht, hängt das Schicksal der Nationalliberalen

von der Fähigkeit und Kraft selbständigen Handelns und energischer Politik ab. Aber wer wollte die Frage, ob Nationalliberale solche Energie aufbringen können, nach den letzten Erfahrungen noch immer bejahen?

Die englische Thronrede.

Mittwoch wurde das Parlament mit einer Thronrede eröffnet. Im Gegensatz zu Deutschland gehen dabei nicht die Abgeordneten ins Schloß, sondern der Monarch ins Parlament. Die Thronrede hat folgenden Wortlaut:

Unsere Beziehungen mit den fremden Mächten sind andauernd freundlich. Der Kriegszustand zwischen Italien und der Türkei dauert leider noch fort. Meine Regierung ist bereit, sobald sich eine günstige Gelegenheit darbietet, sich mit anderen Mächten an jeder Vermittlung zu beteiligen, die dazu beitragen könnte, die Feindseligkeiten zu beenden. Die Lage in Persien fährt fort, unsere ernste Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen. Meine Minister, die in ständiger Verbindung mit der russischen Regierung sind, erwägen, welche Mittel am besten die persische Regierung in den Stand setzen könnten, Ordnung und Ruhe in Persien wiederherzustellen. Dem Parlament werden baldmöglichst die auf die persischen Angelegenheiten bezüglichen Dokumente vorgelegt werden. Ich hege die Überzeugung, daß die Krisis in China durch die Einführung einer dauernden Regierungsform, die den Ansichten des chinesischen Volkes entspricht, bald in befriedigender Weise beendet werden wird. Meine Regierung fährt fort, eine Haltung strikter Nichtbeteiligung zu beobachten, während sie zugleich alle notwendigen Schritte tut, um Leben und Eigentum der britischen Untertanen zu schützen. Ich erkenne in vollem Maße an, daß die Führer beider Parteien in China jederzeit bestrebt gewesen sind, das Leben und die Interessen der Fremden in China sicher zu stellen. Dem Parlament werden die auf China bezüglichen Schriftstücke vorgelegt.

Der König teilte ferner mit, daß im Haag ein Abkommen zur Regulierung des Handels mit Opium und ähnlichen Erzeugnissen abgeschlossen worden sei. Der König beharrte sodann den Krönungsbeschluss in Delhi. Er betrachtete mit schwerer Sorge die in Aussicht stehenden Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, hege jedoch die feste Überzeugung, daß eine vernünftige Auffassung auf beiden Seiten vorwalten und eine Entwicklung hintanhaltend werde, die den Handel des Landes und die Wohlfahrt des Volkes ernstlich berühren würde. In der Thronrede werden schließlich Maßnahmen für eine bessere Verwaltung von Irland angekündigt, ferner Gesetzesentwürfe über die Entstaatlichung der Kirche in Wales, über die Abänderung des Wahlrechts, über die Verbesserung des Gesetzes über die britische Staatszugehörigkeit gemäß den Empfehlungen der Reichskonferenz und über gewisse soziale und gewerbliche Reformen.

Die von manchen Seiten gehegte Erwartung, daß schon in der Thronrede über das Verhältnis zu Deutschland nähere Ausführungen gemacht würden, hat sich nicht erfüllt. Doch besagen weitere Meldungen aus London, daß Sir Edw. Grey gelegentlich der Adreßdebatte auf den Erfolg der Reise Saldanes einige Mitteilungen machen werde. Die Gerüchte, daß Asquith demissionieren und durch Grey oder Lloyd George ersetzt werden sollte, werden dementiert. Die von den Panzerplatteninteressenten ausgehaltene „Post“ ist übrigens über die Möglichkeit einer Besserung der deutsch-englischen Beziehungen sehr bestürzt. Sie will gehört haben, daß an den angekündigten deutschen Heeres- und Flottenvorlägen Abstriche vorgenommen würden, mißbilligt solche Geschäftsstörung aufs allerheftigste und verweist sich zu folgender Drohung: „Wir glauben, daß, wenn sich diese Befürchtung bestätigt, die Regierung einen Sturm der Entrüstung erleben wird, gegen den die Erregung des vorigen Jahres ein wahres Kinderspiel gewesen ist.“

Dieser Skandal von Größenwahn macht uns wirklich lachen.

Die Adreßdebatte.

London, 14. Februar. (Unterhaus.) In der Adreßdebatte zur Thronrede erörterte Bonar Law, der Führer der Konservativen, die Geheimdiplomatie und sagte: Unsere Diplomatie hat sich in letzter Zeit in einer Weise betätigt, wie sie mir bisher nicht vorgekommen ist. Lord Saldane hat in irgendeiner geheimnisvollen Mission in Berlin zu tun gehabt. Ich hätte geglaubt, daß wir genug gehabt hätten von der Amateurdiplomatie im letzten Sommer. Ich selbst glaube nicht daran. Wenn es notwendig war, daß irgendein Minister nach Berlin ging, würde meiner Ansicht nach der Staatssekretär des Auswärtigen der geeignete Minister gewesen sein. Wie ich sehe, ist angegeben worden, daß Saldane den Vorzug besitze, deutsch zu sprechen; aber das ist eine nicht ungewöhnliche Kenntnis. Ich nehme an, daß auch unser Botschafter in Berlin deutsch spricht, und daß dieser Grund also keine ausreichende Erklärung ist. Diese jüngste diplomatische Leistung scheint mir von einer außerordentlichen Art zu sein: Saldane ging nach Berlin, vermuthlich mit dem Gedanken an eine bessere Verständigung mit Deutschland. Dennoch hielt gleichzeitig Churchill seine Rede, die mir nicht darauf berechnet zu sein schien, Saldane den Weg zu ebnen. Was diese Rede selbst anbetrifft, so freue ich mich, sagen zu können, daß ich nicht nur mit ihrem Geiste, sondern mit jedem Worte einverstanden bin. (Weilfall bei der Opposition.)

Bonar Law fuhr fort: Wenn das der Geist und das der Weg ist, so kann er sich auf die unbedingte Unterstützung jedes Unionisten verlassen. Niemand ist mehr für ein gutes Einvernehmen mit Deutschland besorgt als ich und niemand würde mit größerem Entschens einen Krieg zwischen den beiden Völkern sehen. Ich freue mich, diese Gelegenheit zu haben, das noch einmal zu sagen. Churchill ist irritiert worden, weil er gesagt hat, Deutschlands Flotte sei ein Luxus für Deutschland, unsere Flotte sei eine Notwendigkeit für uns. Diese Worte sind wahr. Sie sind nur eine Rechtfertigung für unsere Entschlossenheit, eine solche Flotte zu unterhalten, wie wir sie zu unterhalten beabsichtigen.

Die Stellung der beiden Nationen ist nicht dieselbe. Vor- ausgeht, daß wir in einen Krieg mit Deutschland verwickelt werden — was, wie ich hoffe und glaube, nie geschehen wird — mögen wir wohl imstande sein, die deutsche Flotte zu zerstören, aber wir würden niemals an das Herz Deutschlands gelangen können. Wenn wir aber den Fall sehen, daß die deutsche Flotte die Herrschaft im Kanal zwei oder drei Wochen oder längere Zeit behält, würde die deutsche Armee, mit der wir in keiner Hinsicht in Wettbewerb treten können, uns vollständig niederschlagen. Jeder im Hause stimmt dem im Herzen zu, daß eine überlegene Flotte für uns unbedingt notwendig ist und, mag es kosten, was es wolle, erhalten werden wird.

Ich hoffe aufrichtig, daß, während ich dieses sage, das gute Einvernehmen erreicht sein möge. Wenn wir es klar machen, daß wir in dieser Weise zu handeln im Begriffe sind, so wird es auch klar sein, daß eine Steigerung der Rüstungen die Lage nicht verändert und eine reine Selbstverwendung ist. Redner schloß, er billige die Worte, die Sir Frank Lascelles über die für ein gutes Einvernehmen notwendige Gebuld geäußert habe, und hoffe, daß die Regierung diese Eigenschaft bei dieser Gelegenheit zeigen werde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Februar 1912.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages

hielt am Mittwoch eine weitere Sitzung ab. Der Vorstand gab bekannt, daß von ihm eine chronologische Darstellung der Vorgänge bei der Präsidentschaftswahl ausgearbeitet worden ist, die auch der Parteipresse zugehen solle. Weiter wurde beschlossen, noch folgende Initiativanträge einzubringen: Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages; Regelung des Arbeitsrechts der Privatangestellten; Aufhebung der Salz-, Zündholz- und Deuchtmittelsteuer, dafür Einführung einer Besteuerung der Nachlässe von 20 000 M. aufwärts und Einführung einer Reichseinkommensteuer ab 6000 M.; ferner obligatorische Versicherung gegen Schäden der Viehseuche; Beseitigung des § 12 des Vieh- und Fleischbeschaugesetzes, um die Einführung von Gefrierfleisch aus dem Auslande zu erleichtern; Vorlegung eines Reichsschulgesetzes; Reform des Reichsvereinsgesetzes; Bildung weiterer Ausschüsse zur Vorberatung größerer gesetzgeberischer Materien.

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus wurde auch am Mittwoch die ganze Sitzung mit der Beratung des Etats der Landwirtschaftlichen Verwaltung ausgefüllt. Trotz der wieder in Funktion getretenen Wort-Abschneide-Maschine, die es unter anderem unserem Genossen Hoffmann unmöglich machte, die Bedeutung des Obstbaues für die Laubkolonien des nördlichen Ostens, kommen die Verhandlungen nicht recht vom Fleck. Es gibt immer noch zu viele Abgeordnete, die eine Rede, auf die sie sich für die Generaldebatte vorbereitet hatten, die sie sich aber dort verzeihen mußten, bei irgend einem Spezialetat an den Mann bringen zu müssen glauben. Besonders war es der konservative Abg. v. d. Osten, der die Generaldebatte wieder eröffnete und über Latifundien, innere Kolonisation, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, hygienische Maßnahmen auf dem Lande und wer weiß was sonst noch alles sprach. In der Form milde, aber in der Sache um so schärfer, sang er ein Loblied auf die Großgrundbesitzer, die, wenn es sich wirklich so verhielte, wie ihr Vertreter ausführte, die besten Menschen von der Welt und die sozial einflussreichsten und selbstlosesten Arbeitgeber wären. Die ländlichen Arbeiter werden sich wundern, aus dem Munde des Herrn v. d. Osten zu hören, wie gut sie es haben, fast so gut wie im Paradies. Schade nur, daß die Wirklichkeit mit dieser agrarischen Schilderung nicht übereinstimmt. Es war eine etwas veräppelte Bahlrede, die Herr v. d. Osten hielt, eine Bahlrede mit den allertollsten Behauptungen, von denen wir nur die eine hervorheben wollen, daß die Sozialdemokraten selbst darüber klagen, daß sie an die Landarbeiter nicht herankommen können. Daß das mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringen ist, wissen die Konservativen, aber es macht sich schön, wenn so etwas gesagt wird, und noch schöner, wenn ihm niemand widerspricht. In derselben Sitzung war das infolge eines angenommenen Vertagungsantrages nicht möglich, aber in der nächsten Sitzung wird es von unserer Seite nachgeholt werden.

Im übrigen ist aus den Verhandlungen die Anregung des Abgeordneten Fleisch (Hortfchr. Sp.) hervorzuholen, an Stelle der landwirtschaftlichen Spezialarbeitsnachweise die Arbeitsvermittlung auf dem Lande einheitlich zu regeln und die Krankenpflege auf dem Lande zu ordnen. Charakteristischweise schwiegen die Vertreter der Regierung zu dieser Anregung still.

Donnerstag: Fortsetzung der Etatsberatung.

Die Fortschrittspartei und das Reichstagspräsidium.

Ueber die Motive, die die Haltung der Fortschrittspartei bei der Wahl des Präsidiums geleitet haben, besagt eine parteiamtliche Verlautbarung folgendes:

„Die demonstrative Weigerung der zunächst berufenen Parteien, in das Reichstagspräsidium einzutreten, hat zu einer Präsidentschaft geführt, welche die Geschäftstätigkeit des Reichstages aufzuheben droht und damit eine Katastrophe geschaffen hat.“

Angeht es dieser Gefahr hält es die Fortschrittliche Volkspartei für ihre Pflicht, in die Wreiche zu treten und die formellen Voraussetzungen für den endlichen Beginn der sachlichen Verhandlungen zu schaffen.

In der erfolgten Ermählung eines Vertreters der stärksten, die größte Wählerzahl vertretenden Fraktion zum Vizepräsidenten kann die Fortschrittliche Volkspartei keinen Grund erblicken, das Amt des Präsidenten abzulehnen, auf das sie einen Anspruch nicht erheben hat. Für die spätere Zeit nach Beseitigung der gegenwärtigen außerordentlichen Lage behält sich die Fortschrittliche Volkspartei ihre Entscheidung vor.

Aus diesen Gründen hat die Fraktion ihre Mitglieder Kampf und Dove dringend und einmütig gebeten, sich für das parlamentarische Amt des Präsidenten und zweiten Vizepräsidenten zur Verfügung zu stellen.“

Das ziffernmäßige Ergebnis der bayerischen Landtagswahlen.

Die Regierung veröffentlicht jetzt endlich die amtlichen Wahlziffern für die letzten bayerischen Landtagswahlen. Es wurden im ganzen 969 325 Stimmen abgegeben; das sind 81,7 Proz. der Wahlberechtigten. Das Zentrum, der Bund der Landwirte und die Konservativen erhielten 463 631 Stimmen, die Sozialdemokraten, Liberalen, der deutsche und bayerische Bauernbund 489 746 Stimmen. Das Zentrum und seine Verbündeten erhielten demnach 48 Proz., die Sozialdemokraten, Liberalen und Bauernbündler 50,8 Proz. der Stimmen.

Trimborn als Nachfolger Hertlings.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Becker (Köln) braucht nicht sein Mandat nicht niederzulegen, um Herrn Trimborn Platz zu machen, da durch die Mandatsniederlegung des Herrn v. Hertling ein absolut sicherer Zentrumskreis frei geworden ist. Besondere Aufregung wird dieser Wahlkampf Herrn Trimborn nicht bringen, denn v. Hertling ist dort — in Münster-Coesfeld — mit 25 728 gegen etwa 6000 Stimmen der Gegner gewählt worden.

Der Schutz der nationalen Arbeit.

Der Wahlsieg der Sozialdemokratie in Bremen ist nicht zuletzt der zunehmenden Industrialisierung der Handelsstadt zu danken hatte doch die Zahl der Wahlberechtigten wesentlich dank dem Zugang von Industriearbeitern gegen 1907 um 13 500 zugenommen, von 60 963 auf 74 449. Das Resultat der Wahl bringt die Wählerstimmen natürlich zum Nachdenken. In der Bremischen Monatschrift „Die Gildenkammer“, abrigens einem Bekanntheitsunternehmen einer Kaffeestirma, untersucht Dr. F. Gehle die „Industrialisierung der Seestadt“ und empfiehlt u. a. den liberalen Bremer Unternehmern (von denen sich die Arbeiterwähler jetzt nicht mehr so leicht einleisen lassen), ein bißchen arbeiterfreundlicher zu werden. Gehle meint:

„Der Handelsherr der Seestadt herrschte bisher als König im eigenen Reich. Da verliert er gar häufig den Sinn für die außerhalb seines begrenzten Geschäftskreises liegenden Verhält-

nisse. Und da soll er jetzt plötzlich auf etwas ihm so fern Liegendes wie die Psyche des Industriearbeiters Rücksicht nehmen! Das scheint eine gewagte Behauptung und ist doch im letzten Grunde richtig. Im Großbetriebe ist der einzelne Arbeiter — wie übrigens auch der kaufmännische Angestellte! — außer in ganz bestimmten Fragen, seinen übergeordneten Willen zur Geltung kommen lassen dürfte. Der brutal scheinende Grundsatz: „Wer nicht Order pariert, fliegt“, ist da durchaus berechtigt. Aber trotzdem wird eine kluge Verwaltung ihre Arbeiterschaft unter Umständen sogar „pouffieren“ müssen. Ja noch mehr: wo die Kräfte der privaten Verwaltungen nicht ausreichen, muß die Kommune hilfreich einspringen, besonders wenn und weil sie selbst die Heranziehung industrieller Betriebe begünstigt.“

Da nun ferner die starke Beschäftigung ausländischer Arbeiter natürlich nicht dazu beitragen kann, die einheimischen Arbeiter verhältnismäßig zu stärken, so liegt der Bremer Unternehmern folgendermaßen die Leiten:

„Jeder Erwerbsbetrieb hat naturgemäß das Bestreben, möglichst billig zu arbeiten, u. a. also möglichst gering entlohnte Arbeiter zu beschäftigen. Der deutsche Arbeiter, in Kultur und Lebenshaltung verhältnismäßig weit vorgeschritten, ist teuer. Also sucht man, besonders in der Schwerindustrie mit ihren Massen unqualifizierter Arbeitskräfte, ihre Kraft billiger verlaufende Leute heranzuziehen und findet sie — in den Polen und anderen stammesfremden Elementen. Ein Bremer Großunternehmer stellt sogar, wie ich von der Verwaltung erfuhr, wenn möglich nur slawische Arbeiter ein. Dieser starke, noch dazu künstlich begünstigte Zustrom nichtgermanischer Arbeiter ist eine sehr unerfreuliche Begleiterscheinung der Industrialisierung.“

Gehle zählt dann seine Gründe für die Notwendigkeit, die nationale Arbeit zu schützen, auf. Das oben erwähnte Moment — die Sorge um die Wählerstimmen — verzicht er natürlich. Er will nur verhüten, daß sich ein neues Voladenzentrum in Bremen bildet, er will ferner „schon aus Vaterlandsgesühl“ nur deutsche Arbeiter eingestellt sehen, er fürchtet die Belastung der Krankenkassen, und er fürchtet endlich die Belastung der Gemeinde. Dabei erzählt Dr. Gehle eine nette Geschichte, die es verdient, allgemein bekannt zu werden, weil sie zeigt, wie es gewisse Leute anfangen, die „nationale Arbeit“ zu „schützen“ und obendrein die ausländischen Arbeiter zu prellen:

„Bei der Einstellung größerer Mengen fremder Arbeiter wird auch der Umstand wichtig werden, daß dieselben nach gewisser Zeit hier den sogenannten „Unterstützungswohnsitz“ erlangen und damit in der Lage sind, der Kommunalsteuer unter Umständen empfindlich zur Last zu fallen. Die bremischen Unternehmungen würden sich daran tun, dagegen Vorkehrungen zu treffen, denn das können sie verhältnismäßig leicht. Mir ist ein interessanter Fall aus Oberschlesien bekannt. Eine dortige bei Walslawitz gelegene Grube hat die Einrichtung getroffen, daß ihre ausländischen Arbeiter, bevor sie den Unterstützungswohnsitz erlangen, offiziell gekündigt werden. Sie ziehen dann einfach während einiger Zeit ins Oesterreichische hinüber (zur Grube können sie über eine von der Gesellschaft ausschließlich für diesen Zweck über den Grenzfluß, die Krzemska, geschlossene eiserne Brücke kommen), wo sie in großen im Eigentum der Grube stehenden Logierhäusern solange Unterkunft finden, und werden dann wieder herübergeholt, um einer anderen auszuwählenden Kolonne Platz zu machen.“

Walslawitz liegt mitten im Zentrum und Polenparadies. Die deutsche Kultur wird durch je ein Denkmal Wilhelms I. und Friedrichs III. vertreten. Weide können es nicht verhindern, daß die erwähnte Grube solcher Art die „nationale Arbeit schützt“. Viel leicht wenn man noch ein Denkmal für Wilhelm II. ... ?

Ein zentrümlicher Lagererf aus dem westfälischen Sauerland.

Überall wadelt es in den „festesten“ Zentrumsburgen. Auch aus dem „katholischen Sauerland“ berichtet die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ in M. Gladbach, daß „des Lebens ungemischte Freude keinem Irdischen zuteil“ werde. Zwar ist der Wahlkreis, in dem früher Zusangel gewählt wurde, dem Zentrum erhalten geblieben, aber „auch den Sauerländern, insbesondere den katholischen Arbeitern im Sauerland wird die Freude über die wiedergewonnene Einigkeit wesentlich geschmälert durch das starke Anwachsen sozialdemokratischer Stimmen — insbesondere in jenen Orten, in denen wir größere Massen katholischer Arbeiter haben“. Es heißt, daß die „gewiegten sozialistischen Agitatoren“ „die schwachen Seiten der Sauerländer bald herausgefunden“ hätten. Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ schimpft, was das Zeug hält, weil die „roten Hezapostel“ nicht gegen den „religiösen Sinn“ der Sauerländer losdonnern. Dafür wird erklärt, daß der „oft noch schlecht entlohnte“ sauerländische Arbeiter „leicht gewonnen“ sei, wenn der sozialistische Agitator mit geheuchelter Entrüstung (daß sie geheuchelt ist, glaubt die „Westdeutsche“ ja selber nicht, diese „Geberden“ gehören aber zum M. Gladbacher Schwindelgeschäft. Red. des „Vorwärts“) über die „unerhörte Lebensmittelsteuerung“ oder über „Volksausbeutung“ wettete. Dem demokratischen Empfinden des Sauerländers entspreche das radikale Schlagwort von Volksrechten und Volksfreiheit, heißt es von M. Gladbach aus, und es wird „dringend“ gehofft, daß „man“ nun aus dem Verlaufe des Wahlkampfes die „richtigen Lehren“ ziehen werde. Denn es brennt: „Möglichst bald müßte man sich allenthalten mit der Gründung von katholischen Arbeitervereinen befassen, nicht warten, bis überhaupt nichts mehr zu retten ist.“

Das also ist der „feste Zentrumsturm!“ fast ist schon „nichts mehr zu retten!“ Dem „demokratischen Sauerländer“ wird es ja ein Vergnügen sein, von den „roten Hezaposteln“ zu hören, daß die M. Gladbacher Zentrumszentrale Volksrechte und Volksfreiheit als radikale Schlagwörter bezeichnet. Es wird, so glauben die Schwarzen wohl noch gar, dazu beitragen, den wackeligen Turm zu schützen?!

Graf Oppersdorff.

Es ist schon mitgeteilt worden, daß Graf Oppersdorff, der in Bissa mit Hilfe der Polen gewählt wurde, obwohl die offiziellen Zentrumskreise alle Register zogen, den gegen die Kölner Richtung eifernden schlesischen Grafen vom Reichstage fernzuhalten, nicht in die Zentrumstraktion aufgenommen wurde. Graf Oppersdorff veröffentlicht nun in seiner katholischen Wochenschrift „Wahrheit und Klarheit“ den Brief, den er über seinen Ausschuß an den Vorsitzenden der Zentrumstraktion, jetzigen bayerischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hertling, geschrieben hat. Dieser Brief ist für das Zentrum und für die Schärfe des Gegenjahres zwischen der Kölner und der Berliner Richtung so charakteristisch, daß wir ihn hier wörtlich wiedergeben wollen:

Berlin, 8. Februar 1912.

Euer Erzengel

Habe ich folgende Mitteilung zu machen: Noch vor der Wahl, während ich in Frankfurt-Bissa von den dort allein zuständigen Zentrumsinstanzen auf Grund des Zen-

trumpfprogramm als Zentrumsländebild aufgestellt und von den allein entscheidungsberechtigten Wählern als Zentrumsländebild unter denkbar schwierigsten Verhältnissen in den Reichstag gewählt wurde, erklärte Euer Excellenz meinen politischen Gegnern, daß meine Zentrumsländebildatur unerwünscht sei; erklärte die maßgebende Parteipresse, daß meine Kandidatur nicht anerkannt würde, erklärte, endlich, Herr Geheimrat Vorsch ein dem führenden Mitglieder der Reichspartei, daß ich, nach seiner Vermutung, nicht in den Fraktionsverband des Reichstages aufgenommen werden würde.

Nach der Wahl erklärte mir der Direktor beim Reichstage, Herr Geheimrat Jungheim, daß er von maßgebender Seite beauftragt sei, mich zu der konstituierenden Fraktionsitzung des Zentrums im neuen Reichstage nicht einzuladen.

Auch von anderer zuständiger Seite wurde mir die sonst jedem anderen, auf Grund einer Zentrumsländebildatur Gewählten zugewandene Einladung zu der konstituierenden Fraktionsitzung vorenthalten. Tatsächlich fand denn auch am Mittwochabend die erste Sitzung der neuen Fraktion des Zentrums statt, ohne daß mir davon auch nur eine Mitteilung, geschweige denn dazu eine Einladung geworden wäre. Endlich wurde mir mein bisheriger Sitz in den Reihen des Zentrums, wie mir Herr Direktor Jungheim mitteilte, auf fraktionsmäßige Wünsche hin entzogen.

Auf Grund dieser jeden Zweifel ausschließenden Tatsachen sehe ich mich veranlaßt, Euer Excellenz, als dem derzeitigen Vorsitzenden der Fraktionsgemeinschaft des Zentrums, Mitteilung davon zu machen, daß ich den gegen mich auf diese Art vollzogenen Ausschluß meiner Person von der neuen Fraktionsgemeinschaft des Zentrums im Reichstage als vollzogene Tatsache hinnehmen muß und werde. Ich habe mich dazu entschlossen mit Rücksicht auf die — auch mir nicht weniger wie irgendeinem anderen — am Herzen liegenden Interessen der Zentrumspartei. Denn die Zentrumspartei ist es, auf deren grundsätzlichen historischen Boden ich, unbeirrt von dem Wechsel der Konstellationen des Tages, seit fast zwanzig Jahren im öffentlichen politischen Leben gestanden habe, noch heute stehe und auch künftighin, unter Wahrung der mir gewordenen persönlichen Erfahrungen, stehen werde.

Mögen aber auch ich die nicht von mir beeinflussten Formen, unter denen meine Ausschließung von der neuen Fraktionsgemeinschaft des Zentrums im Reichstage sich vollzogen hat.

Dieses ganze, in den Annalen des Zentrums ohne Präzedenz dastehende Vorgehen, das ich im Interesse der Partei nur auf's Lebhafte bedauern kann, ist der Vergangenheit, der Tradition des alten Zentrums und der derzeitigen verantwortlichen Personen des neuen Fraktionsverbandes nicht würdig.

W. v. Oppersdorf, R. d. N.

Ein neues Kriegsluftschiff.

In Kiel wird, so teilt die „Tägl. Rundschau“ mit, ein Stahlflugschiff nach einer Konstruktion des Ingenieurs Unger in Hannover erbaut, das die Form einer glatten länglichen Röhre ohne Gondel hat. Die angewandte Querschnittsform des Schiffes ergibt so günstige Verhältnisse, daß die Betriebsmittel und Motoren sowie das gesamte Personal und die Passagiere innerhalb der Luftschiffhülle untergebracht werden können. Die Länge des Luftschiffes beträgt 150 Meter, die größte Höhe 22, die größte Breite 16 Meter, die Hebekraft beträgt 26 400 Kilogramm, das Eigengewicht 19 764 Kilogramm, das Gasvolumen 24 000 Kubikmeter, die Nutzlast zirka 6336 Kilogramm; Raum ist für 50 Passagiere. Ausgerüstet ist das Schiff mit 5 Motoren à 100 Pferdestärke. Ein Spitzen- und vier Flankenpropeller sorgen für die größte Schnelligkeit des Luftschiffes. Als Kriegsluftschiff wird es etwa 600 bis 700 Pferdestärke Antriebskraft haben und mit zwei Schnellfeuergeschützen System Ehrhardt ausgerüstet sein. Bald wird man hören, daß ein Luftflottenverein Forderungen an den deutschen Reichstag stellt.

Im Kampfe mit der Militärjustiz.

Ueber den Prozeß gegen den Kriegsgerichtssekretär Hoffmann aus Torgau, der sich seit vier Tagen vor dem Halle'schen Kriegsgericht hinter verschlossenen Türen abspielt, berichtet man und weiter: Obwohl der eine Verhandlungsführer bei einer Redensartlichkeit betonte: „Hier gibt es nichts zu vertuschen“, wird die Presse peinlich ferngehalten. Ja, der Anklagevertreter bedauerte sogar, daß es ihm erst so spät möglich gewesen sei, zu beantragen, die Öffentlichkeit auszuschließen. Der bedauernswerte Angeklagte, der in der Verhandlung mit großer Energie — ohne Verteidiger — für sein Recht und seine Ehre kämpft, war am ersten Verhandlungstage derartig erschöpft, daß die Sitzung schon am Nachmittag abgebrochen werden mußte. An den anderen Tagen konnte infolge Ermattung des Angeklagten nur bis Mittag verhandelt werden.

Der Angeklagte, der in Beziehung auf Kriegsgerichtsstände und Gerichtsverfahren meist von Gegnern spricht, will sich durch folgendes die Feindschaft seiner Vorgesetzten zeigen lassen:

Als er in Graudenz Kriegsgerichtssekretär war, wurde auf seine Anzeige hin der dortige Kriegsgerichtsrat Koch wegen dienstlicher Vergehen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Hoffmann wurde dann nach Torgau versetzt und will dort auf Grund der Vorgänge in Graudenz von Kriegsgerichtsräten schikaniert worden sein. Gelegentlich eines Schriftwechsels über den Militärgefangenen Grad will Hoffmann von seinen Vorgesetzten den Befehl erhalten haben, eine Aktenänderung vorzunehmen. Er weigerte sich, den Befehl auszuführen, weil er darin eine Verletzung zur Urkundenfälschung erblickte. Hoffmann, der einen schwerkranken Sohn hat, für den er zur Behandlung in einer Anstalt große Summen aufbringen mußte, um etwas nebenbei zu verdienen, mit Genehmigung des Kriegsministeriums die Verwaltung der Kassenkasse der Kameradschaft für Unterbeamte und Arbeiter der Militär- und Zivilverwaltung übernommen. Diese Kameradschaftsbücher wurden beschlagnahmt; die von den Kriegsgerichtsräten angeordnete Beschlagnahme wurde vom Kriegsministerium aber für ungerechtfertigt erklärt. Als Hoffmann in seiner Kollage gelegentlich ein Unterstützungsgesuch einreichte, wurde die Unterstützung von den Vorgesetzten mit dem Hinweis abgelehnt, Unterstützung ergäben nur solche Personen, die sich gut führten. Die Unstimmigkeiten zwischen Hoffmann und den Militärriatern führten schließlich dahin, daß eines Tages der ausschließliche Kriegsgerichtsrat von Halle in Erlurt wegen verführerischer Rhetorik unter Anklage stand. Es handelte sich dabei um die Abänderung des Protokolls. Hoffmann trat gegen den Vorgesetzten als Zeuge auf. Wegen den Rat wurde eine Woche Gefängnis beantragt, das Gericht kam aber zur Freisprechung, da man annahm, dem Kriegsgerichtsrat habe das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt.

Einige gegen Kriegsgerichtsstände erhobene Vorwürfe gipfeln darin, sie hätten unzulässige teure Dienststellen veranlaßt. Wiederholt hat Hoffmann gegen Vorgesetzte Strafantrag gestellt. Darauf folgten Disziplinarverfahren gegen ihn. Auf einen von Hoffmann erhobenen Vorwurf der Rechtsbeugung wurde ihm mitgeteilt, daß wohl ein Verstoß gegen die Prozeßvorschriften, aber keine Rechtsbeugung vorliege. Am Sonnabend wurde die Verhandlung schließlich vorläufig abgebrochen, um dem Angeklagten einen offiziellen Verteidiger zu stellen. Die Zeugen wurden vorläufig entlassen. Wann die Verhandlung wieder aufgenommen wird, darüber

schweigt die kriegsgerichtliche Höflichkeit. Die Prozeßvertreter halten sich auf der Treppe auf, weil die militärdienstlichen Interessen gefährdet sein sollen. — Nach den Worten des einen Verhandlungsführers: „Hier gibt es nichts zu vertuschen“, läge es im Interesse der Militärjustiz selbst, wenn die erhobenen schweren Vorwürfe im vollen Lichte der Öffentlichkeit und in der Presse widerlegt werden könnten! Warum schloß man die Presse während der ganzen Dauer der Verhandlung aus? Und warum verlas man nicht einmal die Anklage öffentlich? Die Herren von der Militärjustiz können versichert sein, daß man im Volke die weitgehendsten Kombinationen über diese Fragen aufstellt, bei denen die Militärjustiz alles andere als gut wegkommt.

Die Neutralität der evangelischen Arbeitervereine.

Die Arbeitersekretäre der evangelisch-nationalen Arbeiterbewegung Mitteldeutschlands hielten dieser Tage ihre Quartalkonferenzen in Leipzig und Chemnitz unter Leitung des Bekannten Führers der nationalen Arbeiterbewegung, Pastor Richter-Königswalde ab, bei der die Besprechung der Reichstagswahlen und der Tätigkeit der Arbeitervereine gelegentlich der Wahlen einen breiten Spielraum einnahmen. Es wurde auf diesen Konferenzen erklärt, daß die Arbeitervereine überall eifrig in die Wahlarbeiten eingegriffen haben. Durchgängig sei in den Orten, in denen die evangelischen Arbeitervereine vertreten seien, ein Anwachsen der nationalen Stimmen gegenüber den sozialdemokratischen zu beobachten gewesen. — Folgende Resolution fand bei diesen Tagungen einstimmige Annahme:

„Die Sekretärkonferenz stellt fest, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten durchaus nicht alle, ja nicht einmal in der Mehrzahl dem Arbeiterstande direkt angehören, obwohl die Sozialdemokratie ihrerseits sich als die einzige Arbeiterpartei hinstellt. Andererseits hält es die Konferenz für direkt notwendig, daß der Arbeiterstand durch Angehörige im Reichstage vertreten wird. Der Arbeiter ist in allen Arbeiterfragen, die einen breiten Spielraum der inneren Politik einnehmen, Sachverständiger, ist er zugleich auch der gegebene Vertreter der breiten Masse des Volkes. Die Sekretärkonferenz erkennt dankbar an, daß nationale politische Parteien ernstlich bemüht gewesen sind, Vertreter des Arbeiterstandes als ihre Kandidaten zum Teil mit Erfolg in den Reichstag zu bringen. Sie hält es aber für notwendig, daß in Zukunft mehr als bisher der Versuch gemacht wird, der nationalen Arbeiterbewegung Vertretung im Reichs- und Landesparlament zu schaffen.“

Gewiß, dem Vortrage wir bei, daß Arbeiter die gegebenen Vertreter und Sachverständigen für ihre politischen Interessen sind. Doch meinen wir damit nur Klassenbewußte, aufgeklärte und freie Arbeiter und nicht religiös verimpelte christlich-nationale Arbeiter.

Die Konferenz liefert aber wieder einen neuen Beitrag, wie es mit der Neutralität der evangelischen Arbeitervereine aussieht.

Oesterreich.

Blutige Demonstrationen in Agram.

Agram, 13. Februar. Heute nachmittag und heute abend fanden wiederholt Studentendemonstrationen statt, an denen auch Sozialdemokraten teilnahmen, weil die für heute eingeberufene Demonstrationssammlung „mit Rücksicht auf die öffentliche Ordnung“ polizeilich verboten worden war. Zahlreiche Revolverbesitzer und Steinwürfer der Demonstranten veranlaßten die Polizeibeamten, mit blanker Waffe die Menge auseinanderzutreiben. Ein Polizeibeamter wurde schwer und achtzehn leicht verletzt; auch einige Demonstranten erlitten Verwundungen. 25 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Frankreich.

Rüstungssieber des Wasser- und Luftmilitarismus.

Paris, 13. Februar. Bei der Beratung des Flottenprogramms in der Deputiertenkammer wies Marineminister Delcassé auf die Notwendigkeit hin, neue Schiffe zu bauen und erläuterte die Einzelheiten des Flottenbauprogramms, dessen Ausführung bis Ende 1919 gesichert sei. Die Regierung sei verpflichtet, die Rüstungen der fremden Mächte zu beachten, habe es jedoch als nicht unbedingt notwendig erachtet, das Programm zu erweitern, sie habe vielmehr nur die Ausführung um zwei Jahre beschleunigt. Die Gesamtausgabe werde sich auf 1398 Millionen belaufen. Im Jahre 1920 werde Frankreich zwölf Docks für Panzerschiffe von mehr als 23 000 Tonnen haben. Der Minister wies auf die Anstrengungen Oesterreich-Ungarns, Italiens und Deutschlands hin. Die Thronrede des Kaisers lasse erkennen, daß Deutschland, dessen Flottenprogramm im Jahre 1911 seinen Höhepunkt erreicht habe, im Jahre 1912 nicht nachlassen werde. Frankreich müsse nicht eine bestimmte Zahl Panzerschiffe bauen, nur weil andere Mächte eine bestimmte Zahl bauen wollten. Die französische Flotte müsse aber überall fürchtbar sein, und dort die Uebermacht bilden, wo die Hauptinteressen des Landes lägen.

Für Frankreich sei nichts an Wichtigkeit vergleichbar mit dem Mitteländischen Meer. In der eigenen Kraft finde jede Macht die Gewähr für ihre Würde. Die Klugheit gebiete, daß Frankreich immer imstande sei, die seine zu wahren. Delcassé kam sodann auf die Verteilung der Seestreitkräfte zu sprechen und führte aus, im Kanal und auf dem Ozean könne Frankreich sich mit Torpedobootzerstörern und Unterseebooten begnügen und die Defensivbeobachten. Eine solche Haltung würde aber im Mittelmeer verhängnisvoll sein. Die französische Flotte müsse darauf vorbereitet sein, sich gegen jede Flotte zu wenden, die Frankreichs Verbindungen mit Nordafrika bedrohen will. (Lebhafte Beifall.) Delcassé wies darauf hin, daß er im Mitteländischen Meer gegenwärtig über ein mächtiges Geschwader verfüge, das für jede Eventualität gewappnet sei; das andere Geschwader sei in West gebildet. Das Rekrutierungsgesetz für die Marine müsse sofort nach Bewilligung des Flottenprogramms angenommen werden. Es werde Frankreich mit der größtmöglichen Beschleunigung und einem Minimum von Kostenaufwand die wirkungsvollsten Ergebnisse sichern. England, dessen Lage einzigartig sei, verlange die Suprematie zur See und halte zwischen seiner Flotte und denen des Auslandes immer den Abstand inne, den es sich selbst gesetzt habe. Das sei sein Gesetz und es bleibe ihm treu. Deutschland verdanke seinen Rang, dessen Erreichung man ihm nicht zugetraut habe, den Anstrengungen, die es seit erst sieben Jahren gemacht habe. Ein höherer Wille habe sich gegenüber der zunächst widerstrebenden öffentlichen Meinung durchzusetzen gewußt. Frankreich könne im Interesse der Nationalverteidigung eine ähnliche Kraftanstrengung machen; es habe die Pflicht, sich ihr nicht zu entziehen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung forderte Coude, daß diejenigen Metallindustrieunternehmen, die an die Marine lieferten und die Interessen des Staates schädigende Verabredungen getroffen hätten, verfolgt würden. Ferner verlangte er, daß die Zahl der ständigen Arsenalarbeiter auf 25 000 festgesetzt werde. Marineminister Delcassé legte dar, daß er bedeutende Preisermäßigungen für die Panzerschiffe erzielt habe, und erklärte, er werde die Zahl der Arsenalarbeiter festsetzen, sobald das Flottenprogramm angenommen sei. Der sozialistische Abgeordnete Brizon warf der Regierung vor, daß sie die Zwischenfälle mit Deutschland, Italien und Spanien dazu ausnütze, um ruinöse Rüstungsvermehrungen zu verlangen.

Die Deputiertenkammer hat den von Coude gestellten Antrag mit 465 gegen 78 Stimmen abgelehnt und das Flottenprogramm mit 452 gegen 73 Stimmen angenommen.

Paris, 13. Februar. Senat. Bei der Diskussion des Kriegsbudgets erklärte der Berichterstatter Villieo-Lacroix, die bis jetzt eröffneten Kredite für das Flugwesen betrügen zwölf Millionen; sie würden noch ergänzt werden durch Nachtragsforderungen. Die Ausgaben würden sich in diesem Jahre auf 22 Millionen und in den folgenden Jahren auf 25 Millionen belaufen. Kriegsmilitarminister Millerand führte aus, man gehe der Schaffung einer fünften Waffe entgegen. Augenblicklich sei man allerdings erst bei der Schaffung einer technischen Sektion für Luftschiffahrt. Man werde den Offizieren alle Erleichterungen gewähren, damit sie sich mit den Flugzeugen vertraut machen könnten. Auch die Lenkluftschiffe werde man nicht vernachlässigen. Fünfzehn Luftkreuzer verbesserten Systems würden gebaut werden, doch werde man seine Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Flugzeuge richten. Die Flugzeugeinheit, das Luftgeschwader, werde acht Flugzeuge mit einem, zwei und mehr Sitzen, umfassen, ferner zwölf Automobile und einen Werkzeugwagen. Heute schon könnten 13 Luftgeschwader gebildet werden. Man besitze 208 Flugzeuge. Für jedes Luftgeschwader bestimme ein Mobilisationsplan. Der Kriegsmilitarminister fuhr fort: Gegen Ende dieses Jahres werden wir 27 Feld- und fünf Festungsgeschwader, bestehend aus 344 Flugzeugen, mobilisieren können. Im Jahre 1912 werden 30 Zentren für das Flugwesen eingerichtet sein, wozu noch die selbständigen Flugplätze kommen. Jedes Fluggeschwader wird 7 Piloten und Mechaniker aufweisen; im ganzen werden wir 234 Offizierpiloten, 210 Beobachter, 42 Mechaniker, 110 Offiziere, 180 Korporale oder Sappeure und 550 Soldaten aufzuweisen haben. Ferner wird ein Luftschiffregiment mit sieben Kompanien gebildet werden. Millerand betonte sodann, daß zur Verwirklichung dieses Programms 22 Millionen nicht ausreichen würden. Er werde sofort nach Annahme des Budgets einen besonderen Gesetzentwurf einbringen, durch den 11 Millionen für Material und eine Million für Personalausgaben ausgeglichen werden. Andererseits sollen zu den für das Luftschiffwesen vorgesehenen fünf Millionen Franks noch drei Millionen für die Herstellung von Luftschiffen und Luftschiffhäfen hinzukommen. Regierung sprach die Befürchtung aus, daß die Lage weniger gut sei, als Millerand annehme. Unter den 208 Flugzeugen Frankreichs seien kaum hundert, die ernstlich dienstbereit seien; es sei nötig, den Erkundungs- und Herstellungsdiens von Aeroplanen zu organisieren und Werkzeuge zu erfinden, um die deutschen Lenkballons zu vernichten.

Portugal.

Die Republik will ihre Kolonien nicht abtreten.

London, 12. Februar. Zu den wiederholten Nachrichten, daß über die Möglichkeit der Abtretung portugiesischer Kolonien an eine andere Macht und über die Bestimmungen des deutsch-englischen Abkommens von 1898 betreffend den möglichen Verkauf portugiesischer Kolonialbesitz Besprechungen stattgefunden hätten, teilt die portugiesische Gesandtschaft dem Reuterschen Bureau mit, daß Portugal nicht im geringsten die Absicht habe, über irgendwelche seiner Kolonien zu verfügen. Ebenso spricht die Gesandtschaft der Nachricht, daß Portugal an den Abschluß einer auswärtigen Anleihe denke, bei der seine Kolonien die Garantie bilden sollten, jede Verechtigung ab.

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Lissabon, 14. Februar. Die Kammer nahm die Regierungsvorlage, mit welcher der Belagerungszustand über Lissabon aufgehoben und die konstitutionellen Garantien wieder hergestellt werden, an. Die Verhaftungen und Verurteilungen vor dem Kriegsgericht nehmen aber noch immer ihren Fortgang.

England.

Der Ministerwechsel wird dementiert.

London, 14. Februar. Der parlamentarische Korrespondent der „Daily News“ bezeichnet auf Grund von Mitteilungen aus der besten amtlichen Quelle das Gerücht von dem Rücktritt des Premierministers Asquith für falsch. Er erklärt, es beständen keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen Asquith und Finanzminister Lloyd George; Sir Edward Grey bleibe Minister des Auswärtigen. Ferner teilt der Korrespondent mit, der Erste Lord der Admiralität Churchill habe seine Rede in Glasgow ohne Sanktion des Kabinetts gehalten; die Rede habe in amtlichen Kreisen ungewöhnlich Ueberraschung erregt.

Amerika.

Der Kampf gegen die Lebensmittelverteuerung.

Präsident Taft hat dem Kongreß eine Vorlesung über die eine internationale Untersuchung der Teuerung, ihrer Ausdehnung, Ursachen, Wirkungen und etwa möglichen Hilfsmittel vorschlägt. Da der Präsident selbst dem nächstliegenden Hilfsmittel der Herabsetzung der Zölle, für die sich die Wähler ausgesprochen haben, ablehnend gegenübersteht, und eine Zweidrittelmehrheit zur Aukerfassung eines Veto im Kongreß nicht vorhanden ist, kann vor dem Präsidentenwechsel, das ist vor Frühjahr 1913, von einer Aenderung der Zollpolitik nicht die Rede sein. Inzwischen sucht man nach anderen Mitteln, um wenigstens Erleichterung zu schaffen. So hat der Bürgermeister von Indianapolis es unternommen, Lebensmittel unmittelbar bei den Farmern aufzukaufen und sie an die Konsumenten zu veräußern, und ein Geschäft in New York ahmt sein Beispiel nach. In Wisconsin geht man einen anderen Weg. Dort ist eine Staatsbehörde für öffentliche Geschäfte errichtet worden, die eine Volksbewegung zur Errichtung von Konsumvereinen nach englischem Muster zu schaffen sucht. Bisher ist die Konsumgenossenschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten noch in den Anfängen.

Der selbe Notstand besteht in Kanada. So schreibt der „Toronto Globe“: „Heute ist die Hausfrau hilflos. Sie sieht die Kosten der Ernährung ihrer Familie ins Unersehliche steigen. Im vorigen Jahre sind die Kleinhandelspreise für Butter, Eier, Zucker und andere Bedürfnisse um 20 Proz. über die schon ungeheuerlichen Preise des vorhergehenden Jahres gestiegen. Es gibt keine billigen Waren mehr“, sagt sie. „Sogar gewöhnliches Gemüse und Obst sind fast nicht mehr zu begähen. „Unser Hund ist die Menge und Schwere der Steuern auf die Nahrung des Volkes. Jede Beschränkung, die die Schwierigkeiten der Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu den Haushaltungen erhöht, ist eine Lebensmittelsteuer. Außerordentlich hohe Frachttarife sind Steuern. Künstliche Beschränkung der Zufuhrquellen ist Besteuerung. Zölle auf Nahrungsmittel sind wohlüberlegte Steuern der Regierung. Warum dürfen solche Steuern das Leben in Kanada gefährden?“ — „Man sieht“, sagt der Korrespondent der „Daily News“ dazu, „sowohl die Vereinigten Staaten als Kanada stellen dieselbe Frage: Deshalb Zwischenglieder verbiefachen auf Kosten sowohl des Produzenten als des Konsumenten?“

Gewerkschaftliches.

Der § 193 des Str.-G.-B. und die Gewerkschafts- presse.

Wegen Beleidigung des Töpfermeisters Peter in Meivitz ist der verantwortliche Redakteur der Fachzeitschrift „Der Töpfer“ in der Berufungsinstanz vor dem Meivitzer Landgericht wiederum zu 50 M. Geldstrafe und zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt worden. Im „Töpfer“ waren im vergangenen Jahre Verichte erschienen, worin auf die mangelhafte Lieferung von Material zum Ofenausbau durch Peter an die Ofenseher hingewiesen wurde, daß er Dachziegel in ungenügender Weise und Schamotteplatten oft gar nicht zur Verfügung gestellt habe. In Tatzschau mußte ein Ofen nach drei Jahren wieder umgebaut werden, wobei sich erwies, daß zu seinem Ausbau statt mindestens 120 nur 6 halbe Dachziegel Verwendung gefunden hatten. Die Lohnzahlung fand bei Peter nicht regelmäßig nach Arbeitschluss statt, vielmehr mußten die Leute öfter Sonnabends bis 9 und 10 Uhr abends auf ihr Geld warten, und dann erschien Peter noch hin und wieder in angetrunkenem Zustande. Sogar am Weihnachtsabend vor drei Jahren mußten die Leute bis circa 10 Uhr abends auf ihren Arbeitslohn warten.

Ueber alle diese im „Töpfer“ erhobenen Anschuldigungen wurde vom Verklagten ein umfangreicher Wahrheitsbeweis angetreten. Auch wies er nach, daß er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Der schlechte Ofenausbau der Kachelöfen sei geeignet, diese beim Publikum in Mißtrau zu bringen und durch andere Heizsysteme zu verdrängen. Dadurch würden die Ofenseher und Ofenformer, deren Organ der „Töpfer“ ist, in ihrem Erwerb geschädigt. Außerdem beständen im Ofensehgewerbe in einer Reihe von Orten Deutschlands heiztechnische Kommissionen und Versuchstationen, die aus Meistern und Gesellen zusammengesetzt sind und vor allem auch die Pflücker im Gewerbe bekämpfen. Zur Unterstützung der genannten Zwecke gewähre auch der Töpferverband jährlich an die genannten Kommissionen 2000 M. aus Verbandsmitteln.

Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis für im wesentlichen erbracht und billigte dem Verklagten auch den Schutz des § 193 zu. Jedoch kam es wegen formaler Beleidigung zur Verurteilung. Weil der Verklagte in einer Betrachtung über das Gebahren des Peter diesen einen „merkwürdigen Förderer des Gewerbes“ genannt hatte und einige weitere noch unerheblichere Wendungen als den Kläger beleidigend erachtet wurden, wurde die vorn erwähnte Strafe ausgesprochen.

Auf diese Weise wird es Redakteuren einfach unmöglich gemacht, irgendwie vorhandene Mißstände straflos zu kritisieren. Die Kritik wirkt, obwohl wirklich scharfe Worte vermieden werden, auf den Kritisierten stets beleidigend und die Bestrafung wegen „formaler Beleidigung“ ist fertig! Was nützt da der lächerliche Wahrheitsbeweis und die Jubilierung des § 193! Sie stellen nur einen moralischen Erfolg dar, verhindern aber nicht die Verurteilung des Kritikers und die Publikationsbefugnis des seiner Schuld wohl überführten, aber immerhin „formal“ beleidigten Klägers.

Berlin und Umgegend.

Herren-Stabelfonktion. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Werkstatt Feldmesser, Prenzlauer Allee 2, haben wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Arbeit eingestellt. Diese Werkstatt ist gesperrt.

Frankenstein, Saarbrücker Str. 30, hat den Tarif anerkannt und ist die Sperre über diesen Betrieb aufgehoben.

Verband der Schneider, Filiale Berlin I, Die Ortsverwaltung.

Tapetierer! Wegen Tarifbruchs sind für Polsterer und Dekorateur gesperrt die Firmen Groppe, Elisabethstr. 3, und Spindler, Bernauer Str. 80. Die Schlichtungskommission. Spindler, Bernauer Str. 80. Die Schlichtungskommission.

Deutsches Reich.

Zum Kampf um den Arbeitsnachweis im Baugewerbe.

Die Arbeitsvermittlung im Baugewerbe ist heute noch genau so unregelmäßig wie vor zehn und mehr Jahren. Immer noch fragt in der Regel der Arbeitslose in der Kleinstadt im Hause des Meisters und der in der Großstadt beim Voller oder Unternehmer auf der Baustelle um Arbeit nach. Herrscht gute Konjunktur, dann wird auch ein älterer Arbeiter bald Arbeit finden; ist dagegen die Konjunktur schlecht, so daß die Arbeitslosen scharenweise vor den Bauhäusen stehen, dann kann der eine wochenlang vergebens von Bau zu Bau laufen, während ein anderer vielfach auch dann schon nach einigen Tagen Arbeit finden kann. Vielfach haben die Polizei ihre Freunde, die natürlich immer zuerst Arbeit erhalten und die auch am längsten beschäftigt werden. Ehe die Organisationen erstärkten, war es vielorts die Regel, daß sich die von den Voller bevorzugten Gesellen und Arbeiter diesen gegenüber durch Geschenke in Geld oder Lebensmitteln erkenntlich zeigten. Heute ist dieses Schmierwesen durch die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen stark eingebüßt; doch steht die Vetterwirtschaft manderorts auch heute noch in hoher Blüte. Nicht selten geht die Arbeitsvermittlung auch so vor sich, daß sich befreundete Arbeiter gegenseitig in Arbeit zu bringen suchen. Seltenlich sucht der Unternehmer wohl auch durch Inserate in den Tageszeitungen Arbeitskräfte.

Auf diese Weise vollzieht sich heute noch in den weitaus meisten Fällen die Arbeitsvermittlung im Baugewerbe. Daneben suchen noch die von den Kommunen errichteten oder unterstützten öffentlichen Arbeitsnachweise Einfluß auf die Arbeitsvermittlung im Baugewerbe zu bekommen. Dies ist ihnen aber bis heute nur in sehr geringem Maße gelungen. Von den 1,1 Millionen Stellen, die von den 475 kommunalen Arbeitsnachweisen im Jahre 1910 vermittelt wurden, entfielen nur 54 920 oder knapp 5 Proz. auf das Baugewerbe. Berücksichtigt man, daß im Baugewerbe über eine Million Arbeiter beschäftigt sind, die ihre Arbeitsstellen zum großen Teil alljährlich mehrmals wechseln, so erscheinen die 54 920 vermittelten Stellen fast bedeutungslos.

Für die baugewerblichen Arbeiter ist die heutige Art der Arbeitsvermittlung äußerst unangenehm. Daher muß ihnen eine vernünftige Regelung der Arbeitsvermittlung sehr erwünscht sein. Einer solchen Regelung widersetzen sich aber die Bauhärtnmacher mit aller Macht. Zwar sind auch sie mit der heutigen Art der Arbeitsvermittlung unzufrieden, aber nur, weil sie dabei nicht die Möglichkeit haben, die mißliebigen Arbeiter nach Belieben zu drangsaliieren und von der Arbeit auszuschließen. Um diese Möglichkeit zu bekommen, suchen sie die Arbeitsvermittlung ganz in ihre Hände zu bringen. Sie haben schon vor Jahren die Einführung von einseitig durch Unternehmer geleiteten Arbeitsnachweisen beschlossen und dabei offen ausgesprochen, daß diese nachweise Mittel zur Stärkung der Unternehmerorganisation sein sollen. Sie wollen sich durch ihre Arbeitsnachweise „eine wirkliche Waffe“ gegen die Arbeiter schaffen, mit der sie unliebsame Elemente von den Arbeitsplätzen fernhalten können. — Diese Förderung der Bauunternehmer war beabsichtigt einer der Punkte, zu deren Durchführung 1910 die Aussperrung vorgenommen wurde. Als bei den damaligen Verhandlungen die Vertreter der Arbeiter den Unternehmern anboten, sie wollten gemeinsam mit ihnen paritätische Arbeitsnachweise errichten, da wiesen die Unternehmer dieses Anerbieten weit von sich. Vorher schon hatten sie beschlossen, die von den Kommunen errichteten Arbeitsnachweise mit allen Mitteln zu bekämpfen, weil diese für die entscheidende Wahrung der Unternehmerinteressen nichts taugten. Als der große Kampf 1910 zugunsten der Arbeiter verlaufen war, wurde die Arbeitsnachweis-

frage in dem abgeschlossenen Vertrage nicht geregelt. Die Unparitätischen erkannten zwar an, daß die Arbeitsvermittlung im Baugewerbe zurzeit unbefriedigend sei und daß die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise die geeignete Lösungsmöglichkeit wäre. Da aber die Verhältnisse für eine solche Regelung noch nicht reif seien, so bliebe nur übrig, daß sowohl die Arbeiter wie die Unternehmer ihre einseitigen Einrichtungen zur Arbeitsvermittlung weiterbetreiben. In Uebereinstimmung damit entschied später das Zentralschiedsgericht, daß die Arbeitsnachweisefrage außerhalb der Verträge und der Entscheidungen steht, und daß die Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer Arbeitsnachweise in beliebiger Form errichten und betreiben können, soweit sie dabei nicht mit dem Gesetz oder dem Vertrag in Widerspruch geraten. Unter der gleichen Bedingung kann die Gegenpartei geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen.

Auf Grund dieser Entscheidungen suchten die Unternehmer nach der Aussperrung in den verschiedensten Orten ihre einseitigen Arbeitsnachweise weiter zu betreiben, neue zu errichten. Das liehen sich natürlich die Arbeiterorganisationen nicht stillschweigend gefallen, sondern sie griffen zu Gegenmaßnahmen. Die Nachweise der Unternehmer in Bielefeld, Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Raumburg a. S., Nordenham, Nürnberg, Oldenburg, Schleswig, Segefeld und Wilhelmshaven wurden gesperrt und so den Unternehmern an diesen Orten die Einstellung von Arbeitslosen durch ihre Arbeitsnachweise ganz oder teilweise unmöglich gemacht. Das hatte zur Folge, daß z. B. die Unternehmer in Bielefeld ihren Nachweis am 1. Januar 1912 schlossen und die Arbeitsvermittlung völlig einstellten. Ihr Nachweis, der noch im Monat Mai 1911 210 Arbeiter vermittelt, vermochte einen Monat später nur noch ganze 4 Personen „umzusetzen“. Damit war der Arbeitsnachweis wertlos, und die Unternehmer sparten sich durch seine Aufhebung lediglich die vordem nutzlos ausgegebenen Kosten.

Jährer als die Bielefelder Unternehmer sind deren Kollegen in anderen Orten. Obwohl auch dort die Vermittlungstätigkeit fast ganz ausgeht, halten sie doch ihre Nachweise aufrecht, um wenigstens den Beschlüssen der Unternehmer-Generalversammlung Rechnung zu tragen. Daß diese Nachweise jemals die Bedeutung erlangen könnten, die die Unternehmer einmal von ihnen erhofft haben, das wird von diesen heute wohl selbst die naivste Seele nicht mehr glauben. Aber man muß sich doch den Ansehen geben, als wäre der einseitige Arbeitsnachweis für die Arbeiter vom Bau wirklich eine Lebensfrage. So entschloß man sich in Nordenham, wo, abgesehen vom Industriegebiet, die totpnackigsten und am nächsten dem Bauhärtnmacher ihren Wohnsitz haben, mitten im Winter unter Vertragsbruch zur Aussperrung, um den Widerstand der Arbeiter zu brechen und dem samsonischen Maßregelungsinstinkt der Bauhärtnmacher Anerkennung zu verschaffen. Daß dieses saubere Kländchen nicht gelingt, dafür müssen die Bauarbeiter ganz Deutschlands sorgen, indem sie mit aller Strenge den Bezug nach Nordenham fernhalten. Die Unternehmer geben sich alle erdenkliche Mühe, durch Inserate und Agenten, sowie mit Hilfe anderer Arbeitskräfte nach Nordenham zu schleppen. Da schon einzelne Arbeiter auf diese Lockversuche hereingefallen sind, die angeblich von der Aussperrung in Nordenham nichts gewußt haben, so ist Auffklärung in Bauarbeiterkreisen über das Schreiben der Nordenhamer Bauhärtnmacher eine dringende Notwendigkeit. Also: Aufgepaßt, Bauarbeiter, daß kein Mann nach Nordenham kommt!

Der Streik der Maurer und Bauarbeiter auf der Insel Vorkum, der im Juni v. J. begann, wurde durch die Badesaison unterbrochen. Nach Beendigung der Badesaison mußte die Bautätigkeit wieder aufgenommen werden, und die Unternehmer versuchten mit allen Mitteln, Arbeitskräfte heranzuziehen. Da wegen des strengen Winters die Arbeit längere Zeit gänzlich ruhte, sie zum 1. Juli (Anfang der Badesaison) aber beendet sein muß, wird die Anwerbung von Arbeitswilligen in ganz Deutschland für Vorkum mit aller Macht betrieben. Die horkischen Unternehmer lehnen es nach wie vor ab, über die gestellten Forderungen mit dem Bauarbeiterverband zu verhandeln. Die Unternehmer sind der Meinung, für 50 Pf. Stundenlohn genügend Maurer zu bekommen; Arbeiter erhalten nur 40 Pf. die Stunde. In Helgoland werden für Maurer 80 Pf. und für Hilfsarbeiter 65 Pf. Stundenlohn gezahlt. Ehrensache eines jeden Bauarbeiters muß es sein, Vorkum zu meiden.

Organisation der Bauherren auf dem Lande.

Zu einem neuen Mittel, ihre schwankende Position zu befestigen, haben die Junker in Pommern gegriffen. Sie wollen die Landwirte zu einer Organisation der Bauherren vereinigen mit der Verpflichtung, nur solchen Unternehmern Bauarbeiten zu übertragen, die keine „sozialdemokratisch organisierten“ Arbeiter beschäftigen. Als Leiter ist der Landschaftsrat von Herzberg-Lottin tätig, ein neuer Sozialistenfresser. Nicht großsprecherisch tritt diese Bewegung an die Öffentlichkeit:

„Eine Anzahl Männer aus hinterpommerschen ländlichen Kreisen sieht ihm zur Seite mit der Ueberzeugung, daß es hohe Zeit ist, durch Zusammenschluß dem sozialdemokratischen Hebermut und Terrorismus entgegen zu wirken und zu verhindern, daß das sozialdemokratische Gift in die ländliche Arbeiterbevölkerung einbringt.“

Man sieht, diese edlen Den Quackgehirnen haben aus der letzten Bewegung nichts gelernt, sondern nehmen den Kampf mit dem Windmühlensiegeln auf. Während sie über Terrorismus schreiben, üben sie selbst den größten Terror aus.

Eine bemerkenswerte Organisationseinrichtung auf gewerkschaftlichem Gebiete ist am Sonntag im Mansfelder Kreis getroffen worden. Die beiden bisher im Kreise bestehenden Gewerkschaftskartelle in Eisleben und Heißeberg haben sich aufgelöst und dafür ist ein Kartell geschaffen, das die ganzen organisierten Arbeiter im Kreise in sich vereinigt. Dadurch genießen auch die auf den Dörfern wohnenden Arbeiter die Vorteile des Kartells, die bisher davon ausgeschlossen waren, da dort die Möglichkeit eines gewerkschaftlichen Zusammenschlusses in Form der Kartelle meist nicht gegeben ist. In Frage kommen bei der Neubildung 12 Gewerkschaften mit circa 5000 Mitgliedern. Offenlich nehmen die übrigen Organisationen im Kreise recht bald Veranlassung, ihren Anschlag an das Kartell zu vollziehen. Möge die neue Organisation eine gute Waffe in der Hand der Mansfelder Arbeiter werden!

Mühlenerbeiterkreis. Die Arbeit niedergelegt haben am 18. Februar sämtliche Arbeiter der Meis- und Grühmühle A. Oppenheimer u. Co. zu Hamburg. — Zwischen der Firma und der Arbeiterorganisation bestand ein Tarifvertragsverhältnis, das am 31. Dezember 1911 sein Ende erreichte. Die Arbeiter reichten einen den heutigen Verhältnissen entsprechenden Tarifentwurf an die Firma ein. Diese lehnte jegliche Verbesserung ab, erklärte sich aber bereit, den bisherigen Tarif unverändert für weitere drei Jahre anzuerkennen. Das lehnten die Arbeiter ab. Nachdem jeder Versuch der Vertreter des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter, eine gütliche Einigung zu erzielen, an dem ablehnenden Standpunkt der Firma scheiterte, ließen die Arbeiter die Arbeit ruhen. Die Firma beschäftigt 90 Personen. Es wird ersucht, den Bezug von Rältern, Handwerkern, Heizern und Mühlenarbeitern nach diesem Betrieb streng fernzuhalten.

Achtung, Schuhmacher! Infolge des 16 Wochen dauernden, vor kurzem beendeten Streiks in Schweningen a. N. ist noch eine größere Anzahl Schuhmacher ohne Beschäftigung. Auf Grund der getroffenen Vereinbarungen müssen die Unternehmer bei Bedarf an Arbeitskräften in erster Linie die Auskündigten berücksichtigen. Es liegt deshalb im eigenen Interesse der Schuhmacher, Schweningen bis auf weiteres zu meiden, um sich unnütze Reiseflosten zu sparen, da Aussicht, Arbeit zu bekommen, nicht vorhanden ist.

Ausland.

Streik der Budapester Maschinenbauer.

Auf die Aussperrung durch den Verband der Maschinenfabriken haben die Arbeiter nunmehr mit dem Streik geantwortet. 20 000 Mann haben bereits die Arbeit niedergelegt.

Das „Gesandnis“ der Gebrüder Mac Kamara hat zu weiteren Verhaftungen geführt. Außer dem Vorsitzenden des Internationalen Verbandes der Bräuen- und Eisenarbeiter Ryan sind noch einige andere Arbeiterführer verhaftet worden.

Letzte Nachrichten.

Fortsetzung der englischen Adreßdebatte.

London, 14. Februar. (Unterhaus.) Nunmehr ergriff Asquith das Wort. Er gab im Verlaufe seiner Rede eine bedeutsame Erklärung ab über die deutsch-englischen Beziehungen. Er bezog sich auf einen Zwischenruf, den ein Mitglied der unionistischen Partei während der Rede Bonar Law gestan hatte, daß nämlich Halbans auf seiner Mission in bengalischem Dichte nach Berlin gegangen sei, und fuhr fort: Der allgemeine Vorwurf gegen uns und besonders gegen den Staatssekretär des Aeußeren ist der, daß Geheimnisträumerei und eine unterirdische Politik getrieben worden sei.

Die englische Regierung nehme, so erklärte Asquith demgegenüber, ihre diplomatischen Schritte geradezu in bengalischem Lichte vor. (Heiterkeit.) Aber das ist, führte er weiter aus, eine sehr ernste Angelegenheit, und ich möchte mit bezug auf sie eine ernste Sprache gebrauchen, aber auch, ich freue mich, das sagen zu können, eine hoffnungsvolle Sprache. (Beifall.) Es ist eine unbestreitbare und höchst beklagenswerte Erscheinung, daß die traditionellen Gefühle der Freundschaft und des guten Willens zwischen Deutschland und unserem Lande während des letzten Monats ernstlich getrübt waren.

Asquith fuhr fort: Wenn eine Atmosphäre des Argwohns geschaffen ist, nimmt die Fiktion, wie die Erfahrung zeigt, den Platz der Tatsache ein, und Legenden, die sonst als ungläubhaft verworfen werden würden, werden von weiten Kreisen geglaubt. Uns wird zum Beispiel erzählt, daß es in Deutschland viele Leute gibt, die fest glauben, daß wir einmal oder einige Male im Sommer oder Herbst des letzten Jahres einen Angriff auf ihr Land in Erwägung zogen und sogar vorbereiteten, und daß die Bewegungen unserer Flotten mit Rücksicht hierauf sorgfältig berechnet waren. Ich schäme mich fast, einer so wilden und ausschweifenden Einbildungskraft zu widersprechen. (Beifall.) Die ganze Erzählung ist eine reine Erfindung (Beifall) und es gibt, ich brauche es in diesem Hause kaum zu versichern, nicht den Schatten einer Begründung dafür. Ebenso lag nirgends und zu keiner Zeit irgendein aggressiver oder provokatorischer Charakter in den Bewegungen unserer Schiffe.

Aber schon die Tatsache, daß derartige Gerüchte glauben finden konnten, nicht bei der Deutschen Regierung, aber bei einer großen Zahl von intelligenten Leuten in Deutschland, ist sicherlich an und für sich ein bezeichnendes und höchst bedauerliches Symptom. Beide Regierungen waren und sind von dem aufrichtigen Wunsche befeelt, eine bessere Verständigung herbeizuführen, und im letzten Monat hatten wir Anzeichen dafür, daß der Besuch eines britischen Ministers in Berlin nicht unwillkommen sein (Beifall bei den Ministeriellen) und die Erreichung unseres gemeinsamen Zweckes erleichtern würde. Wir hielten es für gut, daß Halbans seinen Besuch dazu benutzte, in freundschaftlichen und vertraulichen Mitteilungen mit denen Fühlung zu nehmen, die verantwortlich sind für die Leitung der deutschen Politik. Die schloß — ich gebe es zu — auf beiden Seiten ein Abweichen von den hergebrachten Methoden mit ein, aber auf beiden Seiten fühlte man, daß Freimütigkeit in der Erklärung und Mitteilung im ersten Augenblick leichter fallen würde, wenn sie eine Frage nicht formal und nichtbindender Unterhandlungen war, als auf der Grundlage dessen, was ich „full dress“ der diplomatischen Verhandlungen nennen möchte. (Beifall.) Diese Unterhandlungen sind vollständig zustande gekommen. (Erneuter Beifall.) Es herrschte vollkommene Erklärungsfreiheit und die Möglichkeit vollkommen freimütiger Auseinandersetzung über ein weites Disussionsgebiet.

Englischer Einspruch wirkt.

Malta, 14. Februar. (Melbung der Agence Havas.) Die drei gefangenen Araber aus Tripolis, die vorgestern von Bord des italienischen Postdampfers „Enna“ ausgeschifft worden waren, sind heute mittig in Freiheit gesetzt worden.

Sunajaten gegen Juanshikai.

KanKing, 14. Februar. (Melbung des Reuterschen Bureau.) Sunajaten hat an Juanshikai ein Telegramm folgenden Wortlaut geschickt: Ich habe von dem Edikt und von Ihrem Erlasse, in dem sie sich als Anhänger der geeinigten Republik bezeichnen, Kenntnis genommen und mich über beide sehr gefreut. Indessen ist die geeinigte Republik außerstande, die Ernennung eines Organisations der Republik durch einen Kaiser der Fiktion-Dynastie anzuerkennen. Wenn man auf diesen Punkt bestehen will, so können sich ernste Folgen daraus ergeben. Ich bitte Sie, sofort nach KanKing zu kommen, um die Hoffnungen des Volkes zu erfüllen. Wenn Ihre Anwesenheit im Norden zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Leitung der Verwaltung notwendig sein sollte, ernennen Sie einen Vertreter mit unbeschränkter Vollmacht und warten Sie ab, wann die Entscheidung der Nationalversammlung ab. — Nach Empfang dieses Telegramms hat Juanshikai Tangshao hi telegraphisch angewiesen, mit den Republikanern im Süden über die noch strittigen Punkte zu verhandeln.

Arizona als Staat aufgenommen.

Washington, 14. Februar. (W. T. W.) Präsident Taft hat heute vormittag einen Erlass unterzeichnet, durch den Arizona als achtundvierzigster Staat in die Union aufgenommen wird.

Aufnahme der Arbeit im Borinage.

Brüssel, 14. Februar. Die streikenden Bergarbeiter im Borinage werden morgen vermittigt die Arbeit wieder aufnehmen, nachdem die Grubenbesitzer sich mit dem gestern angenommenen Zusatzgesetz zum Pensionsgesetz einverstanden erklärt haben.

Gelandete Schiffsbrüchige.

Hamburg, 14. Februar. (S. W.) Von der aus 27 Mann bestehenden Besatzung der vor einigen Tagen bei Halmouth gestrandeten Hamburger Viermastbarke „Windos“ sind heute mit dem Dampfer „Präsident Lincoln“ 17 Mann hier eingetroffen. Die übrigen sind einstuweilen in England zurückgeblieben.

Folgenschweres Unwetter in Marokko.

Casablanca, 14. Februar. (S. W.) Durch den anhaltenden Regen sind hier große Schäden verursacht worden. In Suani Osi sind acht Eingeborenenhäuser eingestürzt. Fünf Personen sind getötet worden, eine Anzahl wurde verletzt.

Reichstag.

5. Sitzung. Mittwoch, den 14. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Visco, Wermuth. Vizepräsident Scheidemann eröffnet die Sitzung bei vollbesetztem Hause. Er läßt zunächst den Eingang einiger Rechnungssachen durch den Schriftführer Abg. Neumann-Hofer (Sp.) verlesen und fährt dann fort:

Der Herr Abg. Paasche hat an das Präsidium des Reichstages folgendes Schreiben gerichtet (Ironische Wl.-Aufe rechts.):

„Dem Präsidium teile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich mein Amt als zweiter Vizepräsident hiermit niederlege.“ (Bravo! rechts, Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und Freisinnigen.)

Ich schlage dem Hause vor, die nunmehr notwendig gewordene Wahl des zweiten Vizepräsidenten heute sofort nach der Wahl des Präsidenten vorzunehmen. (Sehr richtig! links.) Das ist nur zulässig, wenn kein Mitglied des Hauses widerspricht. Ich frage deshalb die Mitglieder des Hauses, ob Sie mit meinem Vorschlage einverstanden sind? Es erfolgt kein Widerspruch, wir werden also nach der Wahl des Präsidenten die Wahl des zweiten Vizepräsidenten vornehmen.

Wir treten dann in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand ist die

Wahl des Präsidenten.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 374 Abgeordneten. Abgegeben sind 173 weiße Stimmzettel, 103 auf den Namen des Abg. Kaempf (Sp.). Ferner sind abgegeben je ein Stimmzettel auf die Namen der Abgg. Zubeil (Soz.), Simon (Soz.), Kretsch (L.), Dr. Will (F.), Graf Oppersdorff (Wid.).

Vizepräsident Scheidemann: Abg. Kaempf ist somit zum Präsidenten gewählt, ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Abg. Kaempf (Sp.): Ich fühle mich verpflichtet, die Wahl anzunehmen. (Oh-Aufe rechts, Bravo! links.)

Präsident Abg. Kaempf übernimmt den Vorsitz und läßt den Namensaufruf zur

Wahl des zweiten Vizepräsidenten

vornehmen. Abgegeben werden 371 Stimmen, davon 165 ungültige; 194 lauten auf den Abg. Dove, einige zerstückelt auf die Abgeordneten Müller-Weinigen (Sp.), Stadthagen (Soz.), Gothein (Sp.), Gaußmann (Sp.), Heschler (Sp.), Wassermann (nall.) (Heiterkeit).

Auf die Frage des Präsidenten erklärt Abg. Dove (Sp.): Ich nehme die Wahl an. (Bravo! links.)

Hierauf wird ein schleuniger Antrag Albrecht (Soz.) wegen Einstellung schwebender Strafverfahren gegen die Abgg. Ebert (Soz.), Fischer-E. (Soz.) und Feuerstein (Soz.) ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Interpellation Wassermann (nall.) und Genossen betr. die

Verhandlungen der Brüsseler Junkerkonferenz.

Auf die Frage des Präsidenten Abg. Kaempf, ob die Regierung bereit sei, die Interpellation zu beantworten, erklärt

Reichschatzsekretär Wermuth: Die Lage der Verhandlungen über eine etwaige Veränderung und Verlängerung der Brüsseler Konvention gestattet es noch dem internationalen Brauch nicht, die Interpellation jetzt zu beantworten. Sobald sie es gestattet, werde ich nicht unterlassen, auf die Interpellation zurückzukommen und dem Herrn Präsidenten eine dahin gehende Mitteilung zu machen.

Zu zwei weiteren Interpellationen Albra (Sp.) resp. Albrecht (Soz.) betr. die sofortige zeitweilige Aufhebung des Gold- und Silberstopps und die Suspendierung resp. Aufhebung des am 15. Februar eintretenden Kartozells erklärt

Reichschatzsekretär Wermuth: Der Herr Reichskanzler wird bereit sein, die beiden Interpellationen im Laufe der nächsten Woche zu beantworten. Da die Interpellationen auf das un-

mittelbar bevorstehende Inkrafttreten des Saisonzolls für Frühlingskartoffeln Bezug nehmen, möchte ich hinzufügen, daß Erwägungen darüber schweben, ob und in welcher Weise der Bundesrat innerhalb der ihm zustehenden Befugnis die Einfuhr von Kartoffeln vorübergehender Ernte in der Zeit vor dem 1. Mai erleichtern kann. (Bravo! links.)

Es folgt die

erste Lesung des Etats.

Reichschatzsekretär Wermuth: Der Weg, den das deutsche Finanzwesen genommen hat, war anfangs eben und ist dann steiler geworden. Der Etat von 1872 begann mit 450 Millionen Ausgaben. Eine Anleihe hatte er nicht, vielmehr setzte er 10 Millionen zur Schuldentilgung aus. Der diesjährige Etat schließt ab mit 2919 Millionen Ausgaben und einer Anleihe von 44 Millionen. Auf das Heer entfällt davon etwa ein Drittel, auf die Marine ein Sechstel. An der Spitze der Einnahmen stehen die aus Zöllen und Steuern mit etwa 1500 Millionen. Die beiden Etats zeigen also Unterschiede, wie das nur in einem jugendlich aufstrebenden Gemeinwesen vorkommen kann. Es hängt das nicht allein zusammen mit der Fülle der vom Reiche übernommenen Aufgaben der sozialpolitischen Fürsorge der Verwaltung der Schutzgebiete, der Schaffung einer Flotte usw., sondern es wirkt auch mit der ungeheuren Aufschwüfung, den wir und nicht wir allein während des letzten Menschenalters durchgemacht haben. Die Vermehrung der Bevölkerung um 60 Proz. bietet dafür keinen ausreichenden Maßstab, vielmehr ist es das Räuber- und Vandalen von Ländern und Menschen, das unserer Generation zu sehen beschieden gewesen ist. Es hat die außerordentliche Vermehrung des Bedarfs jedes einzelnen eine gewaltige Ausdehnung der Produktion und des Austausches zur Folge gehabt. An der Spitze der Ausgaben stehen die

Ausgaben für die Wehrkraft.

Daraus dem Reichshaushaltsetat einen Vorwurf zu machen, wäre höchst unredlich. Die erste Aufgabe, welche die zu einem ewigen Bunde vereinigten deutschen Fürsten und Länder übernommen haben, ist der Schutz des Bundesgebietes. Indem das Reich mit dem Hauptteil seiner Kraft diese Aufgabe sorgsam und wachsam erfüllt, befähigt es am besten auch die Bundesregierungen, den ihnen vorbehaltenen Aufgaben gerecht zu werden. Wollte das Reich deren Aufgaben übernehmen, so wäre die notwendige Folge, daß es sich auch eines Teils ihrer Einnahmequellen bemächtigte. Das aber würde die Lebensbedingungen der Glieder des Reichs schwer erschüttern. Es ist also irreführend, wenn man ausrechnet, daß von den Ausgaben des Reichs 80 Prozent auf Heer und Marine entfallen. Ein solches Zahlenpiel mache ich nicht gern mit, aber wenn man es einmal beginnt, muß man den Ausgaben des Reichs unbedingt auch diejenigen der Bundesstaaten zuzählen. Dann kommt man zu dem Ergebnis, daß die Ausgaben für Heer und Marine einschließlich Pensionen und Anteilszinsen nur 29,8 Prozent der Gesamtansgaben betragen. Das Reich ist es den Einzelstaaten schuldig, die Wehrkraft auf der Höhe zu halten. In dieser Beziehung ist bisher nichts übertrieben und nichts verabsäumt, und wird und darf auch in Zukunft nichts verabsäumt und nichts übertrieben werden. (Bravo! rechts.) Sehr lehrreich ist der zwischen 1872 und 1912 liegende Zeitraum dafür, in welcher Weise die Ausgaben des Reichs finanziert werden sollen. In den Jahren 1890 bis 1909 ist eine sehr

eifertige Aufwärtbewegung der Anleihen

zu verzeichnen. Sie betragen in dieser Zeit 2700 Millionen Mark, und davon entfallen nur 14 Proz. auf verbundene Ausgaben, also Post und Eisenbahn. Hier sieht man deutlich den Fehler, der in der Entwicklung unserer Finanzen steckt. Nicht ungestraft verlegt man die Belege der Volkswirtschaft (Sehr richtig! links), nur daß es gewöhnlich Jahre lang dauert, ehe das Strafgericht vollzogen wird. Die militärischen Ausgaben sind unzweifelhaft die wichtigsten, welche Reich und Bundesstaaten zu bestreiten haben. Aber wir genügen dieser verantwortlichen und schwierigen Aufgabe nicht, wenn wir zwar die Ausgaben in Rechnung stellen, vor der Deckung aber die Augen schließen, in der Hoffnung, daß die Zukunft das Versäumte nachholen werde (Bravo! links.) Die Ausgaben für Rüstungen fortlaufend aus Anleihen zu

nehmen, heißt nichts anderes, als die Fürsorge für die Existenz der Nation zum Teil auf die nachkommende Generation abwälzen und dieser die Fürsorge doppelt schwer machen. Spät, fast zu spät hat man diesen Fehler erkannt und ist dazu übergegangen, neue Steuerquellen zu beschaffen, nicht ohne schwere politische Erschütterungen. (Sehr richtig! rechts.) Die Anleihe hat dadurch ein wesentlich besseres Aussehen erhalten. Mit einem Anleihen sich ihre Beseitigung nicht erreichen, aber es ist doch beruhigend, daß die Anleihe diesmal nur 44 Millionen beträgt, nur 12 Millionen mehr, als der Betrag der verbundenen Ausgaben. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß der Betrag von 88 Millionen Schulden tilgung diesmal seiner wirklichen Bestimmung zugeführt werden kann.

Auf dem Gebiete der Matrikularbeiträge lassen sich große Experimente nicht mehr anstellen, die Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten gegenüber dem ungeheuer gestiegenen Reichsbedarf ist keineswegs unbegrenzt, wir müssen vielmehr unser eigenes Gebiet bearbeiten, das der Zölle und Reichsabgaben. Was den Etat von 1911 betrifft, so haben die neu eingeführten Zölle ein Mehr von 64 Millionen ergeben (Hört! hört! rechts.) Voran steht der Branntwein, dann folgt der Tabak, die Vorfsteuer, die Leuchtgassteuer mit 3 Millionen mehr, die Landwarensteuer mit 2 1/2 Millionen, das Bier mit 2 Millionen mehr. Die sonstigen Einnahmen entwickeln sich durchaus normal. Post und Eisenbahnen haben erfreuliche Heberhöhen zu verzeichnen. Bei den Ausgaben haben wir einige Ersparnisse zu erwarten, wenn auch nicht ganz so wie 1910. Im Etat für 1912 fällt beim Heer das Mehr von 15 Millionen für die Naturalverpflegung auf, das sich aus der Preissteigerung der Lebensmittel erklärt. Die

Finanzen der Kolonien

gehen im allgemeinen gut vorwärts, mit Ausnahme von Südwestafrika, weil dort eine vermehrte Schwierigkeit der Diamantenproduktion zusammentritt mit einer ungünstigen Lage des Diamantenmarktes. Dagegen zeigt Ostafrika sehr erfreuliche Fortschritte. Was die Kosten für das jüngst erworbene Gebiet Kamerun angeht, so läßt sich das jetzt noch nicht mit Bestimmtheit übersehen. Zunächst werden die Kosten der Grenzermittlungsarbeiten zu berücksichtigen sein. — Vermehrte Kosten machen sich notwendig für neue Beamte, denn auf die Dauer läßt sich die Personalvermehrung nicht ganz hintanhaltend. Im allgemeinen beruht der Etat auf denselben Grundlagen wie seine beiden Vorgänger. Er bestreitet die Ausgaben mit den sich weiter entwickelnden Einnahmen und 80 Proz. Matrikularbeiträgen. Er vermindert die Anleihe um 53 Mill. Mark, ist aber davon keine Rede, wie schon behauptet worden ist, daß wir wieder in Gold schwammen. (Heiterkeit links, Zuruf: Ihre Rede vom Dezember!) Wir sind ein gutes Stück vorwärts gekommen, indem wir die laufenden Ausgaben aus laufenden Mitteln bestreiten. Unsere Finanzkraft beginnt sich wieder zu regen. Soll aber der Erfolg der noch nicht ganz vollendeten Wiedergesundung und erhalten bleiben, so müssen wir auch die Mittel weiter anwenden, mit denen wir so weit gekommen sind. Entsteht ein neuer zwingender Mehrbedarf, so darf das nicht der Anlaß sein, den heilsamen Vorgriff: „keine Ausgaben ohne Deckung, das heißt ohne Golddeckung“ zu verwandeln in: „keine Ausgaben ohne Papierdeckung“. Wenn das Wohl des Vaterlandes ein Opfer erheischt, so muß es gebracht werden. Die Finanzen finden auch ein Teil der Wehrfähigkeit des Reichs, auch sie müssen auf ein einziges Ziel sein, müssen vor dem In- und Ausland untadelhaft dastehen und dürfen nicht, wenn auch aus Mitterhandeln, als moralisch und geistlich beizubehalten werden. (Sehr richtig! rechts.) Sind sie so beschaffen, daß sie Vertrauen verdienen und wird ihnen das Vertrauen auch wirklich zuteil, dann dienen sie dem Ansehen Deutschlands und damit einer geistlichen friedlichen Entwicklung unseres gesamten Staatswesens. (Bravo!)

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Schleuniger Antrag Albrecht auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Zubeil (Soz.) und Fortsetzung der ersten Lesung des Etats.)

Schluß 5 Uhr.

Kleines feuilleton

Eine Sprache, die niemand „richtig“ schreiben kann. Unsere Rechtschreibung ist ein Kompromiß schlimmster Art, das eben so viele Ausnahmen wie Regeln hat und von niemandem wirklich beherrscht wird. Interessante Versuche, die dies schlagend bewiesen, wurden, wie die „Vorbauer Zeitung“ berichtet, im dortigen Bunde für Schulforschung unternommen. Der Referent hatte ein schwieriges Diktat, das einem der für die Hand des Lehrers bestimmten Lectionsbücher entnommen war, zunächst selbst geschrieben und immerhin noch 5 Fehler gemacht. Schlimmer gehalten sich die Sache, als er die gleiche Lebung mit Erlaubnis eines Professors einem von diesem geleiteten Kursus von Kollegen diktierte. Die Herren machten 4-5 Fehler; der Durchschnitt ergab 13 Fehler. Acht Frauen mit höherer Mädchenschulbildung, die dann folgten, lieferten Arbeiten mit 13-30 Fehlern (im Durchschnitt 24); zehn Akademiker, darunter Dozenten der Universität, machten 14-30 (durchschnittlich 24 1/2) Fehler. In den Arbeiten einer Anzahl studierender Damen fanden sich 12-21, durchschnittlich 16 Fehler; gleichzeitig schreibende Studenten lieferten 14-32, durchschnittlich 21 Fehler. Der einzige Oberlehrer, der das Experiment mitmachte, gab eine Arbeit mit 18 Fehlern ab. Kurzum, die meisten Arbeiten verdienten die Schulgenur „Unangenehm“.

Der Leiter der Versammlung, Stadtschulrat Hads, erklärte, daß er kopfschüttelnd das Diktat gehört habe. Er hätte sicher 50 Fehler darin gemacht. Für sich selbst nehme er das Recht in Anspruch, das Wort, dessen rechte Schreibweise er nicht weiß, zu schreiben, was es ihm einfällt. Sei dies dem Erwachsenen erlaubt, so sollten den Kindern nicht erst solche Rollen gestellt werden. Schon jetzt sollte man bei Beurteilung der Arbeiten decartige Fehler nicht anrechnen und bei den Aufnahmeprüfungen mehr auf Begabung als auf Rechtschreibung sehen. Dem pflichtete Professor William Siern bei, der sich selbst als den Professor bekannt, dessen Arbeit 20 Fehler aufgewiesen habe. Im übrigen warnte er davor, sich etwa nunmehr auf das phonetische (lautgemäße) Prinzip zu verlassen, da dies wegen der vielen Dialekte einen Verzicht auf den großen Vorteil der einheitlichen gemeinsamen Orthographie für das ganze deutsche Sprachgebiet bedeute. Eine grundlegende Reform erwarbt er erst für die Kindesalter, Vereinfachungen aber, wie z. B. die Anwendung des großen Anfangsbuchstabens nur am Anfang des Satzes und bei Eigennamen, meinte er, seien schon jetzt durchführbar.

Die japanische Einheitsreligion. Der japanische Vizeminister des Innern, Tokonami, hat an die Presse ein Rundschreiben versandt, in dem eine Verschmelzung der drei in Japan bestehenden Religionen: Schintoisimus (einheimische Ahnen- und Geisterverehrung), Buddhismus und Christentum, empfohlen wird. Darin wird ausgeführt: der jetzt in den japanischen Schulen erteilte Moralunterricht sei nicht imstande, die sittlichen Ideen genügend zu lehren. Dazu bedürfe es der Verbindung mit Religion. Diese wieder bedürfe, um höhere Ansehen zu gewinnen, einer engeren Verknüpfung mit dem Staate. Alle Religionen stimmten in ihren Grundgedanken, den Vorstellungen von Gott, Buddha, Himmel, die für die drei genannten Religionen in Frage kommen, überein. Verschieden aber sei die Morallehre, die nach Zeit und Ort abweichend gestaltet sei. Sie entwickelt sich immer. Daher

mag es für Schintoi und Buddhismus notwendig sein, ihre Schritte nach Westen zu lenken. Auch das Christentum sollte aus dem engen Kreise, auf den es sich beschränkt, heraustreten und sich den nationalen Empfindungen, Gebräuchen und der nationalen Politik anpassen, um größere Wirkung zu gewinnen. Japan hat eine fortschrittliche Politik und Volkswirtschaft angenommen, um an den Segnungen der westlichen Zivilisation teilzunehmen. Es ist wünschenswert, Denken und Glauben des Westens in religiöser Hinsicht in harmonische Beziehung zu dem Japans zu bringen.

Eine Konferenz von Vertretern der verschiedenen religiösen Richtungen (die auch in Japan in einige Dutzend Seiten zerfallen) soll einberufen werden, in der der Minister einen spezielleren Plan der Verschmelzung vorlegen wird. Man darf gespannt sein, was bei dieser haarscharf approbierten Religionsfabrikation herauskommen wird. Jedenfalls keine höhere Moral, solange das bestehende System der Ausbeutung und des Militarismus mit despotischer Grausamkeit auf dem unglücklichen japanischen Volke lastet.

Die Obstruktion des Lokomotivführers. Im „Momento“ liest man: Der Ministerpräsident Giolitti begibt sich oft am Abend von Rom nach Frascati, wo er bis zum Morgen zu verweilen pflegt, um dann mit der Eisenbahn nach Rom zurückzukehren. Nun machte sich der Lokomotivführer, der den zweiten Vormittagszug Frascati-Rom zu bedienen hat, jedesmal, wenn er wußte, daß der Ministerpräsident im Zuge war, das Vergnügen, die Dienstordnung auf das strengste und peinlichste anzuwenden, mit anderen Worten: er machte eine Art Obstruktion, indem er bei jedem Bahnhofertauschen die Maschine wie wahnsinnig pfeifen ließ und bei jeder noch so kleinen Station die Fahrgegendwände derart verlangsamte, daß der Zug wie eine Schnecke dahinkroch. Herr Giolitti kam infolgedessen regelmäßig halb taub und mit einer Stunde Verspätung in Rom an. Der kleine Scherz lag klar zutage, aber man konnte gegen den Lokomotivführer und gegen den mit ihm in Verbindung stehenden Maschinisten nicht vorgehen, da sie sich darauf berufen konnten, daß sie mit seltener Gewissenhaftigkeit die Dienstvorschriften befolgten. Um nun aber der unangenehmen Sekunde ein Ende zu machen, hat jetzt die römische Eisenbahndirektion den gewissenhaften Lokomotivführer — befördert, um ihn aus dem Dienst der Bahn Frascati-Rom auf anständige Weise entfernen zu können.

Theater.

Neue Freie Volksschule (im Neuen Volkstheater): „Nathan der Weise“ von Lessing. Mit der Gemischa wie dekorativ überaus schönen Aufführung der gleichen Dichtung im Neuen Schauspielhaus, der ja die Mitglieder unserer Freien Volksschule teilhaftig geworden sind, kann die von der Neuen Freien Volksschule veranstaltete in keiner Weise verglichen werden. Schon deshalb nicht, weil die Publizität-Vahne im weiland Wolgogischen Musikentpel einer reichen, dabei räumlichen Inszenierung im Wege steht. Der „Polmenwald“, hier verbaut, ist primitiv aus, wie das Innere des Sultans und des Judenbaues. Mit solcher Vermischung sieht abdam eine prinzipielle Verbindung der Personen im offenen Widerspruch. Aber auch die Darstellung an sich war nicht gar weit her. Es kann darüber, daß August Komber als Tempelherber eher ein schmalhaptiger Konvulsant, denn ein schwächlich-rauhbeiniger Ritter war, und daß auch weder Otto Montua als Sultan, noch Elisabeth Huch als Sittah ihren Rollen gerecht wurden, kein Zweifel

bestehen. Ungleich besser gab Robert Müller den Nathan, Martha Angerstein war als Recha so schön als liebreizend. Freig Kreisler brachte die Jappeligkeit des Derwishes adwas grotesk, aber recht wirksam. Der Liebereifer der alten Daja wurde durch Agnes Berner Wagner drohlig gegeben; und den Klosterknecht spielte Emil Kameau gleichfalls sicher hin. Mehr läßt sich von dieser Vorstellung nicht sagen.

Humor und Satire.

Lieber „Vorwärts“!

Du meinst, ich soll ein Gedicht dichten auf das Präsidium, das bald da ist, bald nicht? — Ach Gott!

Ich tue ja seit einer Woche nichts anderes!

„Und ich seh' mich suchend um: Wo ist das Präsidium?“ —

So weit war ich schon Sonnabend, aber gerade als ich den Schlafstich machte, kam die Nachricht, Peter Spahn ist gewählt und alles ist in Ordnung.

Vorauß ich mein Werk als Schreibunterlage benutzte und ein neues baute, sehr wichtig (ganz gegen meine Gewohnheit), es hätte Dir sicher gefallen.

Aber sieh mal, der Himmel (G. m. b. H.) hat es anders gewollt, und Peter Spahn dankte ab.

Lieber Vorwärts! — was ich die letzten Tage ausgestanden habe, das ist nicht zu blasen! — Kaum hatte ich einen Reim auf Paasche gefunden (Kleidage), so hieß es, Scheidemann ist derjenige, welcher, und wenn ich dann meine Siegestrompette bläse, so wurde Kaempf auf den Schild gehoben.

Du meinst, die Herren lieben ja sonst auch alle Arbeit den Sozialdemokraten? — Ja...! Aber welche Gelegenheit, sich wichtig, eine Klatsche zum Elefanten, Kaempf zum Präsidenten zu machen! — Und denk' mal, wenn Scheidemann Dertein zur Ordnung ruft — die Schmach überlebt der Dide nicht!

Rein, es wird weiter geschadert. Und wenn ich das 25. Gedicht habe — das schide ich Dir. Jetzt muß ich arbeiten: „Spahn — nimmt nicht an — Scheidemann — den meide man — sonst kommt Paasche — in Rasche...“ Herzlichst Dein Kurt.

Notizen.

— Eine große Winterblumen-Schau veranstaltet die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft gelegentlich ihres 90. Stiftungsfestes im Landwirthschaftlichen Kasino in Charlottenburg, am Bahnhof Botanischer Garten, am 15. Februar. Die Eröffnung erfolgt um 2 Uhr und dauert bis 8 Uhr abends. Eintritt 2 Pf. Die Zurecht in den Berliner Treibereien herangezogenen Treibstränder, wie Kleeblätter, Schneeball und Rosen werden mit herbortragenden Tulpenfortimenten, mit Maiblumen, Hyazinthen, Azaleen und Orchideen in einen friedlichen Wettbewerb treten.

— Wie die „Festschen“ die Kunst fördern. Das Bureau des Berliner Theaters teilt mit: In den letzten Wochen wurde das Theater, zum Teil wiederholt, durch den Besuch folgender Fürstlichkeiten ausgezeichnet: Prinz Heinrich der Niederlande, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, Prinz Sigismund von Preußen und die Söhne des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen. — Im Berliner Theater wird bekanntlich ein Ausstattungsstück: „Die großen Posten“ gegeben.

Fort mit dem gleichen Wahlrecht!

Die scharfmacherischen „Berliner Neuesten Nachrichten“ haben wieder einmal das Radikalismus entdeckt, durch das die rote Gefahr gebannt werden kann. In einem Artikel „Die Wurzel alles Übels“ fordern sie, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht tagewahlrecht beseitigt werde, damit dem unaufhaltsamen Wachstum der Sozialdemokratie an Stimmzahl und politischem Einfluß endlich ein Ziel gesetzt werde.

Die Fehler dieses unseren Scharfmachern begrifflicher Weise so verhassten Wahlrechts erblickt das Organ der Panzerplattenpatrioten in zwei Umständen: Zunächst würden durch das Ausschließen der roten Stimmenflut die liberalen Parteien in eine immer größere Abhängigkeit von der Sozialdemokratie gebracht. Nicht nur der Freisinn sei darauf angewiesen, auf sozialdemokratischen Rücken in das Parlament zu humpeln, sondern auch der Nationalliberalismus hänge je länger je mehr von der sozialdemokratischen Stichwahlhilfe ab. Verdankten nicht 14 bis 16 nationalliberale Abgeordnete sozialdemokratischer Wahlhilfe ihre Mandate, Herr Scheidemann wäre vielleicht nicht erster Vizepräsident! Dieser „korumpierende“ Einfluß müsse aber mit der Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen von Wahl zu Wahl wachsen. Schon seien es 44 Millionen, das heißt über 34 Proz. aller abgegebenen Stimmen, und das Ende sei noch nicht abzusehen. Und diese Zunahme sei eben dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht geschuldet! Existiere es nicht, so wäre die Sozialdemokratie auch nicht in der Lage, auf zahlreiche bürgerliche Kandidaten einen starken Druck auszuüben.

Unsere Scharfmacher um jeden Preis möchten also auch noch jenes Ventil schließen, das bisher wenigstens die furchtbare Erbitterung der Massen über die schamlose Steuerausplünderung durch eine kleine bestehende Minderheit vor Ueberdruß bewahrt und explosive Ausbrüche verhütet hat. Diese politischen Desperados sind ungefähr so schlau wie ein Ingenieur, der die Gefahr von Kessel-Explosionen dadurch verhüten zu können glaubte, daß er den Dampfdruck ansteigert und jedes Rotventil beseitigt. Denn daß durch einen Wahlrechtsraub die Massenempörung besänftigt werden könnte, kann doch kein Mensch mit normalen Sinnen glauben. Im Gegenteil: die Erbitterung würde noch furchtbarer um sich greifen, die Spannung ins Ungeheuerliche steigen. Und je rücksichtsloser die von sozialdemokratischer Unterstützung unabhängig gemachten Geldadventurer ihr Mandat zur Massenausplünderung mißbrauchen würden, einen desto gefährlicheren Grad müßte die politische Spannung erreichen. Vielleicht aber spekulieren ja gerade die Scharfmacher vom Schloß der „Berliner Neuesten Nachrichten“ auf explosive Ausbrüche der Volksempörung, um dann den Säbel hauen und die Pläne schießen zu lassen. Aber auch sie sollten sich doch nachgerade sagen, daß ein solches Spiel doch gar zu riskant wäre. Nur Geistesverwirrte könnten ein solches Risiko auf sich nehmen.

Von nicht geringerer Geistesverwirrung freilich zeugt das andere Argument, das das Scharfmacherblatt für einen Wahlrechtsraub geltend macht. Es schreibt nämlich:

„Man weiß, wie sehr die Sozialdemokratie den Parlamentarismus lediglich als Mittel zum Zweck ihrer außerparlamentarischen Ziele ansieht. Ganz logisch nimmt sie daher den Verlust von 50 Mandaten für einen Stimmengewinn von 1 Million in Kauf. Aber um solchen Stimmengewinn zu erreichen, muß den Massen ein greifbares Ziel gezeigt werden, um das sie mit der Aussicht um einen, wenn auch fernem Erfolg kämpfen können. Und dieses Ziel ist die sozialdemokratische Parlamentsmehrheit, die dann — so wird der Hergang in einfachster Weise konstruiert — die Staatsmaschine zum Stillstand bringt und so die Aufrichtung des sozialdemokratischen Staatswesens erzwingt. Ist dagegen eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen, die Partei darauf angewiesen, ständig in der Minderheit zu bleiben, so ist sie gezwungen, den Massen an Stelle der Aussicht auf die Ueberwindung und Vernichtung des verhassten Gegenwartsstaates etwas anderes zu bieten. Sie kann sich dann nicht mehr auf die mephistophelische Rolle des Reinsagens, nicht mehr auf die reine Opposition beschränken, sondern ist zu positiver Mitarbeit gezwungen. Dann erst ist die Möglichkeit einer Umwandlung der Revolution in eine Reformpartei gegeben. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht also ist es, das das radikale revolutionäre Wesen der Sozialdemokratie bedingt, weil es den Massen die Aussicht auf den endgültigen Sieg ihrer Sache eröffnet. Und in dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht liegt der Kern der sozialdemokratischen Gefahr, weil es der Sozialdemokratie die Möglichkeit gibt, in der vorteilhaftesten Stellung der reinen Oppositionspartei die Massen mit sozialdemokratischem Geist zu erfüllen und weil es die bürgerlichen Parteien zwingt, mittelbar und unmittelbar den sozialdemokratischen Zielen dienlich zu werden.“

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ wollen also die Sozialdemokratie dadurch zur positiven Arbeit zwingen und ihres revolutionären Charakters entkleiden, daß sie ihr jede Möglichkeit zur positiven Betätigung rauben. Andere bürgerliche Abgeordnete haben ja dasselbe Ziel verfolgt. Aber sie haben gerade geglaubt, dadurch die Sozialdemokratie zur „positiven“ Mitarbeit erziehen zu können, daß ihr ein größerer Einfluß auf die Politik eingeräumt und dadurch ein „größeres Maß von Verantwortlichkeit“ aufgebürdet wird. Ueber das Illusionäre dieser Hoffnungen ist so oft gesprochen worden, daß wir uns heute damit nicht eingehender zu beschäftigen brauchen. Aber diese Auffassung besteht in ihrer Art wenigstens ihre Logik. Die Auffassung der „Neuesten Nachrichten“ dagegen ist so blödsinnig, daß man sich wirklich darüber wundern müßte, wenn nicht der eine Entschuldigungsgrund vorläge, daß die Wahlerfolge der Sozialdemokratie und ihr offensichtlich wachsender Einfluß auf die Gestaltung der politischen Dinge den Scharfmachern, Panzerplattenpatrioten, Zollwuchsern und Steuerdrückbergern eben das letzte Restchen von Vernunft geraubt hat.

Zumerschweren wird diese freche Aufpuffung zum Wahlrechtsraub für die Volksmassen ein Ansporn mehr sein, ihre Anstrengungen zu verdoppeln und alle Energie dafür einzusetzen, daß vor allen Dingen auch das Hauptbollwerk der Reaktion, die preussische Dreiklassenwahlrecht, endlich gestürzt wird. Die Parole „fort mit dem Reichstagswahlrecht“ beantwortet die Millionen der preussischen Wahlrechtshehler mit dem Ruf: Nieder mit dem preussischen Dreiklassenwahlrecht!

Der Krieg.

Die Reaktion in Italien.

Rom, den 12. Februar. (Eig. Ber.) In Vifa hat soeben der Prozeß gegen die Demonstranten von Foggibonzi stattgefunden, die bei Gelegenheit der Abfahrt von Soldaten nach dem Kriegsschauplatz den Zug angehalten hatten, um die Abfahrt zu verhindern. Das Urteil ist von unerhörter, schandbarer Härte. Von 38 Angeklagten wurden 27 verurteilt, darunter 7 Frauen und 2 halbwüchsige Mädchen. In ganzen wurden 30 Jahre und 3 Monate Gefängnis verhängt, und zwar ein Maximum von 30 Monaten und ein Minimum von 7 für die Minderjährigen. Von einem ähnlichen Urteil hat man seit der Zeit der schwarzesten Reaktion nichts mehr gehört. Die heutige Rea-

tion der Demokratie und des Liberalismus rehabilitiert die Zeit der Crispinischen Ausnahmengesetze.

De Felice für den Vormarsch ins Innere.

Rom, den 12. Februar. (Eig. Ber.) In einem Leitartikel des „Messaggero“ vertritt der Abgeordnete De Felice mit größtem Eifer die Notwendigkeit, einen Vormarsch ins Innere zu unternehmen. Nur bei einem solchen Vormarsch läme die Ueberlegenheit der italienischen Artillerie zur Geltung, die bei den Angriffen der Araber, bei denen diese sich heimlich zur Nachtzeit bis an die Verschanzungen schleichen, nicht in Frage kommt. Er weist weiter auf die Gefahr hin, die das mühsige Lagerleben für die Disziplin haben müsse. Die Redaktion des „Messaggero“ nimmt gegen den Artikel Stellung und tritt dem Gedanken entgegen, daß der Vormarsch ins Innere die Friedenschancen erhöhen könne. Was die Verweigerung des Lagerlebens betrifft, so möchten wir darauf aufmerksam machen, daß es nicht gerade verweigernd ist, monatelang Tag und Nacht, bei Sonnenschein und Regen in den Verschanzungen zu liegen. Nach dem, was der „Abanti“ berichtet, ist die Disziplin keineswegs milde, sondern durchaus barbarisch. Sind doch wiederholt Soldaten wegen Trunksucht zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Dieselbe Strafe erhielt ein Soldat, der in den Verschanzungen . . . eingeschlafen war. Ein anderer, der eine Orange nach einer Schildwache geworfen hatte, ist zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden und bereits in Italien interniert. Ist es nicht genug mit diesen „Menschenopfern unerhört“, die der Disziplin fallen, soll man noch, der Kriegszucht zuliebe, einen Vorstoß in die Wüste wagen, um die Truppen den Seuchen und der Unbill der Witterung zum Opfer fallen zu lassen, während der Feind sich nach dem Garian zurückziehen würde, um dort das erschöpfte Heer zu erwarten? Daß die Diplomaten am grünen Tisch mit Menschenleben spielen wie mit Schachfiguren, ist widerwärtig genug. Daß aber ein Mann wie De Felice, der seit Monaten die Schrecken des Krieges und die Mühsal des Lagerlebens mitangesehen hat, den Mut findet, zum Vormarsch zu rufen, das legt geradezu Zweifel an seine Geisteskräfte nahe.

Die Revolution in China.

Die Wirkung der Abdankungsedikte.

Shanghai, 14. Februar. Die Veröffentlichung des Abdankungsedikts wurde in allen Teilen des Landes mit großer Ruhe und Gemühtung aufgenommen. Die republikanischen Führer von Nanjing können sich mit dem Wortlaut des Dekrets nicht in allen Teilen einverstanden erklären, da sie unter anderem vor allen Dingen bemängeln, daß in dem kaiserlichen Erlass das Wort „Abdankung“ nicht enthalten ist. Andererseits ähneln sie jedoch ihre Befriedigung darüber, daß der Sturz der Mandschuynastie nun endgültig besiegelt ist. Mit gewisser Besorgnis blickt man auf Juanschikais, der jetzt im Besitz der unumschränkten Herrschergevalt ist. Das Militär, das man dem mächtigen Staatsmanne schon früher entgegenbrachte, kommt immer mehr zum Ausdruck. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wird ein Antrag eingebracht werden, der Juanschikai zu der Erklärung verpflichtet soll, seine Machtbefugnisse nicht eigenmächtig und auf Kosten der Republikaner zu erweitern. Man wird versuchen, die in Peking stehende Nordarmee, die Juanschikai ergeben ist, auf Seiten der Republikaner zu bringen. Die Entwaffnung der republikanischen Südarmerie soll vorläufig nicht unternommen werden, da es noch ganz unklar ist, wie sich durch die Stellungnahme Juanschikais die zukünftige Lage gestalten wird und man sich durch die Erhaltung der Truppen auf dem Kriegsschauplatz gewisse Garantien gegenüber den eventuellen Aktionen des Diktators schaffen möchte. Die republikanischen Führer haben beschloffen, Nanjing unter allen Umständen als Hauptstadt beizubehalten. Dr. Sunjatsen hat gestern noch einmal offiziell seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, zugunsten Juanschikais auf die Präsidentschaft zu verzichten. Die größte Anzahl der Republikaner ist jedoch vorläufig mit einem Wechsel der Präsidentschaft nicht einverstanden, sondern will eine abwartende Stellung einnehmen, bis man sich über die Person und Haltung Juanschikais klar geworden ist.

Juanschikais erste Regierungsmassnahmen.

Peking, 14. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In einem heutigen Manifeste nimmt Juanschikai den Titel „Revolutionärer Organisator der Republik“ an und bezieht den Zivilbeamten, dem Heer und der Polizei, ihre Obliegenheiten weiter zu erfüllen und die Ordnung aufrechtzuerhalten. Manifeste sind jetzt an Stelle der kaiserlichen Edikte getreten. Die chinesische Presse veröffentlicht heute in rotom Druck die gestrigen drei Edikte. Die Mütter bezeichnen die Art, wie die Republik begründet wurde, als eine „wundervolle“ Leistung und betonen die Schnelligkeit des Umschwunges und den geringen Verlust an Menschenleben, den er gefolgt hat.

Ein englischer Gewerkschaftsführer über die deutsche Arbeiterbewegung.

London, 12. Februar.

Vor einiger Zeit besuchte Genosse Ben Tillet Deutschland, um die deutsche Arbeiterbewegung zu studieren. Ueber diese Studientreise hat der Generalsekretär der Dodarbeiter einen Bericht verfaßt, den er an die Beamten seiner Gewerkschaft versandt hat. Die frische Schilderung der deutschen Verhältnisse, die er wohl während der Reise oder unmittelbar nachher niedergeschrieben hat, wird den beachtlichen Eindruck nicht verfehlen und einzelne Stellen werden auch für den deutschen Leser interessant sein.

Ueber die Wirksamkeit der zentralisierten Gewerkschaften in Deutschland schreibt Ben Tillet:

„Wir haben mehr Gewerkschaften für Transportarbeiter allein in England als die Deutschen für alle Industrien haben. Der Zusammenschluß der Fuhrleute, Lichterführer, Seeleute, Feiger, Kranenarbeiter, Lagerarbeiter und Transportarbeiter jeder Art ist schon von mächtiger Wirksamkeit gewesen und verbürgt gewaltige Fortschritte für die Zukunft.“

Sein Vergleich zwischen den Gewerkschaftshäusern Deutschlands und Englands fällt sehr zuungunsten seiner Heimat aus. Ueber ein Bureau des Transportarbeiterverbandes im Westen führt er aus:

„Diejenigen, die früher am zurückhaltendsten waren, treten heute am begeistertsten nicht nur für große Zentralbureau, sondern auch für lokale Bureau ein, die einige der besten unserer reichsten Gewerkschaften in den Schatten stellen. Das Gebäude ist prächtig und die Arbeiter, die es besetzen, was auch ihr Beruf sein mag, führen sich mit Würde auf und erscheinen gut gekleidet, viel besser gekleidet in der Tat als einige unserer gutbezahlten Handwerker in England.“

Ueber die Arbeitszeit und Lebensweise der deutschen Arbeiter heißt es an einer Stelle:

„Was das Leben der Arbeiterschaft anlangt, so ist die Arbeitszeit in diesen Fällen länger als bei uns, aber die Arbeit ist, wie

es scheint, nicht so intensiv: die Antreiberei und das Tempo der Arbeit ist nicht so groß. 9½ Stunden wird etwa der Durchschnitt sein; natürlich hört die Arbeitswoche erst Samstag abends auf, da man keinen kurzen Arbeitstag kennt. Das Volk wohnt in Mietshäusern (oder Stagen); es lebt mehr von konserviertem Fleisch und billigen Fischen; es versteht aber, diese Nahrungsmittel zu kochen und in schmackhafterer Weise zuzubereiten, als man glauben sollte.“

Weiter heißt es:

„Obst und Gemüse scheint nicht so gewöhnlich und billig zu sein wie bei uns. Das Butterschinken scheint den Vorteil zu besitzen, daß es sich länger hält und infolgedessen einen sparsameren Verbrauch gestattet. Der Deutsche kann viele Meter Wurst aufspeichern und sich in der Weise für den Tag, die Woche oder den Monat mit Fleisch versorgen. Ich beneide die Deutschen nicht um diesen Vorteil.“

Ueber den Charakter der deutschen Arbeiter schreibt Ben Tillet:

„Der Berliner steht den Zeremonien des Königtums ganz indifferent gegenüber, wie es dem Bewohner der Reichshauptstadt geziemt. Ueberhaupt finde ich, daß der deutsche Arbeiter in seinem Denken und seinen Ueberzeugungen ein viel unabhängiger Mensch ist als unser eigener Arbeitsbruder zu Hause. Er ist besser unterrichtet, hat mehr gelesen, nimmt das Leben ernst genug, um zu beobachten, wann und wo er bestohlen wird, widersteht sich praktisch jedem Versuch, seine Lebenshaltung herabzusetzen und versteht es, wirkungsvoll zu boykottieren, daß es sich sogar die großen Geschäfte und Arbeitgeber wohl überlegen, ehe sie die organisierte Arbeiterschaft zum Kampfe herausfordern, da diese eine Presse und eine Organisation besitzt, mit der sich kämpfen läßt.“

Besonders fiel dem britischen Genossen das enge und brüderliche Zusammenarbeiten zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern in Deutschland auf. „Beim Vergleich zwischen den praktischeren deutschen Gewerkschaften und den unserigen,“ so bemerkt er an einer Stelle, „befällt einem ein großer Kummer, wenn man zusehen muß, wie scharf die Trennung zwischen den Gewerkschaften der gelernten und denen der ungelerten Arbeiter in unserem Lande ist. In der Vergangenheit hat der gelernte Arbeiter sein Bestes getan, um das Wachstum der Gewerkschaften der ungelerten Arbeiter zu verhindern, während andererseits die gelernten Arbeiter Deutschlands die ungelerten Arbeiter zu sich in dieselbe Gewerkschaft berufen haben.“

Während seines Besuches in Deutschland besuchte sich Ben Tillet nicht nur mit der Organisation seines Berufes, sondern studierte auch die Einrichtungen der anderen Gewerkschaften und der Partei, worüber er ausführlich berichtet. Bei der Betrachtung des ganzen Gebäudes der deutschen Arbeiterorganisation ruft er aus: „Wahrhaftig, dieses Volk sichert sich den eroberten Boden mit einem klugen Verständnis seiner Interessen!“

Zum Schluß mögen noch einige beachtenswerte Stellen des Berichtes angeführt werden:

„Ich bin überzeugt, daß derselbe Geist der Organisation, der die deutschen Arbeiter so schnell vorwärts gebracht hat, sie dazu führt, mit den vorhandenen mächtigen Angriffswaffen und Verteidigungswaffen in der Hand einen entschlossenen Kampf für den vollen Besitz aller Produktionsmittel zu unternehmen. Diese deutschen Arbeiter haben ihre Methoden, ihre Pläne für Erziehung, Belebung, Literatur, Volkswirtschaft und hundert andere gesellschaftliche Funktionen, die sie den Kapitalisten aus der Hand genommen haben, so eingerichtet, daß das Ganze nur eine Bedeutung haben kann: die Revolution auf dem Wege der Ordnung. . . Ich bin mir vollständig bewußt, daß die Regierungsform in Deutschland reaktionärer Natur ist. Die herrschenden Klassen Deutschlands haben mit dem Schwert regiert. Sie haben keine andere Waffe, und wo nicht brutale Gewalt zur Anwendung gebracht werden kann, verliert der Junker das Spiel. In unserem Lande ist es anders. Unsere hervorragenden Parlamentarier, Pastoren und Arbeitgeber operieren mit heuchlerischen Reden und selbst Gebeten. Unsere herrschende Klasse ist grausamer und brutaler; sie verbirgt den Dolch und schlägt Plaitheiten, wodurch nur zu oft die Arbeiter in unserem Lande betrogen werden. Der deutsche Arbeiter hat es mit einem Kaufbold zu tun, der ihm zu verstehen gibt, daß er ihn umbringen möchte, dies aber nicht tut, weshalb der Arbeiter die regierende Klasse haßt und fürchtet. In diesem Lande (England) erzählt die herrschende Klasse den Arbeitern, daß sie ihr Freund sei; sie redet ihnen gütig zu. Wenn das keinen Erfolg hat, mordet sie die Arbeiter wie in Featherstone, Belfast, Liverpool und Südwales.“

In den Schlußbetrachtungen heißt es: „Ich bin überzeugt, daß diese sicheren, langsamen Deutschen nicht nur gründlicher und kompetenter in ihren Methoden sind; sie sind auch aufrichtiger und sich ihrer Macht wie ihrer Pflicht mehr bewußt als unser eigenes Volk.“

Aus Industrie und Handel.

Die Linke darf nicht wissen, was die Rechte tut.

Es ist klar, daß unsere deutsche Regierung die Weisheit ihrer Maximen aus der Bibel holt, es ist ja das älteste Buch, alle später geschriebenen sind Deutschlands Reformminister zu modern und zu umstürzlerisch, was bei ihnen dasselbe ist. Die Linke darf nicht wissen was die Rechte tut! Deswegen verkündet die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ feierlichst in einer Gesamterklärung aller Reformminister die schärfste Bekämpfung der Monopolbestrebungen großer Elektrolongerne im Ueberland- und sonstigen Kraftzentralen sowie der Staat damit zu tun hat und verkauft auf der anderen Seite jetzt 120 Hektar hochwertiges Braunkohlenfeld an Privatleute, damit diese ein Elektrizitätswerk bauen, das für die Staatsbahnen — Elektrizität zu liefern hat!

Die knappe Tatsache wirkt zu unwahrscheinlich als daß sie nicht durch Einzelheiten unterjocht werden müßte.

Bekanntlich sind die Klagen der mittleren und kleineren Installationsfirmen ebenso wie die der unabhängig gebliebenen Elektrolongernen nicht abgerissen, daß ihnen durch die Großen im deutschen Elektrizitätsgewerbe — im besonderen A. E. G. und Siemens u. Halske-Schuckert — jede Existenzmöglichkeit abgeschnitten werde. Wirklichkeit ist dies in erster Linie dadurch, daß nicht nur die deutsche, sondern auch alle einzelstaatlichen Regierungen durch ihre ungläublich naiven Verträge mit diesen Riesenkonzernen der Elektroindustrie erst solche Praxiken ermöglichen. Wenn der A. E. G. oder Siemens u. Halske oder irgend einer ihrer Dupenden von Tochtergesellschaften beim Bau von Ueberlandzentralen das absolute und unkontrollierte Recht der Alleinbenutzung aller Staatsstraßen eingeräumt wird, ohne daß Gegenleistungen verlangt werden, dann ist's kein Wunder, wenn die private Monopolisierung des deutschen Elektrizitätskaufmarktes Riesenfortschritte macht.

Die Regierung wurde wegen dieser gemeinschaftlichen Maßnahmen mit Anklagen und Beschwerden schon seit Jahren bestürmt. Und die Antwort? Sie ertlich Erklärungen, daß Installationsmonopole, also Monopole in der Hausleitungsabteilung, auf keinen Fall gebildet würden. Bedeutung hat solche Mahnung natürlich nur soweit für die unabhängigen Installationsunternehmungen, als sie neben den Ueberlandzentralen besitzen und den Großleistungsverlegern, die alle selbst auch Installationsgeschäfte sind, gebildet werden! Ganz abgesehen

dabon, daß die Fälle sich häufen, wo behördliche Stellen — wie im Kreise Teltow, in Oberschlesien usw. usw. — direkt dafür sorgen, daß keine Konkurrenz aufkommen kann. Sider hat die Zentralisierung der Energieproduktion den volkswirtschaftlichen Vorteil für sich, aber nur dann und so lange als sie nicht in den unkontrollierten Händen einzelner Privatunternehmungen liegt! Der Staat hat die Verpflichtung, wenn er Monopole gewährt, sich dabei das Kontrollrecht zu sichern, das hat er aber bis jetzt nicht getan. Den neuesten Ansätzen gegenüber ist wieder, wie schon erwähnt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gewonnen, und fordert jetzt, daß nicht nur die unmittelbaren sondern auch die mittelbaren Monopolbestrebungen im Installationsgewerbe streng gehandelt werden sollen. Die mittelbaren Monopole sind gleich gar nicht erkennbar. Damit die Klagen über die Monopolbestrebungen aber nicht ausbleiben, verfaßt jetzt der preussische Forstfiskus sein in der königlichen Oberförsterei Rothehaus bei Gräfenhainichen liegendes Riesenbraunkohlenfeld von 126 Hektar öffentlich an den Meistbietenden! Die Regierung von Pommern hat bereits die entsprechenden Bekanntmachungen erlassen. Es handelt sich hier um ein Braunkohlenfeld, das nur 15,5 Meter unter Tage in einer gleichmäßigen Stärke von 10 Metern liegt. Da in jener Gegend ein großes Heberlandbesetzungsunternehmen errichtet werden soll, welches die Kraft zur Eisenbahnelektrifizierung herzugeben hat, so erscheint diese Maßnahme zur Elektrifizierung des Wertes der Antimonopolrechte recht geeignet.

Verdächtig ist dabei auch, daß die „Deutsche Tageszeitung“, die sich sonst um derlei Dinge sehr wenig kümmert, eifrig bemüht ist, die Handlungsweise des Fiskus zu verteidigen. Sie begründet die unglückliche Maßnahme des Forstfiskus, seinen unbegrenzten Besitz zu veräußern — erst vor kurzem kaufte z. B. das Königreich Sachsen untergeordneten großen Braunkohlenfeld für seine Elektrifizierungswende! — damit, daß so dem Staatsjäckel eine wunderschöne große Einnahme zufalle! Daß es viel richtiger wäre, den Braunkohlenbesitz zu benutzen um der unserselbstwegen auch privaten Kraftzentrale die Fänge nicht allzuschlänglich in der Hand zu lassen, darauf scheinen die regierungserläßfreundlichen Minister nicht zu kommen. Noch verwunderlicher muß aber erscheinen, wenn die „D. Z.“ erklärt, die öffentliche Versteigerung an den Meistbietenden müsse erfolgen, damit das Braunkohlenlager nicht zu billig an den Eisenbahnfiskus oder an Privathände veräußert wird! Daß der Eisenbahnfiskus nicht mit den privaten Besitzern um die Beute rennen kann, wenn die letzteren es wollen, ist jedem Sachkundigen klar. Wenn aber der Eisenbahnfiskus wirklich an dem Felde interessiert ist, was ja auch tatsächlich unbestreitbar richtig ist, was soll dann die Versteigerung? Es sind Mäkel über Käsel. Sie sind gelöst in dem Moment, wo man daran denkt, daß bei unserer Regierung der oberste Grundsatz ist: die Rechte darf nicht wissen was die Linke tut!

Kohlenwucher. Die Vergherren des Steinkohlenreviers von Radno (Wähmen) verteuern die Tonne Kohle um 1 Krone bis 1 Kr. 50 H. Selbstverständlich fasseln sie von Lohnerhöhungen. Nun ist aber der Durchschnittslohn von 1908 auf 1909 von 908 (1) auf 869 (1) Tonnen gefallen, was aber eine Verteuerung der Kohle um 57 Proz. nicht hinderte.

Vom Stahlwerksverband. Der Verband des Stahlwerksverbandes an Produkten A betrug im Januar 1912 insgesamt: 478 587 Tonnen (Kohlstoffschlaggewicht) gegen 468 272 Tonnen im Dezember und 404 479 Tonnen im Januar 1911. Hier von entfielen auf Halbzeug 182 568 Tonnen gegen 175 089 bzw. 140 233 Tonnen. Eisenbahnmateriale: 177 310 Tonnen gegen 170 547 bzw. 161 066 Tonnen. Formeisen: 118 709 Tonnen gegen 122 636 bzw. 103 170 Tonnen.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Soziales.

Schlichtung von Heimarbeiterinnen

erblickte das Innungschiedsgericht in einem Gebaren des Konfektionsfabrikmeisters Wilhelm Hannemann. Zwei der für ihn beschäftigten Heimarbeiterinnen hatten ihre Arbeiten des Sonnabends nachmittags gegen 4 Uhr liefern und den dafür vereinbarten Lohn in Empfang nehmen wollen. Obwohl der Sonnabend der Lohnzahlungstag ist, wurde den beiden Arbeiterinnen weder die Arbeit abgenommen, noch ihnen der fällige Lohn gezahlt, weil, wie der Beklagte behauptet, Sonnabends bei ihm schon um 2 Uhr Arbeitslohn und bis dahin nur Lieferzeit ist. Die beiden Arbeiterinnen sollten sich ihren Lohn am nächsten Sonnabend holen. Das tat sie jedoch nicht, sondern erhoben Klage beim Innungschiedsgericht auf Zahlung des rückständigen Lohnes mit 3,70 M. bzw. 11,60 M. Sie behaupteten, daß ihnen nicht bekannt gewesen sei, daß des Sonnabends nur bis 2 Uhr Lieferzeit ist. Einem Arbeitgeberbesitzer fiel es als feltam auf, daß der Beklagte mit solchem Vorgehen den fälligen Lohnzahlungen aus dem Wege zu gehen suche. Das Schiedsgericht vertrat einstimmig die Ansicht, daß der Beklagte verpflichtet sei, wenn die Arbeiterinnen des Sonnabends um 4 Uhr liefern, da die Zeit eine durchaus geschäftstübliche ist, auch die Arbeit abzunehmen und die Arbeiterinnen zu entlohnen. Da die Arbeiterinnen doch nur von der Hand in den Mund leben, komme das Gebaren des Beklagten auf eine schikanöse Behandlung der Arbeiterinnen hinaus.

Jahnschmerz — Arbeitsverweigerung?

Gegen den Fleischermeister Paul Teden lagte am Dienstag beim Innungschiedsgericht der Geselle G. auf Zahlung von 10 M. rückständigen Lohnes, der ihm wegen angeblichen Kontaktstichs einbehalten worden ist. Der Kläger hatte am 28. Dezember unter heftigen Jahnschmerzen zu leiden, so daß er nicht wie üblich zur Arbeit antrat. Während der bei den Ärzten üblichen Sprechzeit suchte er einen Zahnarzt und ließ sich den schmerzenden Zahn entfernen. Infolge der Kiefervereiterung hatten sich aber heftige Kopfschmerzen eingestellt. Deshalb begab sich der Kläger nicht sofort nach seiner Rückkehr vom Zahnarzt an die Arbeit, sondern blieb auf seinem Zimmer. Schon des Morgens war der Beklagte über die Unfähigkeit des Klägers sehr ungehalten. Er sagte ihm, entweder arbeite er, oder er melde sich krank. Als nun der Kläger nach seiner Rückkehr vom Zahnarzt noch nicht an die Arbeit ging, herrschte ihn der Meister an, er solle arbeiten, wenn er faulenzen wolle, solle er gehen. Der Kläger löste hierauf das Arbeitsverhältnis. Vor dem Schiedsgericht vertrat der Beklagte die Ansicht, daß der Kläger Zahn- und Kopfschmerz nur simuliert hätte, da er von den Feiertagen her noch müde sei und wahrscheinlich nicht ausgeglichen hätte. Er fand jedoch beim Schiedsgericht keinen Glauben, mußte sich vielmehr dahin belehren lassen, daß bei Zahnschmerzen selbst der härteste Mensch minutenlang nicht arbeiten kann und wenn der Kläger wegen der Feiertage nicht genügend geschlafen hätte, so mußte sich der Beklagte doch selbst sagen, daß er dann nicht zum Vergnügen zum Zahnarzt gehe und sich einen Zahn ziehen lasse. Aber selbst wenn der Beklagte mit seiner Ansicht im Rechte wäre, so sei doch der Lohnabzug gesetzlich unzulässig. Nach längerem Zureden erkannte der Beklagte schließlich die Forderung an.

Aus dem Gewandrecht.

Die Minnische Kessel für die Landarbeit und das Gewand ist in Preußen das Gesetz vom 24. April 1854. Hiernach werden Landarbeiter und Dienstboten bestraft, wenn sie sich Angehörigen oder Widerpflichtigen gegen die Befehle der Herrschaft oder der Aufsichtspersonen zuwenden kommen lassen, oder wenn sie ohne geschwähigte Ursache den Dienst verlassen oder verlassen, und

schließlich noch, wenn sie sich zur Einstellung der Arbeit verabreden. Auf Antrag des Dienstherrn oder Gutbesizers erfolgt ohne Ausnahme prompt die Einstellung des Landarbeiters durch den Amtsrichter. Bei Antrag auf gerichtliche Entscheidung, der bei der Geschehenkenntnis der Landarbeiter übrigens selten genug gestellt wird, bestätigt das angerufene Schöffengericht in der Regel die Strafe. Um so angenehmer hebt sich eine Ausnahme von der Regel ab, weshalb sie als Ausfluß einer vernünftigen Anschauung eines spezialisierten Gerichts hier Platz finden soll.

Der Gutbesitzer Schwonke in Neuwilhelmsdorf bei Tempelburg in Pommern hatte gegen eine seiner Gutarbeiterinnen Strafantrag gestellt, weil sie im Herbst v. J. an einigen Tagen ihren Dienst ohne geschwähigte Ursache verjagt habe. Prompt erfolgte natürlich der Strafbefehl. Das zur Entscheidung angeordnete Schöffengericht in Tempelburg kam dieser Tage aber zu einem anderen Urteil.

Es erachte, daß die Frau sich nicht strafbar gemacht habe, als sie an den fraglichen Tagen nicht zu der ihr gesetzlich obliegenden Arbeit kam. Denn sie war gesetzlich auch verpflichtet, ihre drei Kinder zu beaufsichtigen, zumal dann, wenn bereits geheilt wurde. Gesah während ihrer Abwesenheit irgendein Unglück, so hätte sie oder ihr Ehemann dafür verantwortlich gemacht werden können, falls irgendwelche sonstige Aufsicht für die Kinder, wie festgesetzt, nicht vorhanden war. Sie hatte somit einen gesetzlichen Grund, die Arbeit zu verjagen. Zumindst konnte sie sich für berechtigt zur Verjagung halten. Deshalb mußte Freisprechung erfolgen. So selbstverständlich das Urteil, so widersinnig ist der Zustand, daß heute wegen einer solchen Arbeitsverjagung noch eine Strafe über Arbeiter verhängt werden kann.

Gerichts-Zeitung.

Krankenkasse und Terminstunde.

Die Berufungskammer des Landgerichts III hatte sich gestern mit einer für Kassienpatienten wichtigen Frage zu beschäftigen. Der Arbeiter Gerde war von dem Schöffengericht Spanbau wegen Verletzung einer Geldstrafe verurteilt worden und hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt. Zu dem vorgestrigen Termin vor der Strafkammer war er unter der üblichen Vermahnung, daß im Falle seines unentschuldigsten Ausbleibens seine Berufung verworfen werden würde, geladen worden. Inzwischen war G. jedoch an Rheumatismus erkrankt und war von dem Kassenzarzt krank geschrieben worden. Er schickte deshalb seine Ehefrau mit dem Krankenschein auf das Gericht, in welchem ausdrücklich bemerkt war, daß er außer den ihm angegebenen Stunden nicht das Haus verlassen dürfe, anderenfalls ihm die Krankennuntersuchung entzogen würde. Da nun die Terminstunde gerade in die Zeit fiel, während der er nach dem Krankenschein zu Hause bleiben mußte, glaubte er der gerichtlichen Vorladung nicht Folge leisten zu müssen. Das Gericht stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß er der gerichtlichen Vorladung hätte Folge leisten müssen, da er ja nicht an das Bett gefesselt sei. Die Berufung wurde deshalb verworfen.

Der Arbeiter besand sich bei der Annahme, es könne ihm in solchem Falle die Krankennuntersuchung entzogen werden, in einem bedauerlichen Irrtum. Solche Entziehung wäre ebensowenig zulässig gewesen, wie in dem Fall, daß er etwa als Zeuge geladen, als Angeklagter vorgeführt oder verhaftet wäre.

Der Flugplatz Johannisthal vor dem Reichsgericht.

Die Gesellschaft Flug- und Sportplatz Berlin-Johannisthal hatte für ihre Flugwoche im Herbst 1909 den französischen Flieger Sanchez-Besa engagiert. Dieser verpflichtete sich vertraglich, nach den Regeln der internationalen aeronautischen Vereinigung an der Flugwoche mit mindestens einem Apparat teilzunehmen und nach besten Kräften zu fliegen. Er sollte dafür als Gage erhalten: 5000 Mark nach dem ersten Flug von zwei Minuten Dauer, weitere 2500 Mark, wenn er bis zum vierten Tage des Wettbewerbs fünf Flüge von 10 Minuten Dauer ausgeführt hatte und schließlich 2000 M. am Ende der Veranstaltung. Dem Flieger gelang es aber nur am vierten Tage einen Flug von zwei Minuten auszuführen, weitere Erfolge der gewünschten Art hatte er nicht. Die Flugplatzgesellschaft weigerte jede Zahlung, weil der Flieger außerhalb der ersten drei Tage keinen Flug vollführt hatte. Sanchez-Besa erhob Klage auf Auszahlung der versprochenen 5000 M.

Dieser Betrag wurde ihm vom Landgericht Berlin und vom Kammergericht zu Berlin zugesprochen. Das Kammergericht führte zur Begründung der Entscheidung aus: Die Zahlungsverweigerung der Gesellschaft ist ungerechtfertigt, da der Flieger einen Anspruch auf die 5000 M. erwarb, wenn er nur überhaupt zwei Minuten flog. Sanchez-Besa war kein erschlaffter Flieger. Es war der Gesellschaft auch gar nicht darauf angekommen, in ihm einen solchen zu engagieren; er sollte mehr zur Füllung der Fliegerliste dienen und an der ganzen Flugwoche teilnehmen. Der Kläger hat sich auch vernünftig bemüht, an der Flugwoche teilzunehmen. Für die zustande gekommenen Leistungen gebühren ihm deshalb die zugesicherten 5000 M.

Das Reichsgericht billigte die Gründe des Kammergerichts und wies am Dienstag die Revision des Flug- und Sportplatzes zurück.

Vom § 153 der Gewerbeordnung.

Der vorjährige Streik in den Bergmannschen Elektricitätswerken hatte zu einer Anklage gegen die Metallarbeiterinnen Müller, Franke und Höft geführt. Das Landgericht Berlin verurteilte sie wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung, weil sie versucht hätten, eine arbeitswillige Arbeiterin durch körperlichen Zwang beziehungsweise Ehrverletzung und Androhung körperlichen Zwanges zu bewegen, sich einer Vereinbarung zur Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuschließen. Das Gericht führte aus: Als festgestellt ist folgendes anzusehen: Im April vorigen Jahres habe die Direktion des Bergmannschen Elektricitätswerkes bekanntgemacht, daß von einem bestimmten Tage an die näher bezeichneten Akkordlöhne herabgesetzt würden. Darauf hätten die meisten in Betracht kommenden Personen, meistens Arbeiterinnen, die Arbeit niedergelegt. In denjenigen, die weiter arbeiteten, gehörte die Zeugin Kischmann. Als sie die Fabrik verließ, sei von den vor dem Werke versammelten Arbeiterinnen geschimpft worden. Die Angeklagte Müller habe ihr Vorgehalten gemacht, sie Streikbrecherin genannt und sie zweimal gestochen. Die Franke habe sie ebenfalls Streikbrecherin geschimpft und die Höft habe gerufen: „Gaut sie!“ Die Handlungen der Angeklagten hätten offenbar, wie die ganze Ansammlung der Streikenden, den Zweck verfolgt, einschüchternd auf die Arbeitswilligen zu wirken, um sie zu bewegen, sich dem Streik anzuschließen. Bei diesem habe es sich auch um eine Vereinigung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gehandelt, nämlich zur Erlangung günstigerer Bedingungen, als die Fabrik für die Zukunft gewähren wollte. Richtig sei, daß der § 153 der Gewerbeordnung da nicht Anwendung finden könne, wo Arbeiter lediglich erstrebten, worauf sie ein Recht hätten. Der Fall liege aber hier nicht vor. Es habe nur eine einseitige Kündigung in dem Betriebe bestanden. Wenn die Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegten, dann habe also hier überhaupt kein Dienstverhältnis mehr bestanden, so daß von einem Anspruch auf bestimmte Löhne keine Rede sein konnte.

Die Angeklagten legten Revision ein, die von Rechtsanwält Dr. Ruhn vertreten wurde.

Das Kammergericht hob dieser Tage die Vorentscheidung bezüglich der Angeklagten Müller und Höft auf und verwies die Sache insoweit an die Vorinstanz zurück. Die Revision der Angeklagten Franke wurde zurückgewiesen.

Vergänglich wurde ausgeführt: Zunächst seien die Einwände der Revision zurückzuweisen, die da auf abzielten, darzutun, daß die Streikenden um etwas ihnen Zustehendes kämpften. Wenn es sich auch um Akkordarbeit handelte, so siehe doch sei, daß nach dem Vertrage die Arbeiter und Arbeiterinnen sofort (von einem Tage zum anderen) entlassen werden konnten. Sie hätten deshalb kein Recht gehabt, zu denselben Löhnen weiterzuarbeiten.

Und nach Niederlegung der Arbeit habe überhaupt kein Vertrag mehr vorgelegen, so daß weitere Schlüsse sich erübrigten. Der Begriff der Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sei richtig gewürdigt worden. Ohne Rechtsirrtum sei auch die Angeklagte Franke auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung verurteilt worden, da ohne Rechtsirrtum angenommen werden sei, daß sie durch Ehrverletzung, nämlich durch den Ruf „Streikbrecher“, die Arbeitswilligen habe zur Teilnahme am Streik bewegen wollen. — Bezüglich der anderen beiden Angeklagten sei aber das Urteil aufzuheben und die Sache an die Vorinstanz zurückzuverweisen, weil in ihrem Falle Nötigung oder versuchte Nötigung in Frage komme. Nach der neuesten Judikatur des Kammergerichts komme § 153 der Gewerbeordnung überhaupt nur subsidiär in Frage, das heißt, wenn ein anderes Strafgesetz nicht in Frage komme. Deshalb könne, wenn der Tatbestand der Nötigung und versuchten Nötigung in Betracht komme, nur das Strafgesetzbuch zur Anwendung kommen. (§ 240.) Das sei bezüglich der Müller und der Höft der Fall.

Aus der Frauenbewegung.

Ausbeutung weiblicher Dienstboten.

Es muß in der Tat eine kolossale Diensthötennot herrschen! Die Herzen der Bourgeoisdamen schäumen über den Fehlsorge und Wohlwollen für ihre „Untergebenen“. In der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ konnten wir die geniale Idee des Münchener „Vereins für hauswirtschaftliche Frauenbildung“ beleuchten, wie die Heranbildung weiblicher Dienstboten vor sich gehen soll und wie diese zur Folgsamkeit, Treue, zu Fleiß und sittlichen Beiträgen erzogen werden sollen. Dieser wohlklingende Sirenenfang der Münchener Damen, der doch nur der Züchtung eines modernen Sklavenums gewidmet ist, hat bereits einen begeisterten Widerhall gefunden.

In ähnlicher, vielleicht noch viel raffinierterer Weise möchte die Zeitschrift „Volkswohl“ zu dem gleichen Ziele gelangen wie der Münchener Frauenverein. In der letzten Nummer bespricht sie zunächst den Militärdienst, dem jeder gesunde deutsche junge Mann genügen muß und meint dann, als Voraussetzung für die staatsbürgerlichen Rechte der Frau müsse die zweijährige oder einjährige Dienstpflicht des weiblichen Geschlechtes in Betracht gezogen werden.

Allerdings schreibt „Volkswohl“: „Es wäre für alle jungen Mädchen außerordentlich nützlich und für Körper, Geist und Seele heilsam, wenn diese im Alter von 14 bis 16 Jahren, in der wichtigsten Periode ihrer Entwicklung, zwei Jahre lang in Stellung als Dienstmädchen gehen müßten, um sich nach der Schulzeit durch dauernde und geregelte Bewegung und Beschäftigung in Haus, Hof, Feld und in der Familie zu kräftigen. Es würde namentlich für bleichsichtige und nervenschwache Mädchen der Großstadt eine wahre Wohltat sein, wenn sie nach der Schulzeit auf das Land oder in kleinere und mittlere Städte in dienstliche Stellung kämen, um das Kochen und Haushalten, sowie die Kinderpflege und Gartenpflege zu erlernen und die frische Landluft genießen zu können. Umgekehrt würden kräftige Mädchen vom Lande vor allem in guten bürgerlichen Familien der Großstadt weit zweckmäßiger als in Fabriken und Werkstätten untergebracht und vor Versuchungen bewahrt. Es ist dringend nötig, die Standesunterschiede und die Gegensätze zwischen Stadt und Land auszugleichen und Hochmut und Feindseligkeit der Volkskreise untereinander durch gegenseitiges Dienen zu überwinden.“

Dies klingt zwar sehr verlockend, aber der reaktionäre Pferdeschuh folgt auf der Stelle. Weiter heißt es: „Zur Erreichung dieses hohen Zwecks müssen besondere Vereine entstehen und in der Männer- und Frauenwelt Helfer und Helferinnen herangebildet werden, welche allen beteiligten Herrschaften und Dienstboten in Stadt und Land beistehen, um geeignete Dienstverträge abzuschließen und ihre gewissenhafte Ausführung im allgemeinen Interesse zu überwachen. Es bedient weiter Erwägung ein weibliches Dienstjahr in sozialer Arbeit oder die praktische Erlernung der Krankenpflege, des Haushaltes, der Kinderpflege, des Lehrfachs und anderer weiblicher Beschäftigungen für Friedens- und Kriegszeit als Vorbedingung zur Erlangung staatsbürgerlicher Frauenrechte.“

Hier wird schon der Unterschied zwischen einjährigem und zweijährigem Dienen betont; ein sogenannter Bildungsstich wird gezogen. Natürlicherweise glaubt vielleicht jemand, daß ein Generals- oder Landreiterstückerlein bei einem Stuhltrupp auf dem Lande dienen könnte? Und wer ist dafür bestimmt, die löstliche Auslese unter den Töchtern des Landes zu treffen? Die geeigneten Dienstverträge, ihre gewissenhafte Überwachung und alles übrige stimmt mit den Münchener Frauenvereinsvorstellungen seltsam überein. Man merke die Absicht.

Auch mit diesem Sped wird man die Töchter der Arbeiterklasse nicht in die Reihe der Mädchen von „Bess und Bildung“ locken. Da muß man denn doch schon andere Register auflesen.

Lesende.

Mariendorfer. Besonderer Umstände halber (Krankenscheinevorträge) fällt diesen Monat der Lesende aus.

Verfammlungen.

Erklärung.

In dem Bericht über die Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolvermacher, welcher im „Vorwärts“ vom Mittwoch, den 14. d. M. im Hauptblatt letzte Seite zu lesen ist, wird in dem letzten Absatz mitgeteilt, daß eine Resolution Annahme fand, wonach besonders das Verhalten des zweiten Bevollmächtigten Handte beurteilt wurde.

Dazu habe ich folgendes zu erklären:

An der ersten Versammlung, welche vor circa 4 Wochen stattfand konnte ich nicht teilnehmen, da ich an diesem Tage für die Reichstagswahl außerhalb Berlins tätig war. In der letzten Versammlung konnte ich auch nicht anwesend sein, sondern war zu einer anderen Metallarbeiterversammlung, wo es sich um Abwehr von Akkordpreiserhöhungen handelte, bestellt, und mußte dort zugegen sein. Wenn nun trotz meiner Abwesenheit die Versammlung resp. die Mehrheit derselben es für richtig befunden hat, die Resolution anzunehmen, in der besonders mein Verhalten beurteilt wird, so kann ich das nur bedauern. Es war bisher in Partei- und Gewerkschaftsversammlungen nicht üblich, den Verantwortlichen in seiner Abwesenheit zu beurteilen. Aufgeklärte Arbeiter, und das wollen doch jedenfalls diejenigen Kollegen sein, welche zu der Resolution ihre Zustimmung gaben, denken und handeln eben nicht so.

Otto Handte.

2. Bevollmächtigter des D. M. V. Ortsverwaltung Berlin.

Eingegangene Druckschriften.

Preissteigerung und Reallohnpolitik. Von Prof. Dr. St. Bauer und Prof. Ludwig Jäger. (Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung.) 3. Springer, Berlin.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin 1862—1912. Dargestellt von Prof. Dr. H. Sildgrün. 81 Seiten. Preis: Geb. Grunert, Berlin.

Das Kreditwesen. Entgegung auf die Forderungen des Amtsgerichts. 1 Dr. D. Hein. Von S. Vögtel. 5 M. Neugeb. u. Co., Berlin W. 9.

Meiner lieben Gensin
Frau Hof
 im Tempelhof zum Geburtstage
 dreimal Gellertja:
 2982b **Karl Dreger.**

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
I. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Kassier,
 206/7

Otto Hoffmann
 am 12. Februar verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen
 Freitag, den 16. Februar, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
 des Marien-Friedhofes, Prenzlauer
 Allee 7, aus statt.
Der Vorstand.

Tambour-Verein „Berolina“
 Allen Freunden und Bekannten
 die traurige Nachricht, daß unser
 langjähriges, treues Mitglied
Otto Hoffmann
 nach kurzem, schwerem Leiden
 verstorben ist. 2971b
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Freitag,
 den 16. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr,
 von der Leichenhalle des Neuen
 Marien-Kirchhofes, Prenzlauer
 Allee 7, aus statt.

**Deutscher Transportarbeiter-
 Verband.**
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege
Otto Hoffmann
 am 12. d. Mts. im Alter von
 28 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 16. Februar, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Marien-Kirchhofes,
 Prenzlauer Allee 7, aus statt.
 62/2 Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
 die traurige Nachricht, daß meine
 liebe Frau und meine gute Mutter
Agnes Tetzlaff
 geb. Schwandt,
 am 12. Februar im Städt.
 Krankenhaus sanft entschlafen ist.
**Wilhelm Tetzlaff,
 Georg Tetzlaff.**
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 16. Februar, nachm.
 4 Uhr, von der Halle des städtischen
 Friedhofes in Friedrichsfelde aus
 statt. 2981b

Sozialdemokratisch. Wahlverein
 für den
2. Berl. Reichstagswahlkreis.
 (4. Abt., 24. Bezirk)
 Am 12. Februar verstarb unsere
 Gensin
Frau Agnes Tetzlaff
 Charlottenstr. 89.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 16. Februar, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Zentral-Friedhofes in
 Friedrichsfelde aus statt.
 207/7 **Der Vorstand**

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
 (Stralauer Viertel)
 Bezirk 225.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Zimmerer
Karl Giebel
 Köhlentstr. 8, gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 16. Februar, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Halle
 des Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
 felde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 213/00 **Der Vorstand.**

**Zentral-Verband
 der Zimmerer Deutschlands.**
 Zahlstelle Berlin und Umgegend.
 Bezirk 4.
 Den Versäggenossen zur Nach-
 richt, daß unser Mitglied
Karl Giebel
 am 12. d. M. verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 16. d. Mts., nach-
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Städt. Zentral-Fried-
 hofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Den Genossen und Kollegen
 die traurige Nachricht, daß am
 Dienstag, den 12. Februar, mein
 herzenguter Mann, der Gärtler
Paul Günther
 im 32. Lebensjahre sanft ent-
 schlafen ist.
 Tiefbetrübt
Wwe. Marie Günther.
 Ladeburg bei Bernau.
 Die Beerdigung findet am Frei-
 tag, nachmittags 4 Uhr vom Kol-
 berg bei Bernau aus nach dem
 Kirchhof in Ladeburg statt.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Kreis Niederharnim
Bezirk Bernau.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Gärtler
Paul Günther
 aus Ladeburg am 12. Februar
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 16. Februar, nach-
 mittags 4 Uhr, vom Kolberg ab,
 auf dem Gemeinde-Friedhof zu
 Ladeburg statt.
 Wir bitten um zahlreiche Be-
 teiligung.
 240/9 Die Bezirksleitung.

**Deutscher
 Metallarbeiter-Verband**
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Metall-
 arbeiter
Alex Helsing
 am 10. d. M. gestorben ist.
 Die Beerdigung findet heute,
 Donnerstag, den 15. Februar,
 nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
 Leichenhalle des Gemeinde-Fried-
 hofes in Lichtenrade aus statt.
 Ferner starb unser Mitglied,
 der Gärtler
Paul Günther
 am 12. d. Mts. an Lungenerleiden.
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 16. Februar, nach-
 mittags 4 Uhr, vom Trauerhause
 in Ladeburg bei Bernau aus auf
 dem Gemeinde-Friedhof in Lade-
 burg statt.
 Ehre ihrem Andenken!
 Rege Beteiligung erbetet
 112/10 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
 Holzarbeiter-Verband**
 Branche der Drechsler.
 Unseren Kollegen zur Nachricht,
 daß unser früheres Kommissions-
 mitglied und Branchenvorstand
Hermann Werner
 an den Folgen eines Unglücksfalles
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen
 Freitag, den 16. Februar, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
 des Treptower Gemeindefriedhofes,
 Neue Krugallee, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 78/19 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
 Holzarbeiter-Verband**
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Einleger
Fritz König
 Dennenstr. 21, im Alter von
 61 Jahren gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 16. Februar, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
 des Kutzer-Kirchhofes in Lan-
 witz aus statt.
 Den Mitgliedern ferner zur
 Nachricht, daß unser Kollege, der
 Drechsler
Hermann Werner
 im Alter von 31 Jahren ge-
 storben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 16. Februar, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der
 Halle des Treptower Gemeindef-
 Friedhofes, Neue Krug-Allee,
 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 78/19 Die Ortsverwaltung.

Am Montag, den 12. Februar,
 verstarb nach langer Krankheit
 unser Kollege, der Jurist
Paul Rosemann.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen
 Freitag, den 16. Februar, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Gemeinde-Friedhofes
 Tempelhofer, Germaniastraße, aus
 statt. 29725
 Das Personal der Schriftgießerei
 Wilhelm Willmer.

**Verein
 Arbeiterjugendheim**
 Treptow-Baumschulweg.
 Am 9. Februar verstarb infolge
 Unglücksfalles unser Kassierer, der
 Gärtler 296/19
Hermann Werner.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Frei-
 tag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von
 der Halle des Gemeindefried-
 hofes, Neue Krug-Allee, aus
 statt.

Am 11. d. M. verschied plötzlich
 unser lieber guter Vater und
 Schwiegervater, der Tischler
Emil Musolt
 im 74. Lebensjahre.
 Die trauernden Hinterbliebenen.
**Max Musolt
 Klara Nellé geb. Musolt
 Felix Nellé
 Minna Musolt geb. Leander.**
 Die Beerdigung findet am Frei-
 tag, den 16. d. M., nachmittags
 3 Uhr, in Wilhelmshagen auf dem
 Friedhof der St. Markus- und
 Andreas-Gemeinde statt. 2983b

Am 12. Februar verstarb nach
 langem Leiden unser lieber Kol-
 lege, der Mechaniker
Paul Rosemann
 im Alter von 56 Jahren.
 Wir werden sein Andenken in
 Ehren halten!
 Berlin, 14. Februar 1912.
 Der Zuchtverein
 der Berliner Schriftgießereien.
Dankfagung.
 Für die zahlreiche Beteiligung und
 vielen Kranzpenden bei der Beerdig-
 ung meines unvergesslichen Mannes,
 unseres lieben Vaters, Schwieger-
 und Großvaters sagen wir allen
 Freunden und Bekannten, insbeson-
 dere dem Wahlverein Berlin III, dem
 Bauarbeiterverband, der 3. Männer-
 abteilung des Turnvereins „Ziethel“
 sowie den Sängern hiermit unseren
 herzlichsten Dank. 2985b
Wwe. M. Thiele nebst Kindern.

Danksagung.
 Für die zahlreiche Beteiligung und
 die überaus reichen Kranz-
 spenden bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes, Vaters, Sohnes,
 Bruders und Schwagers
Felix Borchert
 sagen allen Teilnehmern, da es
 uns nicht möglich ist, jedem
 einzelnen unseren persönlichen
 Dank abhalten zu können, auf
 diesem Wege unser verbindlichsten
 Dank. Insbesondere der Direktion
 der Neuen Automobil-Gesellschaft,
 den Herren Beamten, den Kollegen
 des Verstorbenen, dem Gewerk-
 verein der Maschinenbauer und
 Metallarbeiter. 2984b

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme bei der Beerdigung meines
 lieben Mannes sage ich allen Freunden
 und Bekannten meinen tiefgefühlten
 Dank. 19662
Emma Vogt geb. Winkler.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise liebevoller
 Teilnahme bei der Beerdigung unseres
 lieben Sohnes und Bruders
Karl Rahn
 sagen allen Beteiligten, besonders der
 freien Jugend, dem Männerchor,
 Wahlverein und Metallarbeiter-Ver-
 band sowie den Verwaltern der Firmen
 Lewin und G. V. Goetz unseren
 herzlichsten Dank. 19672
**Frau Witwe Rahn nebst
 Kindern.**

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher
 Teilnahme bei der Beerdigung meines
 unvergesslichen Mannes und unseres
 guten Vaters, sagen wir allen Freunden
 und Bekannten sowie dem Wahlverein
 und den Sängern des 4. Wahlkreises,
 dem Holzarbeiterverband, dem Land-
 mannverein der Gassener und Um-
 gegend und Herrn Walder Rausche
 für die tröstlichen Worte am Sarge
 des Entschlafenen unseren herzlichsten
 Dank. 2997b
**Luisa Günther und Kinder
 Wiener Str. 21.**

Danksagung.
 Für die herzliche Teilnahme und
 die überaus reichen Kranzpenden bei
 der Beerdigung unserer innigsten
 guten Mutter sagen den besten Dank.
 2991b **Geiswitzer Mäde.**
 Lichtenberg, Rittergasse, 23.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am
 Moritzplatz
 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Vorurteile

zu haben, ist nicht mehr zeitgemäß. Das geben
 Sie zu?! — Und doch hegen Sie noch ein
 Vorurteil gegen Palmin?!

Prüfen Sie Palmin, indem Sie einen Pfann-
 kuchen damit backen — dann urteilen Sie! Ihr
 Vorurteil wird sich in Bewunderung verwandeln.
 Lassen Sie sich keine Nachahmungen aufdrängen!

Achten Sie
 auf den Namen
Greifenhagen



Warum?
 Aufklärung morgen!



Knorr- Hahn- Maccaroni

eine hochfeine, sehr nahrhafte
 Speise, unübertroffen im
 Geschmack.

Wichtig für! *auslet auf*
einzelne
Einzelstücke



J. Goldfarb Preuss. Stargard
 gegründet 1839.

Tabac russe à priser, goût de Kowno.

**Prawdziwa tabaka do
 zazywania „Kownoer“**

Buchhandlung Vorwärts
 SW. 68, Lindenstraße 69.

Neuerscheinung:
**Die Sozialdemokratie und die Wahlen
 zum Deutschen Reichstage.**
 Von Paul Hirsch und Bruno Borchardt.
 Mit einer farbigen Uebersichtskarte.
 Preis: 1 Mark. 247/5

Buchhandlung Vorwärts
 — Lindenstr. 69, Laden —

Wichtig

für jeden preußischen
Steuerzahler

Führer

durch das preußische
Einkommensteuergesetz
 Vom
 Arbeitersekretär Rud. Wissell
 mit 19 Formularen
 für Reklamationen
Preis 30 Pl.

Den „Vorwärts“-Lesern
 gewähre Rabatt.

Nur einmal jährlich zum
Inventurpreis!

Wundervoll gestickte
 ab- **Portièren**
 gepaßte (Uebergardinen für Fenster
 und Türen)

Die ganze Dekoration
 (best. a. 2Flüg. u. 1Querbohang)
 in Filztuch M. 3,35 (bisher 4,85)
 — Velvetplüsch — 5,85 (bisher 8,25)
 — Kachelsteinen — 6,75 (bisher 8,75)
 — Buntpersisch — 8,25 (bisher 12,50)

Reich- **Plüschdecken** 4,35
 gestickte
 Reich- **Lambrequins** 1,75
 gestickte

Teppich - Spezialhaus

**Emil
 Lefèvre**
 Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158.
 Habe nirgends Filialen!
**Inventur-
 Extraliste und Katalog**
 enorm billiger Extrangebote
 (600 Abb.) gratis und franko.

Gegen die Schuldenwirtschaft der Gemeinden.

Haben der Minister des Innern und der Finanzminister durch den Oberpräsidenten den Städten mit mehr als 10000 Einwohnern folgenden Erlaß zugehen lassen:

Die fortwährend steigende Zunahme des kommunalen Schuldenstandes, und das damit verbundene Anschwellen der kommunalen Ausgaben zu Zwecken des Schuldendienstes hat sich zu einer so bedrohlichen Erscheinung ausgewachsen, daß die staatlichen Aufsichtsbehörden vor die Aufgabe gestellt sind, mehr als bisher sich die Vermeidung einer Vermehrung und die Verminderung der bestehenden kommunalen Schuldenlast angelegen sein zu lassen.

Die Erlasse vom 1. Juni 1901 (Min.-Bl. f. d. i. V. S. 84), vom 23. August 1907 (Min.-Bl. f. d. i. V. S. 261) und vom 2. Juni 1910 (Min.-Bl. f. d. i. V. S. 170) haben bereits auf die Notwendigkeit hingewiesen, jeder nicht durch die Verhältnisse unbedingt gebotenen Aufnahme von Schulden durch die Kommunen entgegenzutreten und bei unvermeidlichen Anleiheaufnahmen eine ausreichende Tilgung herbeizuführen. Es ist aber nicht zu verkennen, daß die Genehmigungsbehörden es vielfach an strenger Beachtung der dort gegebenen Weisungen fehlen lassen. Bei den hierher gelangenden Anträgen auf Genehmigung der Ausgabe von Anleihepapieren finden sich in den ihnen zugrunde liegenden Genehmigungen der Anleihebeschlüsse durch die Bezirksausschüsse vielfach erhebliche Verstöße gegen die in den erwähnten Erlässen niedergelegten Grundzüge. Obwohl ferner die do selbst angegebenen Tilgungssätze ausdrücklich als Mindestsätze bezeichnet werden, unterbleibt in der Regel die Forderung höherer Tilgungssätze auch dort, wo die Verhältnisse eine solche angezeigt erscheinen lassen. Euerer Hochwohlgeborenen ersuchen wir daher ergebenst, künftighin nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß die Genehmigungsbehörden die bestehenden Vorschriften über die Zulässigkeit von Anleiheaufnahmen und über die Tilgungsgrundzüge strengstens beachten und, namentlich bei Ausgaben unproduktiver Art, nach Lage der Verhältnisse höhere Tilgungssätze fordern, als dort als Mindestsätze angegeben sind.

Die Erfahrungen lassen ferner erkennen, daß vielfach zurzeit der Genehmigungsberatung die Maßnahmen für die durch Anleihe zu bedeckende Anlage bereits über das Vorbereitungsstadium hinaus gediehen sind. Oft ist die Anlage schon in Angriff genommen, und die Ausgaben sind ganz oder zum Teil vorläufig aus laufenden Mitteln, schwelenden Schulden, Dispositions- oder zeitweilig verfügbaren älteren Anleihefonds bestritten, so daß eine Verjagung der Genehmigung große pecuniäre und sonstige Anzuträglichkeiten für die beteiligte Gemeinde nach sich ziehen würde. Dadurch wird die staatliche Aufsicht, oder Beschlußbehörde in eine gewisse Zwangslage versetzt und in ihrem freien Ermessen von vornherein beschränkt. Der Zweck der vom Gesetzgeber vorgeschriebenen staatsaufsichtlichen Genehmigung wird in diesen Fällen wesentlich beeinträchtigt. Um ihm in Zukunft größere Geltung zu verschaffen, erscheint es notwendig, daß die Aufsichtsbehörden Beschlüsse der kommunalen Organe über neue Anlagen bereits in einem früheren Stadium, als es bisher zumeist geschah, auf ihre finanziellen Folgen hin prüfen.

Die Herren Regierungspräsidenten und die Herren Landräte werden daher veranlaßt, in Zukunft ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten und ihren Einfluß dahin zu verwenden, daß in allen Fällen, in denen größere kommunale, nicht aus laufenden Mitteln aufzubringende Ausgaben beabsichtigt werden, zwar nicht vorzeitig während lediglich vorbereitender Verhandlungen, aber doch spätestens zu dem Zeitpunkt, wo die Gemeindevertretung die Herstellung der Anlage grundsätzlich beschließt, ein genauer Plan über die Finanzierung des Unternehmens aufgestellt wird. Wird dabei eine Anleihe vorgezogen, so ist es Sache der Aufsichtsbehörde, dahin zu wirken, daß die Entscheidung der Genehmigungsbehörde nachgeprüft und abgeändert wird, ehe irgendwelche mit Geldeaufwendungen verbundene oder kontraktliche Verpflichtungen nach sich ziehende Schritte zur Durchführung des Beschlusses erfolgen. Dem Antrage auf Genehmigung der Anleihe wird eine eingehende Darstellung der Finanzlage der Kommune beizufügen sein, aus der sich insbesondere ergeben läßt, wie sich ihr Verwaltungsaufwand und ihr Finanzvermögen zum Schuldenbestande verhält, und ob die kommunale Steuerlast eine durch die neue Anlage vermehrte Anspannung verträgt oder nicht.

Vielmehr sind es staatliche Behörden, die durch Anforderungen an die Kommunen, namentlich an Städte, den Anlaß zu Verhandlungen über löstliche Anlagen geben. Dandelt es sich dabei um Stellen, die zum Ressort der Regierungspräsidenten oder der Regierungen gehören, so wollen die Herren Regierungspräsidenten dafür sorgen, daß in allen solchen Fällen der Kommunalschuldenzweck bei den Verhandlungen in einem möglichst frühen Stadium mitbeteiligt, und daß die Frage der Finanzierung von vornherein mit zur Erörterung gestellt wird. Die Kommunalaufsichtsbehörde wird es sich aber auch angelegen sein lassen müssen, daß sie dort, wo Anforderungen seitens anderer Ressorts gestellt werden, möglichst bald Kenntnis davon erhält, um in eine Prüfung der finanziellen Folgen eintreten zu können. Ergibt diese Prüfung, daß der Anforderung nur mit Hilfe einer Anleihe genügt werden kann, und stellen sich begründete Zweifel über die Zulässigkeit weiterer Belastung des kommunalen Budgets durch die geplante Anleihe heraus, so wollen Euerer Hochwohlgeborenen bereits zu einer Zeit, wo von Aufschwüngen noch mit Erfolg in die vorbereitenden Handlungen eingegriffen werden kann, an die unterzeichneten Minister berichten, welche sich vorbehalten, nötigenfalls direkt mit dem Herrn Chef der anderen beteiligten Ressorts sich in Verbindung zu setzen.

Es ist selbstverständlich, daß mit der nebenbezeichneten Anweisung nicht beabsichtigt ist, daß den Gemeinden gesetzlich zustehende Selbstverwaltungsrechte einzuschränken, sondern nur, daß dem Staate zustehende Aufsichts- und Genehmigungsrechte bei Kommunalaufnahmen praktisch so wirksam auszuüben, als es dem Sinn der betreffenden gesetzlichen Vorschriften entspricht. Wenn in Zukunft eine Kommune trotz der von der Aufsichtsbehörde erhobenen Bedenken mit der Herstellung von Anlagen oder dem Abschluß von Verträgen vorgeht, bevor die zur Aufnahme der erforderlichen Anleihe gesetzlich vorgeschriebene Genehmigung erteilt ist, wird kein Anlaß mehr vorliegen, an den Antrag auf Genehmigung der Anleihe aus Rücksicht auf die geschaffenen Tatsachen einen weniger strengen Maßstab zu legen.

Der vorstehende Erlaß richtet sich gegen die heute von vielen Gemeinden geübte Schulden- und Anleihewirtschaft; er entbehrt nicht einer inneren Berechtigung, zeigt aber auch, daß es mit der so viel gerühmten Selbstverwaltung der Gemeinden nicht weit her ist. Die Aufsichtsbehörde will in Zukunft den Anleihebedarft strenger kontrollieren und mit Hilfe ihres Genehmigungsrechts über die Finanzierung bestimmter Anlagen auch materiell in die Geschäfte der Gemeinden eingreifen. So wünschenswert es ist, daß in vielen Gemeinden mehr Ordnung in die Finanzen gebracht werde, so wünschenswert ist es aber, daß die Gemeinden eine wahre Selbstverwaltung erhalten. Denn nur diese wird in der Lage sein, die Gemeinden auf eine gesunde finanzielle Basis zu stellen. Dazu gehört aber die Befreiung des heutigen privilegierten Dreiklassenwahlrechts und die Einführung des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrechts für die Gemeinden.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 18. Februar, findet eine Uramiavorstellung statt. Zum Vortrag gelangt: „Von Meran bis zum Ortler“. Eröffnung des Physikalischen 1 Uhr, Beginn der Vor-

stellung 2 Uhr. Billets inkl. Garderobe a 60 Pf. sind noch in genügender Anzahl beim Kassierer Schmidt, Kirchdammstr. 14, vorn hochparterre, zu haben.

Wien, Freitag, den 16. Februar, abends 7 Uhr: wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Der Vorstand.

Nieder-Schönevide. Am Sonntag, den 18. d. Mts., vormittags 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokale aus. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Diejenigen Parteigenossen und Gewerkschafter von Groß-Lichterfelde Ost und Süd, welche sich für die Errichtung einer Verkaufsstelle der Berliner Konsumgenossenschaft interessieren, werden ersucht, zu einer Vorbereitungsbesprechung am Freitagabend 8 1/2 Uhr im „Kaiserhof“ zu erscheinen.

Trebbin. Sonnabend, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Schützenhaus“ (W. Fromm): Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasbericht und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag über „Die gegenwärtige politische Situation“. 3. Parteiangelegenheiten.

Margental. Heute Donnerstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, bei Marx: Jahlabend.

Bezirk Waldmannslust und Umgegend. Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Schweizerhaus, Waldmannslust: Ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Stanken. Sonnabend, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Gnädigs Gasthof: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom vierten Quartal 1911. 2. Wahl eines Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 3. Vortrag des Genossen Mühl über: „Freimaurertum“. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Das Leben der Straße.

Von Charles Dickens weiß man, daß er den Straßenlärm notwendig zu seinem Schaffen brauchte. Das hastende, lärmende Getriebe Londons war ihm die Quelle neuer Gedanken und Formen. Mancher wird das für eine groteske Schreie halten. Vielleicht mit Unrecht. Die Großstadt mit ihrer Bevölkerung, in der der einzelne nichts ist, wo jeder sein eigenes Ich zugunsten eines vollkommeneren Rassenwesens aufgibt; dieses scheinbar so wirr durcheinander flutende Menschen zu studieren. Was einer auch aus seinen ländlichen oder kleinstädtischen Verhältnissen mit sich bringt, hier, wo rein wirtschaftliche Funktionen neue Typen prägen, fällt das alles halb ab. In dem Gewühl der Hunderttausende kümmert man sich nicht mehr um den trügerischen Schein, der in der Kleinstadt so manchen elend verkommen läßt. Unter den Jählingen dennoch allein, gibt sich jeder, wie er wirklich ist. Und Jüge, die den einzelnen eigen sind, werden unendlich oft wiederholt, zu Merkmalen der Gesamtheit.

Des Morgens in der fünften, sechsten Stunde fluten dunkle Menschenmassen hastig durch die Straßen: die Arbeiter. Und fast ist's, als ob dort draußen am Rande der Metropole sich mächtige Magneten befänden, die jene immer dichteren Scharen anziehen. Erst waren es nur wenige, dann aber wurde es eine wogende, unabsehbare Menge; mächtige Menschenströme münden in die Tore der großen Fabrikabteilungen oder in die Eingänge der zahlreichen Stadtbahnhöfe. Selten nur ein kurzes, verlorenes Aufsehen. Eine gedämpfte Stimmung schwebt über der dahinwogenden Masse. Und der tägliche Anblick jener Abertausende mit ihren großen Bewegungen läßt auch in dem Stumpfsinn unter ihnen eine dunkle Ahnung ihrer Zusammengehörigkeit aufdämmern. Das „Ich“ ist nicht mehr der kaum beachtete, seiner Arbeitsstätte zu-eifende Arbeiter; sondern eine große Prozedur der Arbeit selbst, ist ein gewaltiges, tausendfüßiges Wesen, das sich alle Morgen von neuem aus unzähligen Teilchen zusammenfügt.

Einige Stunden später betritt eine andere Kategorie Schaffender den Schauplatz: die große Menge der Handlungsgehilfen, der Bureaubeamten, Privatangestellten und der zahlreichen Verkäuferinnen und Kontoristinnen. Meist sind's auch nur „Proletarier im Stehtragen“, aber... Ja, hier hat die Welt des Scheins noch sehr viele Anhänger. So mancher hat öde Bourgeoismanieren glücklich abgelegt und läuft nun als mitteilberregende Kulturkarikatur herum. Die Welt der Moden, der trivialsten Nichtigkeiten ist der armselige Strohhalm, an den sich noch so manches kleine, „individualistische“ Seelchen klammert, während der soziale Kulturstrom unserer Zeit an ihm vorüberbraust. — Nicht als einheitliches Ganzes fühlen sie sich. Bewahre. — Jeder auf sich selbst gestellt; jeder eine „Persönlichkeit“, das heißt in unserer Zeit: ein Nichts. Dessen ungeachtet muß man aber immer „so tun“. Da fährt dann die Verkäuferin, die Kontoristin auf der Stadtbahn in der zweiten Klasse, statt sich einmal ordentlich satt zu essen.

8 Uhr ist vorüber. Die große Wirtschaftsmaschine hat ihre Kohlen — lebende Menschenleiber — verschluckt. Jeder schafft und wirkt, jeder hat seine Funktionen... Gegen Mittag schwärmen die Drohnen aus: jene Tagelöhne, die an dem großen Schaffen nicht teilnehmen und doch genießen. Gelangweilt flaniert sie bei gutem Wetter durch die Straßen. Doch ängstlich hüten sie sich, die Prachtstrahlen zu verlassen. Sie müssen ihr sensiblen Gemüt vor dem Anblick der Arbeit bewahren, die ihnen weiter draußen oft so unverhüllt in den Weg tritt... Und wieder andere suchen das ärgste Großstadtgewühl auf, um zu — vergessen, daß sie ohne Arbeit sind. Längst haben diese abgefarmten Gestalten das ewige Anfragen um Arbeit aufgegeben. Nur nicht mehr an ihr Elend denken. Stumpf und müde trottel man dahin oder bleibt stehen, wo es etwas zu sehen gibt, nur um zu vergessen.

So wird es Abend. Jene Ströme vom Morgen fluten nach und nach wieder zurück. Doch ohne scharfe Trennungen. Nur die jüngeren Elemente vertreiben noch auf ihrem Heimwege. Dann kommen die traurigsten Stunden der Weltstadt, jene, die die lustigsten heißen: Stunden, in denen junge, eitle Mädchen, die nach Licht und Freude dürsten, an der Seite echter oder angeblühter Kavaliere ihr besseres Selbst verlieren, und Männer mit schwerem Kopfe die Straßen entlang taumeln. Ein Trupp Arbeiter, die aus einer Versammlung zurückkehren, bringt einen kraftvollen Rhythmus mit sich. Ueberlaute Worte wirbeln herüber, Worte, die hart, aber doch zukunftstrotz sind.

Brustkinder und Flaschenkinder unter den Schulkretzen.

„Dem Kinde die Mutterbrust!“ fordern seit langem und immer dringender die Ärzte. Planmäßig wird die „Stillpropaganda“ besonders von den Säuglingsfürsorgestellen getrieben, die seit mehreren Jahren in Berlin und einigen Vororten bestehen. Zugunsten der natürlichen Ernährung mit Muttermilch wird nicht nur hervorgehoben, daß sie leichter über die Gefahren mancher Krankheiten des Säuglingsalters, namentlich der sommerlichen Verdauungsstörungen, hinweghilft. Den Brustkindern wird oft auch nachgerühmt, daß sie sich überhaupt kräftiger entwickeln als Flaschenkinder und auf lange Zeit hinaus einen Vorsprung vor ihnen behalten.

Diese Meinung wird anscheinend nicht bestätigt durch die Ergebnisse von Untersuchungen, die in Berlin durch Schulärzte gemacht worden sind. In den letzten Jahren haben ein paar Schulärzte festgestellt, mit welchen Anteilsiffern die Brustkinder und die Flaschenkinder unter der Zahl der von ihnen untersuchten sechsjährigen Schulkretzen und im besonderen unter der Zahl der dabei als kränzlich und schwächlich befundenen Kinder verhielten waren. Der neueste Gesamtbericht über die Tätigkeit der Schulärzte Berlins, den wir bereits besprochen haben, teilt mit, was im Schuljahr 1910/11 der Schularzt Dr. Wallenstein bei seinen Schulkretzen über den Anteil der Brust- und der Flaschenkinder ermittelt hat.

Dr. Wallenstein hatte 446 Kinder zu untersuchen, deren Entwicklungs- und Gesundheitszustand beim Eintritt in das schulpflichtige Alter geprüft werden mußte. Bei der Gruppierung in Brust- und in Flaschenkinder zählte er zu den Brustkindern nur diejenigen, die mindestens sechs Monate mit der Brust genährt worden waren. Das Ergebnis war, daß unter den 446 Schulkretzen sich 147 Brustkinder und 299 Flaschenkinder fanden, d. h. 33 Proz. Brustkinder und 67 Proz. Flaschenkinder. Aus der Gesamtzahl der 446 sonderte Dr. Wallenstein 173 Kinder aus, die wegen Mängel der Entwicklung oder der Gesundheit zunächst noch vom Schulbesuch zurückgestellt oder nach erfolgter Einschulung in besondere ärztliche Überwachung genommen werden mußten. Unter diesen 173 Kränklichen und Schwächlichen waren 55 Brustkinder und 118 Flaschenkinder, d. h. 32 Proz. Brustkinder und 68 Proz. Flaschenkinder. Man sieht, daß hier nahezu daselbe Verhältnis zwischen Brust- und Flaschenkinder besteht, wie in der Gesamtzahl der untersuchten Kinder.

Diese Untersuchungen sind in der inneren Luftstadt, in Schulen der Wassertor-, Brandenburg-, Stallschreiber-, Annenstraße, ausgeführt worden. Ihr Ergebnis deckt sich überraschenderweise ziemlich genau mit den Feststellungen, die schon in den Schuljahren 1907/08 bis 1909/10 der Schularzt Dr. Schäfer in Berlin-Ost, in Schulen der Petersburger Straße, des Petersburger Platzes, der Strahmannstraße, zum Teil auch der Rigaer Straße und der Frankfurter Allee, an einer größeren Zahl Kinder gemacht hatte. Dr. Schäfer fand unter 2796 Schulkretzen, die er zu untersuchen hatte, 884 Brustkinder und 1912 Flaschenkinder, d. h. 31 1/2 Proz. Brustkinder und 68 1/2 Proz. Flaschenkinder, wobei wieder nur bei mindestens sechs Monaten Ernährung mit der Brust die Kinder den Brustkindern zugerechnet sind. Aus der Gruppe der vom Schulbesuch zurückgestellten oder nach Einschulung in Überwachung genommenen Kinder hat Dr. Schäfer nur diejenigen berücksichtigt, deren Gesundheitsmängel sich zu der Art der Ernährung des Säuglings in eine Beziehung bringen lassen. Unter 271 zurückgestellten oder in Überwachung genommenen Kindern waren 73 Brustkinder und 148 Flaschenkinder, d. h. 33 Proz. Brustkinder und 67 Proz. Flaschenkinder. Hier sind die Brustkinder sogar noch etwas stärker beteiligt, als nach ihrem nur 31 1/2 Proz. betragenden Anteil an der Gesamtzahl der Kinder zu erwarten wäre.

Was kann aus diesen Zahlen gefolgert werden? Der Bericht über die Tätigkeit der Schulärzte in 1910/11 enthält keine Schlussfolgerung aus den Ergebnissen der Untersuchungen Dr. Wallensteins. Der Bericht für 1909/10 hatte den Ergebnissen der Untersuchungen Dr. Schäfers dessen Schlussfolgerung angefügt, „daß am Ende des sechsten Lebensjahres jedenfalls der Einfluß der Ernährung im Säuglingsalter seine Bedeutung verloren hat, und daß die an sich durch die natürliche Mutterbrusternährung gewonnenen Vorteile im späteren Kindesleben durch andere, mächtige Faktoren kompensiert werden, wodurch sich die Ernährungsunterschiede wieder verwischen“. Somit hätte man anzunehmen, daß die Ernährung mit der Brust einen dauernden Gewinn eigentlich nicht bringt. Mancher wird den Wert dieser Ernährungsweise, deren Wirkung so wenig vorzubalten und schon bei den Sechsjährigen verwischt zu sein scheint, in der Tat nicht sehr hoch anschlagen wollen.

Vielleicht sind aber die auf den ersten Blick allerdings recht befremdenden Untersuchungsergebnisse doch noch anders zu erklären. Best steht, daß die Ernährung mit der Brust dem Säugling einen weitgehenden Schutz gegen die sommerlichen Verdauungskrankheiten bietet und daß andererseits diese Verdauungskrankheiten sich zahlreiche Todesopfer aus den Flaschenkindern holen. Das hat aber die Nebenwirkung, daß bei Ernährung mit der Brust auch manches schwächliche Kind durch die Nährstoffe der Verdauungskrankheiten hindurchgerettet wird, während bei Ernährung mit der Flasche die schwächlichen Kinder diesen Erkrankungen meist rettungslos erliegen. Den Brustkindern bleiben viele ihrer Schwächlinge erhalten, so daß deren Anteil an der Gesamtzahl der Brustkinder sich in einer sonst nicht zu erwartenden Höhe behauptet. Unter den Flaschenkindern dagegen hält schon früh der Tod seine furchtbare Auslese, durch die er die Reihen ihrer Schwächlinge lichtet.

Wenn dann die Schulärzte bei der Untersuchung der Sechsjährigen ebenso viele Kränkliche und Schwächliche unter den Brustkindern wie unter den Flaschenkindern finden, so beweist das nichts gegen den Nutzen der Ernährung mit der Brust. Die schwächlichen und kränklichen Kinder unter den mit der Brust ernährten wären wahrscheinlich noch schwächer geblieben und hätten sich noch weniger widerstandsfähig gezeigt, wenn sie mit der Flasche ernährt worden wären. Und die widerstandsfähigen und kräftig entwickelten unter den Flaschenkindern wären vielleicht noch widerstandsfähiger und kräftiger geworden, wenn man sie mit der Brust hätte ernähren können.

Richtig ist aber, daß bei dem Nachwuchs der Arbeiterklasse, mit dem ja die Schulärzte es zu tun haben, die Körperentwicklung durch noch mächtigere Faktoren beeinflusst wird. Mächtiger als alles, was eine stillende Mutter ihrem Säugling mit auf den Lebensweg zu geben vermag, sind Dürftigkeit und Entbehrung und Not, in die das Kind hineingeworfen

schließt in Einnahme und Ausgabe mit rund 329 958 500 M. gegen 309 832 000 M. im Vorjahre ab. Mehrnahmen werden erwartet aus Grundeigentum und Berechtigungen 13 071 600 M. (im Vorjahre 12 604 400 M.), bei den städtischen Werken 9 971 100 M. (im Vorjahre 9 856 900 M.), aus Steuern 93 593 800 M. (i. V. 90 229 000 M.), aus verschiedenen Einnahmen 1 791 500 M. (i. V. 2 478 800 M.); andererseits sind Mehrausgaben (Ausgaben nach Abzug der Einnahmen) vorgesehen beim Unterricht 35 406 400 M. (i. V. 32 929 400 M.), beim Armenwesen 18 343 300 M. (i. V. 17 691 500 M.), bei der Kranken- und Gesundheitspflege 12 879 600 M. (i. V. 13 205 700 M.), beim Kapitel Polizei, Gericht, Standesämter usw. 10 448 800 M. (i. V. 10 466 900 M.), bei der Beleuchtung, Straßenreinigung, Park- und Friedhofsverwaltung 9 943 000 M. (i. V. 9 050 600 M.) beim Bauwesen 4 904 500 M. (i. V. 5 058 300 M.), für Museen und Bibliotheken 390 680 M. (i. V. 375 400 M.), für Verwaltungskosten 18 835 000 M. (i. V. 18 406 600 M.), für die Kapital- und Schuldenverwaltung 7 276 700 M. (i. V. 8 077 700 M.).

Die Wahl des Zweiverbands-Direktors im Ausschuss.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner trat gestern der Ausschuss für die Vorbereitung der Wahl eines Verbandsdirektors für den Zweiverband von Groß-Berlin im hiesigen Rathaus zusammen. Nach einstündiger Beratung wurde über die Kandidaten abgestimmt. Oberbürgermeister Voigt-Barmen erhielt 11 Stimmen, Bürgermeister Dr. Reide-Berlin 3 Stimmen. Außerdem wurden 10 weiße Zettel abgegeben, so daß von einer Mehrheit für Voigt vorerst nicht gesprochen werden kann. Anwesend war der Oberpräsident v. Conrad-Potsdam und der Oberpräsidialrat v. Röder. Von den 25 Mitgliedern fehlte der Stadtkommer Dr. Steiniger. Wie sich der Wahlausfall in der Plenarsitzung am Dienstag, den 27. d. M., gestalten dürfte, kann angesichts dieses Ergebnisses noch niemand sagen.

Die Fluchtlinienfestsetzung für das Vorflut-Gelände in Moabit beschäftigte gestern Abend den Stadtverordneten-Ausschuss. Mit zehn gegen zwei Stimmen wurde beschlossen, die Magistratsvorlage zur Annahme zu empfehlen mit der Maßgabe, daß die früheren von der Tiefbaudeputation festgesetzten Fluchtlinien hergestellt werden. Der Polizeipräsident hatte erklärt, wenn innerhalb drei Tagen kein Gemeindefestbeschluss in der Sache vorliege, sehe er sich genötigt, ein ihm vorliegendes Vorgehen zu genehmigen. Aus dem Grunde beschloß der Ausschuss bei der morgigen Stadtverordnetenversammlung die Dringlichkeit zu beantragen.

Ein Gewächshausneubau für die städtische Parkverwaltung und ein städtischer Schulgarten sollen auf dem städtischen Gute in Blankenfelde errichtet werden. Anfänglich sollte der Neubau des Gewächshauses in der Stadtgärtnerei im Humboldthain erfolgen. Es hat sich aber herausgestellt, daß einmal der zur Verfügung stehende Platz nicht genügt und daß ferner durch die neuerliche Errichtung eines neuen großen Fabrikgebäudes von 25 Meter Höhe mit drei Turmbauten von etwa 30 Meter Höhe, das durch die A. E.-G. errichtet worden ist, die Besonnung des Lieberowinterranghauses durchaus ungenügend wird. Ueberhaupt leidet die Pflanzengucht in der städtischen Gärtnerei im allgemeinen darunter, daß wegen der hohen Siebel des Fabrikgebäudes der A. E.-G. den Pflanzen wenig Sonne zugeführt werden kann; außerdem leidet die Pflanzengucht in zunehmendem Maße unter Rauch, Staub und Kohlenstaub. Wiederholt hat die Gartenverwaltung bei der A. E.-G. Vorstellungen erhoben und Abhilfe verlangt, leider ohne Erfolg. Warum die Verwaltung nicht energischer Mittel angewandt hat, um Abhilfe zu schaffen, ist unverständlich. Was die Anlegung des Schulgartens in Blankenfelde betrifft, so sind ja schon in früheren Jahren Mittel zu diesem Zweck in den Etat eingekalkuliert worden. Der Schulgarten ist dazu bestimmt, den Gemeindegärten und den höheren Schulen die zum Unterricht nötigen Pflanzen zu ziehen und zu liefern. Eigene Fuhrwerke besorgen den Transport.

Die Vorgänge bei der Unterbringung der Baumeisterwitwe Rothenburg in der Dalldorfer Irrenanstalt, worüber auf Grund von amtlichen Schriftstücken berichtet wurde, werden uns von dem Hausverwalter des Hauses Lehrlers Straße 48b und noch einem Hausbewohner in anderem Lichte dargestellt. Hiernach soll Frau R. am 23. Oktober 1911 nicht „entführt“, sondern auf ihren eigenen Wunsch von der Flurnachbarin Frau Ziegler in einer Droschke nach Dalldorf gebracht worden sein, wo sie allerdings schon am nächsten Tage dem Sohn, Referendar R., zurückgegeben wurde. Aus diesem Augenblick geht klar hervor, daß die Hausbewohner ein in keiner Weise zu billigen, höchst bedenkliches abgefärbtes Verfahren eingeschlagen haben. Es fehlte ihnen jedes Recht, dem Verlangen der Greisin, wenn ein solches überhaupt geäußert worden ist, zu willfahren. Die Hausbewohner wußten, daß die alte Frau jahrelang im Hause Lehrlersstraße 48b mit ihrem Sohn zusammenwohnte. Zum mindesten hätte also, wenn eine Gefahr für die Frau zu erkennen war, was aber nicht der Fall gewesen ist, die zuständige Behörde benachrichtigt werden müssen. Solche Zustände, eine altersschwache Hausnachbarin während der Abwesenheit der Angehörigen ohne weiteres nach der Irrenanstalt zu verbringen und hier ohne ärztliches Attest die Aufnahme zu beantragen, wollen wir doch lieber nicht eintreten lassen. Mit dieser Einmischung in sehr verwickelte fremde Verhältnisse haben die beteiligten Hausbewohner, die übrigens mit dem Referendar R. seit langem auf gespanntem Fuße stehen, sehr leichtfertig gehandelt. Wenn nach dieser heimlichen Fortschaffung, die doch einer Entführung sehr ähnlich sieht, der Sohn von nun an die Wohnung sicherte, um gegen ähnliche Einmischungen während seiner beruflichen Abwesenheit geschützt zu sein, so ist das nur verständlich. Ueber die zweite Internierung am 26. Januar wird behauptet, daß sie, wieder während der Abwesenheit des Sohnes, auf Veranlassung von Hausbewohnern, die die verschlossene Wohnungstür erdrücken ließen, und im Einverständnis mit behördlichen Organen erfolgt sei. Ein hinzugezogener Arzt soll ein auf „Verfolgungswahn und Angst“ lautendes Attest ausgestellt haben. Auffallend bleibt doch aber, daß man sich in Dalldorf der mittels Krankenautomobil eingeleiteten Frau R. sofort wieder entledigt hat. Man sieht hier von neuem, was durch übergroße Nervosität und durch hässlichen Klatsch entsteht. Ohne ganz triftige Gründe soll man nicht in fremde Köpfe sehen.

Bei den Nachforschungen über den dreifachen Raubmord in den Alten Jakobstraße ist es jetzt auch gelungen, die Angaben des Automobilbeschaffers aufzuklären, der, wie damals berichtet wurde, angab, daß am Tage des Mordes drei verdächtige Leute an der Ecke der Alten Jakob- und Sebastianstraße in den Automobilbus eingestiegen und zur Endstation am Götterpark Bahnhof mitgenommen sind. Sie fielen ihm durch ihr Benehmen auf und er wollte aus Bluffsie an dem Mantel des einen der drei Fahrgäste gesehen haben. Diese drei Leute, die, wie zuerst angenommen wurde, auch tatsächlich vom Götterpark Bahnhof abgefahren sind, konnten jetzt ermittelt werden. Es sind drei Arbeiter, die in einem Orte an der Götterparkbahnstraße zu tun gehabt haben. Der Schaffner kannte sie bei der Gegenüberstellung bestimmt als diejenigen drei jungen Männer wieder, die an dem Tage mit ihm gefahren sind. Bei ihnen wurden auch die von dem Schaffner beschriebenen Kleidungsstücke vorgefunden. Auch wurden Blutsfäden in dem Mantel des einen entdeckt. Für die Tat kommen sie aber, wie durch Ermittlungen festgestellt werden konnte, nicht in Frage. Die Blutsfäden stammen daher, daß der Träger des Mantels sich kurz vorher einer Rosenoperation hatte unterziehen müssen.

Ein Opfer seines Berufes ist der 47 Jahre alte Bauwächter Hermann Duschholz aus der Schilkebeiner Straße 25 geworden. Der Mann zog sich vor vier Jahren im Dienst eine Beinverletzung zu, die ihn lange Zeit erwerbsunfähig machte. Nach seiner Wiederherstellung nahm er den Dienst wieder auf. Bald traf ihn, vor zwei Jahren, ein neues Unglück. Als er seinen Revolver putzte, den er als Bauwächter brauchte, ging ein Schuß los und eine Kugel drang ihm durch das rechte Auge in den Kopf ein. Sie konnte daraus nicht entfernt werden. Nach vierzehntägigem Krankenlager aus der Anstalt entlassen, blieb der Verunglückte sehr nervös und fand nur noch gelegentlich als Bauarbeiter Beschäftigung. Den Lebensunterhalt mußte seine Frau verdienen, die in einer Laternenfabrik arbeitet. Während sie gestern auf ihrer Arbeitsstelle war, erhängte sich der Verzweifelte im Klosterraum an einem Nagel. Bei der Rückkehr der Frau war er tot. Auf den Tisch hatte er einen Zettel gelegt mit den Worten: „Mein Leben ist aus“.

Arbeiter-Bildungsschule, Grenadierstr. 87. Der Unterricht im Gewerkschaftswesen fällt am Freitag aus, derselbe wird am Dienstag, den 20. Februar, nachgeholt.

Mit Leuchtgas vergiftet hat sich der 34 Jahre alte Kaufmann Johann Zeier, der in der Blumenstraße 100 ein möbliertes Zimmer bewohnt. Der Mann verlor vor Jahren durch eine Blutvergiftung den linken Fuß. Jetzt wurde er auch noch unheilbar magenkrank und verfiel deshalb in Schwermut. Gestern Abend öffnete er im Klosterraum seines Bruders in dessen Gold- und Silberschrein in der Neuen Friedrichstraße, wo er beschäftigt war, den Gashahn und legte sich dann auf das Sofa, um den Tod zu erwarten. Als man ihn gestern morgen auffand, war er tot.

Einen schaurigen Fund machte gestern Abend die Feuerwehr bei einem Schornsteinbrand auf dem Grundstück Köpenicker Straße 168. Unten in dem Schornstein entdeckte sie die Leiche eines neugeborenen Kindes, die durch Rauch, Hitze und Verwesung zu einer unförmlichen Masse zusammengeschrumpft war. Das Gesicht konnte deshalb nicht mehr festgestellt werden. Mit dem Schornsteinbrande hat die Leiche nichts zu tun. Das Gerücht, daß das Feuer angelegt worden war, um ein Verbrechen zu verdecken, ist haltlos.

Der Berliner Schwimmverein „Welle“, Mitglied des Arbeiter-Schwimmerbundes, veranstaltete am Sonntag, den 11. Februar, in der städtischen Volksschule an der Schillingstraße sein gut besuchtes 19. Internationales Schwimmfest. Die Resultate waren folgende:

- Anabenschwimmen, 60 Meter. 1. A. Probst 1,14. 2. P. Reinhold 1,10. — Vorküfung einiger leistungsfähiger Schwimmschüler: a) Anaben, 30 Meter. 1. A. Plafschke 0,32. 2. P. Reinhold 0,40. b) Jugend, 30 Meter. 1. B. Probst 0,32. 2. A. Wagner 0,32. c) Männer, 30 Meter. 1. G. Richter 0,40. 2. R. Streit 0,43. — Vorgabeschwimmen für Männer, 90 Meter. Schwimmart beliebig. 1. B. Karlow (bei 10 Meter Vorgabe) 1,14. 2. P. Vogel (Malman) 1,14. — Kellerauchen, 20 Keller. a) Männer. 1. D. Reumann, 11 Keller, 0,22. 2. A. Kreuz junior, 5 Keller, 0,25. b) Jugend. 1. E. Althaus, 16 Keller, 0,30. 2. E. Cohn, 14 Keller, 0,38. — Große Staffette, 4 x 45 Meter. Brust, Rücken, Seite, Spanisch. 1. Berliner S.-G. „Reptun 94“ 2,26. 2. Berliner S.-V. „Freiheit“ 3,56. — Jugendschwimmen, 90 Meter. Schwimmart beliebig. 1. P. Bory 1,20. 2. E. Richter 1,29. — Wasserballspiel, 2 x 7 Minuten. 5 Mann. Berliner S.-G. „Reptun 94“ gegen S.-V. „Reptun“-Weihensee. Sieger: S.-V. „Reptun“-Weihensee, 3:1 Goals. — Männerbrustschwimmen. a) 45 Meter. 1. M. Reumann 1,5. 2. E. Richter 1,8. b) 90 Meter. 1. P. Sämann 1,36. 2. D. Rischke 1,50. — Damenschwimmen. a) 60 Meter. 1. Fr. E. Wolle 1,32. b) 90 Meter. 1. Fr. D. Siebert 2,64.

Wer ist der Tote? Laut Mitteilung der Polizeiverwaltung zu Spandau wurde am 11. 2. 12 nachmittags 4 Uhr in der Jungfernhöhe im Jagd 16 die Leiche eines etwa 40 bis 42 Jahre alten, dem Arbeiterstande angehörigen Mannes erbängt aufgefunden. Er hatte Papiere der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft bei sich, aus denen der Name und die Nummer entnommen ist, sowie eine silberne Remontoiruhr Nr. 270 279 mit der Firma J. A. Rehler, Berlin SW. Er ist 1,70 Meter groß, hat dunkle, zum Teil ergraute Haare, born Klage, sowie starke dunkle, zum Teil ergraute Schnurrbart, graubraune Augen, vollständige Zähne und war bekleidet mit dunkler Sportmütze, grauem Jackett, grau-schwarzer Jacke mit gelb-grau gestreiftem Futter, grauer Weste, blau-schwarz gestreiften Hosen, schwarzen Gamaschen, rot-braunen Strümpfen, Leinwand- und Unterhose, grau- und weißkariertem Schilp, weißem Chemisett und Kragen und schwarz-gelb gestreiften Hosenträgern. Nachricht über die Person des Toten erbittet die Kriminalpolizei Berlin zur Nummer: 592. IV 50. 12.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Jur Friedhofsnot in Charlottenburg. Die Gründe, warum die Kirchensynoden und Konsistorien so eifrig darauf bedacht sind, die Anlage neuer Gemeindefriedhöfe zu verhindern und wobei sie so tatkräftig von den Regierungsorganen unterstützt werden, sind recht deutlich aus den Kassenerichten zu erkennen, welche die Kirchenvorstände ihren Gemeindegliedern vorlegen, und in denen die Verwaltungen ihrer Friedhöfe in finanzieller Hinsicht die Glanzpunkte bilden. Die Charlottenburger „Neue Zeit“ ist in der Lage mitzuteilen, welche Beträge der dortigen Luisenkirchengemeinde im Jahre 1910 aus ihrer Friedhofsverwaltung zugeflossen sind. Danach waren im Etat der Luisengemeinde für 1910 an Einnahmen im ganzen gefehlt: 15 852 25 M.

Diese Einnahme ist zusammengesetzt von direkten Kirchhofgebühren, als Grabstätten 30 000 M., Gruftanfertigungen 6600 M., Stofgebühren (für geistliche Handlungen im Ornat) 11 000 M., Benutzung des Teppichs bei Ausbahrung des Sarges 1100 M., Brennen der Randalaber und Aufstellen der Dekoration 7300 M., Benutzung der Leichenhalle von Richtparochianern 480 M., Heizung der Leichenhalle 200 M., referierte Grabstätten 6000 M., Epitaphien (Grabsteine und Inschriften) 12 000 M., Gräberpflege 53 000 M. Karl. Hierzu kommen: für Leichenfuhrwerk 8700 M., Trägerlohn 12 300 M., Bestellgeld 700 M., ferner Zinsen 8845 M. und insgesamt 200 M.

Dieser Gesamteinnahme von 158 525 M. stehen Ausgaben im Betrage von auch 158 525 M. gegenüber. Darin sind enthalten: Besoldungen, Löhne, Instandhaltung der Grundstücke, Gräberpflege, Leichenfuhrwerk und Träger sowie für Instandhaltung der Legatsgräber, aufgeführt mit den jeweiligen Beträgen, die auch tatsächlich zu zahlen gewesen sind. Aber zuletzt figuriert unter diesen Ausgaben auch ein Posten „insgesamt“ mit 75 717 M. Dieser Titel „insgesamt“ sei hier spezifiziert: Gemeindecinkommensteuer 21 M., für unvorbelegene Ausgaben 500 M., an die Kirchenkasse gezahlter Ueberschuß der Kirchhofverwaltung 75 196 M.

Die Kirchhofverwaltung der Luisengemeinde hatte also im Jahre 1910 einen Ueberschuß von 75 717 M., also von der Gesamtjahreseinnahme von 158 525 M. einen Reingewinn von 47,7 Proz. Die „Neue Zeit“ bemerkt zu diesem Reingewinn: „Da ist es klar, daß das Konsistorium den geldbringenden Friedhofsbetrieb den Kirchengemeinden nach Möglichkeit zu erhalten bestrebt ist. Aber da die Kirchengemeinden bei diesem „geldbringenden“ Friedhofsbetriebe nur Interesse für die Beerdigung von Leichen zahlungsfähiger Hinterbliebenen haben, die Armenleichen aber herzlich gern den Kommunalfriedhöfen überlassen, wendet sich die Bevölkerung immer mehr von dieser „frommen“ Gesellschaft ab.“

Rummelsburg.

Zu scharfen Auseinandersetzungen kam es in der letzten Gemeindevorsteherung zwischen unseren Genossen und einigen bürgerlichen Vertretern sowie dem besoldeten Genossen Dr. Rarckly

bei Beschlussfassung über Kassierung von Straßen im Bebauungsplan zwischen Schleifischer Bahn und Fischerstraße.

Berlin beabsichtigt hier ein Krankenhaus für Geschlechtskranke (hauptsächlich für Prostituierte) zu errichten. Rummelsburg hatte davor schon 1907 den Bebauungsplan so angelegt, daß es für Berlin bei Genehmigung dieses Planes unmöglich sein würde, das geplante Krankenhaus an dieser Stelle zu errichten. Nachträglich ist noch hinzugekommen, daß durch die Ministerialverordnung, nach der alle neu zu errichtenden Krankenanstalten ihrer Vielzahl entsprechend auch genügend Freifläche haben müssen, ein größeres Terrain für das Krankenhaus erforderlich geworden ist. Berlin hatte demzufolge Einspruch gegen den Bebauungsplan erhoben und dadurch auch erreicht, daß die Genehmigung desselben noch immer aussteht. Im verflochtenen Jahre fanden nun mehrfach Verhandlungen mit der Stadt Berlin statt, die bezweckten, Rummelsburg zu veranlassen, den Protest gegen die Errichtung dieses Krankenhauses aufzugeben und einzuwilligen, daß der betreffende Bebauungsplan entsprechend abgeändert wird.

Berlin besitzt in Rummelsburg genügend Terrain und kann dort nach Herzenslust bauen, ohne mit dem Bebauungsplan in Konflikt zu geraten. Die Gemeinde Rummelsburg besitzt also keine rechtliche Handhabe, den Krankenhausbau zu verbieten. Von diesen Erwägungen ausgehend haben auch Bau- und Finanzausschuss beschlossen, daß Rummelsburg sich mit der Errichtung des Krankenhauses an der geplanten Stelle einverstanden erklärt, wenn die Stadt Berlin mehrere noch näher zu bezeichnende Terrains zu einem angemessenen Preise an Rummelsburg verkauft. Der Plan vor dem Bahnhof Rummelsburg-Ost soll etwa zur Hälfte unentgeltlich, und der andere Teil zu einem mäßigen Preise Rummelsburg überlassen werden. Weiter war zur Bedingung gemacht, daß vor den Einfriedigungsmauern des Krankenhauses ein mit gärtnerischen Anlagen versehener breiter Streifen angelegt wird. Auch hinsichtlich der Einlieferung wie des Abgangs der Kranken war verlangt worden, daß dies in Berlin zu geschehen hat. Alle diese Bedingungen hatte Berlin akzeptiert, und kam es eigentlich nur noch darauf an, daß auch die Gemeindevertretung die notwendige Abänderung des Bebauungsplanes gutheißt. Neben diesen Bedingungen war von Rummelsburg auch noch der Wunsch ausgesprochen worden, Berlin möchte seine umfangreichen Rummelsburger Terrains der Bebauung erschließen. Diesen Wunsch hatte Berlin bisher unbeantwortet gelassen. Dies gab den Genossen des Krankenhauses, insbesondere Dr. Rarckly, Veranlassung, den Wunsch zu einer Bedingung zu machen; weiter forderte er, daß Berlin den Platz am Bahnhof Rummelsburg-Ost vollständig unentgeltlich hergeben müsse.

Unsere Genossen wandten sich mit Entschiedenheit gegen diese neuen Bedingungen, da dieselben in ihrer Wirkung nur darauf hinauslaufen, die Sache zu verschleppen, wenn nicht gar zu Fall zu bringen. Auch würde ein solches Verfahren die Gemeinde gegenüber Berlin so in Mißkredit bringen, daß jede fernere ernsthafte Verhandlung ausgeschlossen erscheint.

Bei der ganzen Sachlage ist noch besonders zu beachten, daß die jetzt für das Krankenhaus von Berlin in Aussicht genommene Stelle auch für die Interessen der Gemeinde Rummelsburg die allergeeignteste ist, da diese vom Verleer vollständig abseits liegt. Auch würde durch die Errichtung des Krankenhauses an dieser Stelle ein vollständig wüstes Viertel der Bebauung erschlossen werden, woran sonst in absehbarer Zeit gar nicht zu denken ist. Wenn man hierbei weiter in Betracht zieht, daß bei Errichtung des Krankenhauses an anderer Stelle für die Gemeinde die ihr bereits von Berlin zugestandenen Vergütigungen fortfallen, so muß das Vorgehen von Dr. Rarckly und seiner Gefolgschaft als höchst bedauerlich bezeichnet werden. — Von der Mehrheit wurde schließlich beschlossen, der Abänderung des Bebauungsplanes nur zuzustimmen, wenn Berlin auch die neuen Bedingungen akzeptiert. Bei der Wahl von Armenkommissionsmitgliedern wurden auch die Vorschläge unserer Vertreter akzeptiert. Der höheren Mädchenschule wurde auf Antrag des Kuratoriums für die höheren Lehranstalten der Name „Pestalozzi-Schule und Höheres Lehrerinnen-Seminar“ gegeben.

Schöneberg.

Ein heiterer Volkunterhaltungabend findet am Sonntag, den 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Velziger Str. 48, statt. Mitwirkende sind: Frau Professor Seeger-Jahn, Frau Hertha Schmid-Kahler, Herr Hans Schmid-Kahler und Herr Otto Wiemer. Eintrittsloos zum Preise von 20 Pf. sind in den Konsumläden Kropfel- u. Paulusstr. 40, Ebersstr. 28, in der Expedition Martin-Lutherstr. 69 und an der Abendkasse zu haben.

Röpenitz.

Zu einer Aussprache über Gründung einer Konsumgenossenschaft waren am letzten Donnerstag die Vertreter der Partei und der Gewerkschaften versammelt. Nach einer regen Debatte wurde beschlossen, unverzüglich mit den notwendigen Vorbereitungen zu beginnen. Von der Gründung eines selbständigen Vereins soll Abstand genommen werden. Zur Vornahme der erforderlichen Arbeiten wurde eine Kommission von fünf Genossen gewählt, ferner sollen in jeder Vorstadt noch Bezirkskommissionen gewählt werden. Von der werktätigen Bevölkerung Röpenitz wird erwartet, daß diese nun der Genossenschaftsbewegung ein reges Interesse entgegenbringt.

Tempelhof.

Die erste Übungssunde der neugegründeten Damenabteilung des Arbeitergesangvereins Sangeslust III findet heute abend 8 1/2 Uhr bei Weder, Berliner Str. 41/42, statt. Frauen und Mädchen, welche der Abteilung beitreten wollen, können sich dafelbst noch melden.

Marzgraspietle.

In der letzten Gemeindevorsteherung wurde beschlossen, daß diejenigen Ordisenwohner, die die ortsblichen Bekanntmachungen nicht weiterbefördern oder in der Weiterbeförderung eine Verzögerung eintreten lassen, mit einer Geldstrafe belegt werden können. Der Gemeindevorsteher fordert in einem Antrag eine Entschädigung als Schlichtrichter, weiter will er die unnötigen Arbeiten bei der Jagdverpackung entschädigt haben. Die Anträge wurden abgelehnt, dagegen wurde dem Gemeindevorsteher die jährliche Entschädigung von 495 auf 600 M. erhöht. Der frühere Gemeindevorsteher hat das Amt des Steuererhebers und des Standesbeamten mitverwaltet. Diese beiden Ämter werden jetzt getrennt verwaltet und verursachen der Gemeinde 800 M. Ausgaben. Der jetzige Gemeindevorsteher will beide Posten bei einer weiteren Erhöhung seiner Entschädigung um 200 M. mit verwalten. Um dies zu ermöglichen wurde beschlossen, eine Petition an den Kreis-Ausschuß, versehen mit sämtlichen Unterschriften der Gemeindevorsteher, zu richten. Ob dem stattgegeben wird bleibt abzuwarten.

Birkenwerder.

Dem grenzenlosen Aufzug, der seit langem auch am hiesigen Ort mit den Forensen-Vollmachten getrieben wird, soll, wie es scheint, jetzt etwas entgegenzusetzen werden. Schon vor 9 Jahren war der damalige Gemeindevorsteher darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Wahlvollmachten stempelspflichtig seien. Unsere Ortsobrigkeit wollte aber nichts davon wissen. Jetzt muß wohl gelegentlich einer Revision der Steuerbücher dahinter gekommen sein, daß man ihm hier immer ein Schnippen geschlagen hat. Jedenfalls hat dieser Tage der Gemeindevorsteher, der für gewisse Kandidaten nie genug Wahlvollmachten bekommen konnte, an die diversen Wahlvollmachtigen der letzten Jahre eine Aufforderung ergehen lassen, die veräumten Stempelgebühren (1,50 M. für jede Wahlvollmacht) nachzuzahlen. Bei der am 3. April 1911 stattgefundenen Erhebung zur hiesigen Gemeindevorsteherung hatte der Fabrikbesitzer Barton 90 Wahlvollmachten in der Tasche, die der Gemeindevorsteher kühn unbezahlt bei der Bildung des Wahlvorstandes mit in die Baggage warf und die dadurch entscheidend für den Ausgang der Wahl wurden. Öffentlich sind diese 90 Wahlvollmachten bei der jetzt inszenierten Treibjagd auf Stempelsteuerstände nicht übersehen worden.

Bernau.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde die Beschlußfassung über den Ankauf des Bach-Drescher'schen Terrains in einer Größe von 440 Quadratmetern bis zur Abgabe eines entsprechenden Preisangebots vertagt. Die den D'Heureuse'schen Erben gehörigen Wiesengrundstücke in einer Größe von 46 Ar 49 Quadratmetern sollten zum Preise von 3800 M. von dem Gärtnereibesitzer Wasse erstanden werden. Da dieselben in unmittelbarer Nähe des Wasserwerkes gelegen sind, beschloß die Versammlung, von dem ihr zustehenden Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen. Bei den Ergänzungswahlen der städtischen Deputationen und Kommissionen wurden als Stadtverordnete in die Baudeputation Genosse Selbig, in die Feld- und Wege-Deputation Genosse Rüdtsche, in die Beleuchtungs-Deputation Genosse Salzmann, in die Einquartierungs- und Feuer-sicherheitskommission Genosse Swabina gewählt. Als Bürger wurde in die Forstdeputation Genosse Wünsch gewählt.

Notwasser.

Eine gemeinsame Konferenz des Kartellauschusses mit den Gewerkschaftsvorständen, dem Wahlvereinsvorstand sowie dem Aufsichtsrat und Vorstand des Konsumvereins fand am Montagabend im Hiemelschen Lokal statt, um über verschiedene den Konsumverein berührende Fragen eine Klärung zu schaffen. Es handelte sich vor allem um Prüfung der in letzter Zeit in den Kreisen der Arbeiterschaft gegen den Konsumverein und dessen Geschäftsführer vielfach erhobenen Angriffe und Verdächtigungen. Die sehr sachlich geführte Debatte ergab die völlige Haltlosigkeit der kursierenden Gerüchte. Das Urteil der Konferenz fand in der nachstehenden Resolution seinen Ausdruck: „Die am 12. Februar 1912 bei Hiemels tagende Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, des Kartellauschusses, des Wahlvereinsvorstandes und des Aufsichtsrats des Konsumvereins für Komowes und Ungegend unterzucht eingehend die im Umlauf befindlichen Gerüchte gegen die Leitung (speziell des Geschäftsführers) des Konsumvereins. Nach gründlicher Darlegung der Sache durch den Aufsichtsrat des Konsumvereins zerfallen alle erhobenen Anschuldigungen in ein Nichts. Die Ursache des einen Falles, der zwar nicht völlig geklärt erscheint, jedoch in einer langjährigen Geschäftsführung kaum zu vermeiden sein dürfte, liegt auf rein verwaltungstechnischem Gebiet. Es liegt deshalb für die Funktionäre der Arbeiterschaft am hiesigen Orte kein Anlaß vor, der Konsumvereinsbewegung mit Mißtrauen zu begegnen. Die Konferenz beschließt daher, allen im Umlauf befindlichen Gerüchten mit der nötigen Energie entgegenzutreten und alle Kräfte einzusetzen, um der Genossenschaftsbewegung die ihr gebührende Größe zu sichern.“ — Allgemeine Befriedigung rief die Mitteilung des Aufsichtsrats hervor, daß die Verschmelzungsfrage mit dem Potsdamer Konsumverein so weit gediehen ist, daß ein dahingehender Antrag bereits der nächsten, im Frühjahr stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung des hiesigen Vereins unterbreitet wird. Zwecks Werbung neuer Mitglieder soll ferner möglichst noch vor Ostern eine Waren-Ausstellung arrangiert werden.

Zwei Unfälle ereigneten sich am Montagmorgen beim Eisenbahnbrückenbau im Zuge der Eisenbahnstraße. Infolge Abgleitens einer Eisenstange beim Hochdrehen einer Winde stürzten zwei Arbeiter aus 4 Meter Höhe hinab und erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Der eine der Verletzten, der Arbeiter Martin aus Potsdam, soll sich eine Schlüsselbeinverrenkung und einen Schädelbruch zugezogen haben und mußte deshalb in das Oberlin-Kreiskrankenhaus übergeführt werden.

Potsdam.

Die Berufsvormundschaft wurde vor etwa Jahresfrist eingeführt. Ihr sind alle unehelichen Kinder unterstellt. Nach dem Bericht des Deputierten für das Armenwesen, Stadtrats Jänike, betrug die Zahl der Minderjährigen in dieser Zeit 185, die durchschnittlich im Monat einmal vom Berufsvormund besucht werden. Die Zahlungspflichtigkeit des Vaters wurde in 71 Fällen erreicht, in 84 Fällen allerdings erst auf dem Klagewege. Ein Viertel der Väter aller unehelichen Kinder gehört dem Soldatenstande an; hier ist die Erlangung von Zahlungen besonders schwierig. In 9 Fällen konnten die Väter wegen des niedrigen Lebenswands der Mütter nicht festgesetzt werden. Im ganzen erlangte der Berufsvormund 5058 M. Zahlungen für die Minderjährigen, von denen etwa die Hälfte für diese sichergestellt werden konnte.

Aus aller Welt.

Ein frommes Rezept.

Man schreibt der Wiener „Arbeiter-Zeitung“: Der unerträgliche Druck der Leuerung hat bei der Arbeiterschaft Hunger und Entbehrung in erschreckendem Maße gezeitigt und zu ihrer Abwehr führt die Arbeiterschaft seit langem einen schweren politischen und wirtschaftlichen Kampf. Aber das liegt nur, wie wir nun einsehen müssen, daran, daß die Arbeiter schändlichem Unglauben und schänderlicher Wöllerei verfallen sind. Vor uns liegt das Januorheft des „Christlichen Kinderfreundes“, einer „Zeitschrift zur Förderung christlicher Erziehung und Rettung der Jugend“. Auf Seite 20 steht zu lesen: „Alle Welt klagt über teures Fleisch — nur wir Venezianer vom katholischen Verein der Kinderfreunde regen uns gar nicht darüber auf; wir spüren nämlich von der ganzen Leuerung nichts. Wie so? Ganz einfach: Wir essen kein Fleisch. Die Welt ist nicht nur zu viel Fleisch, sie ist überhaupt zu viel. Wenn statt vierzigjähriger Fastenzeit 365stägige wäre — es stünde unendlich besser um die Welt. ... Der heilige Kram, der im Jahre 300 starb, genoh täglich nur ein Stück Brot nach Sonnenuntergang. Um das Jahr 371 lebte St. Hilarius sechs Jahre lang von täglich fünfzehn Feigen und 8 Jahre von trockenem Brot. Eine ganze Reihe solcher Hungerkünstler lebte von Wasser und Brot, andere von Brot und Kräutern, der heilige Karl Borromäus begnigte sich mit Schwarzbrot und Kastanien. ... Der Kinderfreund-Leser hat diese Beispiele dem ausgezeichneten Vorklein: „Die Kunst, mit sechzig Heller täglich auskömmlich zu leben“ entnommen. Leser, laßt es! Probieren geht über Studieren!“

Den Veritasen Nützlichkeitsoptionen fällt es wohl nicht ein, nach dieser asketischen Lehre selbst zu leben; die haben sie nur für die Arbeiter als Rezept bereit, wenn diese über ihr elendes Dasein klagen!

Das Grubenunglück in Oberschlesien.

Wie die Verwaltung der Litandragrube bei Antonienhütte mitteilt, sind noch zwei Vergleute auf der Litandragrube, die nachträglich als vermisst gemeldet sind und von der Paulusgrube stammen, zu Tode gekommen. Die Zahl der Toten erhöht sich dadurch auf acht. Bis her war es unmöglich, sie zu bergen, da die Grube vollständig verqualmt und ein Damm um den Brandherd gelegt werden muß. Es wird daher bereits mit dem Unterwasserlegen der Grube begonnen. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Brand durch Unvorsichtigkeit zweier Vergleute entstanden ist.

Schwere Folgen eines Selbstmordes.

Eine furchtbare Gasexplosion ereignete sich am Montag in einem größeren Wohnhause in Götta. Als das 20-jährige Dienstmädchen Karoline Böcker morgens in die Küche kam und Licht machte, erfolgte eine gewaltige Detonation, wodurch die ganze Wohnung völlig demoliert und das Haus schwer beschädigt wurde. Die Frau des Reisenden Knauff hatte sich nachts in der Küche mit Gas vergiftet, das sofort leider auch dem armen Dienstmädchen das Leben; sie ist schwer verbrannt ins Krankenhaus gebracht worden, aber nach einigen Stunden unter gräßlichen Schmerzen gestorben. Anauß selbst ist alsbald wahninnig geworden. Zwei Arbeiter, die zuerst als Retter an der Unfallstelle erschienen, saßen durch eingeführtes Gefüll das Mädchen brennend am Boden lauern, aber es mußte erst ein Weg zu ihr gebahnt werden.

Die Milch der frommen Denkmalsart. In dem pommerischen Dorfe Schön e erhielt der Arbeiter Reinhold Westphal vom Mittergutbesitzer Schöne täglich einen Liter Milch. Weiler nun bei der Reichstagswahl nicht konservativ gewählt hatte, wie die Kontrolle ergab, hat man ihm die Milchausgabe entzogen. Bei so schwerer Unbotmäßigkeit kann sich schon die Milch der frommen Denkmalsart in gärenden Drogengift verwandeln.

Die Milch der frommen Denkmalsart.

Ein Finanzskandal mit politischem Hintergrunde. Unser römischer Korrespondent schreibt: In Florenz wird zurzeit über einen Millionenkrach verhandelt, der das ungeheure Vermögen eines Grafen Vastogi verfallenen hat. Vastogi war als freigiebiger Mann und Kunstmäcen seit langem bekannt, und um ihn hatten sich zahlreiche Schmarotzer geschart, die von seiner Freigebigkeit und Geschäftsunkenntnis lebten. Unter diesen befand sich auch der ministerielle Abgeordnete Targioni, der in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt sich im Jahre 1902 erboten hatte, die Vermögensverhältnisse des Grafen zu ordnen. Damals hatte Vastogi rund 200 000 Lire Schulden, heute ist er durch Mitwirkung des Abgeordneten Targioni so ausgewuchert worden, daß das Passivum mehrere Millionen übersteigt. Inzwischen ist allerdings der Abgeordnete, der vor zehn Jahren gar nichts hatte, ein wohlhabender Mann geworden und besitzt eine Villa, die auf über eine Million taxiert wird. Der Prozeß, bei dem neben dem ministeriellen Abgeordneten mehrere mehrere Bucherer unter der Anklage des Betruges auf der Anklagebank sitzen, erregt in ganz Italien großes Interesse.

Kleine Notizen.

Eisenbahnunfälle. Auf dem Bahnhofe Deutzerfeld bei Köln entgleiste am Mittwochmorgen ein Leerzug infolge falscher Weichenstellung. Ein Eisenbahnbeamter wurde schwer, ein zweiter leichter verletzt. — Aus Devils Lake (V. St. d. N.) meldet ein Telegramm, daß bei einem Eisenbahnunglück auf der Great Northern Eisenbahn zwanzig Personen verletzt worden sind. — Wie man reich wird. Der Londoner Großkapitalist und Millionär Hooley wurde zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe wegen Betruges verurteilt. Hooley ist ein Affocié des bekannten Millionärs Freight, der seinerzeit durch seine gewagten Spekulationen berühmt wurde. In einem Tage hatten die beiden eine Summe von zehn Millionen Dollars verdient.

Reflexexplosion auf hoher See. Der Kapitän des in Antwerpen eingetroffenen englischen Dampfers „City of Lincoln“ berichtet, daß sein Schiff auf hoher See von einer Reflexexplosion betroffen wurde. Sechs Mann der Besatzung haben bei dem Unglück ihr Leben verloren.

Folgeschwerer Jertum. Das vor kurzem in Augustsehn (Oldenburg) zugezogene Ehepaar Buchholz hat sich am Dienstagabend im Nebel auf dem Wege nach seiner Wohnung verirrt und ist in einen Kanal geraten und ertrunken. Die Leichen wurden geborgen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen der Redaktion — Sachkundig — wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Sachverhalt und eine Behauptung beizufügen. Briefliche Anträge werden nicht erwidert. Anfragen, denen keine Abonnementsbeziehung beifolgt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. G. 51. Reim. Reklamieren Sie. — **N. G. 39.** Ihre Schwiegermutter soll sich an die Versicherungsanstalt wenden. Der Hausbesitzer hat für die letzten zehn Jahre nachzuleben. — **N. G. 35.** 1. Wenn die geschiedene Frau zustimmt, hat das Dispendogeluch, über das der Justizminister entscheidet, Aussicht auf Erfolg. 2. Die Inanspruchnahme wäre möglich. Der Obervertrug ist am zweckmäßigsten vor der Beschließung beim Notar zu schließen. — **Reichstagswahl 1912.** 1. Reim. 2. Es können noch Monate vergehen. Sie können erinnern. 3. Krankenschwesternleitungen sind eventuell abzugsfähig. 4. Rentenfestsetzung auf bestimmte Jahre erfolgt nicht. — **N. G. 101.** Der Zinsbetrag allein unterliegt nicht der Besteuerung, ist aber dem etwaigen sonstigen Einkommen zuzurechnen. Nachveranlagung ist zulässig. — **N. G. 56.** Der Stempel beträgt 1 M. — **N. G. 100.** Ihr Sohn ist zum weiteren Schulbesuch verpflichtet. — **N. G. 33.** Welche? — **N. G. 103.** Wenden Sie sich an das Bureau der Lithographen und Steinbruder, Engelshof 15. — **N. G. 100.** Heilmittel im Briefkasten zu empfehlen, wäre gewisslos. Vertrauen Sie sich einem Arzt für Herzerkrankungen an. — **N. G. 5.** 1. Ueber Privatunternehmen geben wir keine Auskunft. 2. Dies sind Fragen, die Sie mit einem Arzt besprechen müssen. — **N. G. 18.** Rentrate für Auswanderer, Berlin W., Paritätshaus 9/10. — **N. G. 20.** Im Waisenhaus, Alte Jakobstraße 33/35. — **N. G. 77.** Diemald 1906. — **N. G. 27.** An das Umwohner-Mitglied in Breslau. — **N. G. 83.** Raturallieferanten. — **N. G. 200.** In einem Spezialgeschäft für Arbeitskleidung. — **N. G. 60.** Ja, es muß eine lehrmäßige Anordnung vorhanden sein, am zweckmäßigsten in Form eines Testaments. — **N. G. 50.** Fordern Sie vom Vermögen der Ehefrau unter Beachtung einer Frist. Nach etwa erfolglosem Ablauf der Frist hat eine Klage auf Vertragslösung Aussicht auf Erfolg, falls Sie Ihre Behauptungen beweisen können. — **N. G. 1861.** Reim. — **N. G. 2.** Reim. — **N. G. 47.** Antrag zunächst an den Landesdirektor, am zweckmäßigsten schriftlich. Wegen eines etwa abgleitenden Bescheid können Sie die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts anrufen. — **Tropfen 21.** N. G. Das Rauchen halten wir für unzulässig. Sie können sich beim ausschließlichen Richter des saal. Amtsgerichts beschweren. — **N. G. 1886.** Die Armenverwaltung hat das Recht der Beschlagnahme. — **Regel. Zahlevert.** 1. Leider ja. 2. Das Ausbleiben von Besprechungen hat mit den Ungelegen nichts zu tun; die Stille waren ohne Interesse. — **N. G. 8.** Kann nur nach Einsicht in den Mietvertrag beantwortet werden. — **N. G. 11.** 1. Ist davon abhängig, welche Kündigungfrist vereinbart ist. Die vorzeitige Kündigung ist wirksam. 2. Reim. Die löschungsfähige Kündung kann von einem Notar beglaubigt werden. — **N. G. 100.** 1. Ja. — 2. Reim. — **N. G. 74.** Reim. — **Kunold 45.** 1. Ja, 50 Pf. 2. 3000 M. für jede Session. Für jeden Tag, an dem der Abgeordnete fehlt, werden 20 M. gezahlt. 3. Nicolai-Str. — **N. G. 32.** 1. und 3. Reim. 2. Ja. — **49 N. G.** Sie können bei der Verheiratung durch Erklärung vor dem Standesbeamten dem Kinde Ihren Namen geben. Die Unterhaltspflicht des Erzeugers bleibt bestehen. — **N. G. 100.** Reim. — **N. G. 23.** Sie können, unter Erhebung einer Zahlungsfrist, die Verheiratung androhen. Nach erfolglosem Ablauf der Frist kann ein Gerichtsbeschleß mit der Verheiratung beauftragt werden. — **Alfred I.** 1. Ja. 2. Reim. — **N. G. 1.** Anfrage beim Grundbuchamt. 2. Reim. Sie können Aufhebung des Einsetzungsbeschlusses nach Ablauf der Frist beantragen. — **N. G. 21.** 1. Ja. 2. Nach an Sie. — **N. G. 1872.** 1. und 3. Ja. 2. Reim. — **N. G. 13.** 1. 50 Pf. 2. Reim. — **N. G. 80.** Für jedes Kalenderjahr 2 M., insgesamt, da auf 50 Pf. Beträge abgerundet wird, 4 M. Pächter tritt abhänlich nachträglich im Januar ein, falls im Mietvertrag nichts anderes bestimmt ist. — **N. G. Reußh.** 1. Falls der Mietvertrag unterzeichnet ist, ist er bindend. 2. Die Grenze ist bei Unterhaltsbedürfnis nicht maßgebend. Es kommt auf die Höhe Ihres Verdienstes und die Anzahl der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen an. — **Adlerhof, Wartha.** 1. Ja, sofern der Frau nicht ein Scheidungsgrund zur Seite steht. 2. Ja, da die Tochter älter als 18 Jahre. — **N. G. 37.** Es, sofern nicht Vierung ins Haus verbracht. — **N. G. 51.** Reim. — **Grü. Schmid.** Familienfragen können uns nicht. Unseres Wissens bei keinem Abgeordneten. — **N. G. 100.** Der Zehnjahres ist und nicht bekannt. — **N. G. 1.** 1. Reichstagsabgeordnete beziehen 3000 M. jährlich Aufwandsgehalt, Landtagsabgeordnete Sitzungsgelder 15 M. 2. Reim. — **N. G. 88.** Direction der Post- und Untergrundbahn Berlin, Ködener Straße 11/12. — **Jahn 260.** Das kommt wesentlich auf die Fähigkeit des Straden an. Sie sprechen am besten mit seinem Klassenlehrer. — **N. G. 100.** Ohne Kenntnis Ihres früheren Schreibens und unserer Antwort nicht verständlich. — **Grü. 44.** Ja. — **N. G. 1.** Sie persönlich sind nicht zahlungspflichtig. — **N. G. 42.** Lateinische, Ueberbleibsel aus dem römischen Königtum. Das Auslösungsrecht des Bundesrats ist durch Gesetz nicht begründet.

Marktblatt von Berlin am 13. Februar 1912, nach Ermittlung des Königl. Volksgeldpreisdiums. Marktblattpreise (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 26,00—60,00. Linen 40,00—80,00. Kartoffeln 10,00—15,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,30—2,30. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 4,50—7,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,00—2,40. Kalle 1,20—3,00. Janber 1,60—3,60. Getreide 1,40—2,60. Barfche 1,00—2,00. Schiele 1,40—3,20. Mele 0,80—1,40. 60 Stück Rechte 4,00—30,00.

Witterungsbericht vom 14. Februar 1912.

Stationen	Barometer (hohb mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (°C)	Stationen	Barometer (hohb mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (°C)
Stolmenbe.	763	DE	2	bedekt	-1	Naparranda	753	SE	2	Schnee	-11
Hamburg	761	SE	3	bedekt	1	Petersburg	765	SE	1	bedekt	-15
Berlin	762	D	2	bedekt	0	Scilly	760	SE	2	bedekt	9
Frankf. a. M.	760	SE	1	bedekt	1	Uderbeem	763	SE	2	Regen	6
München	762	SE	2	halb bb.	0	Paris	761	SE	2	bedekt	6
Wien	762	SE	1	bedekt	2						

Wetterprognose für Donnerstag, den 15. Februar 1912. Vorwiegend neblig oder wolkig mit leichten Schneefällen und ziemlich frischen südwestlichen Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 13. 2.	am 12. 2.	Wasserstand	am 13. 2.	am 12. 2.
Remel, Müll	126 ⁹	-2	Saale, Großh.	128 ⁹	0
Bregel, Ansternburg	-86 ⁹	+16	Saale, Spandau ⁹	54 ⁹	+2
Welsch, Horn	58 ⁹	-2	Rathenow ⁹	100 ⁹	0
Daber, Rathbor	322	-1	Spree, Spremberg ⁹	84	+12
Krossen	116 ⁹	+1	Beesfom	45 ⁹	-3
Frankfurt	119 ⁹	+3	Weser, Minden	210	+10
Wartze, Schrimm	28 ⁹	+4	Weser, Minden	204 ⁹	0
Landberg	88 ⁹	0	Rhein, Rheinfelden	384	+6
Rehe, Borsdamm	47 ⁹	+1	Rhein, Köln	184	+15
Elbe, Reimertsh	70	+7	Rhein, Köln	223	+9
Dreden	-113 ⁹	-3	Redar, Heilsbaum	110	-10
Weg	172 ⁹	+12	Rhein, Wehrheim	140	0
Wegdeburg	146 ⁹	+10	Rhein, Xrier	158	-3

⁹) + bedeutet Hoch, — Fall. — ⁹) Unterpegel. — ⁹) Eisstand.

Verband der Sattler u. Portefeuller
Ortsverwaltung Berlin.
Reisefartikel- und Portefeullerbranche!
Heute Donnerstag, den 15. Februar, abends 6 Uhr, im Lokal Dresdener Str. 116:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung:
Die neue Arbeitsordnung der Fabrikantenvereinigung!
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Branchenleitung.

Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer.
Der Vorstand.
271/3

Dr. Felix Taendler,
Frauenarzt, 24/8
jetzt: Rankestraße 3, 2.
a. d. Kais.-Wilh.-Gedächtn.-Kirche
Sprecht. 4-5/7, Tel. Charlottenb. 743.
Ambul. Landstr. St. 66/67, wie biash.

Stoffe
Reste v. Anzug, Paletot Rtr. 3.— M.
Loden für Pelzerinnen Rtr. 1,50, 2,50.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Masken-Garderobe
Willi Ernst,
Köpenicker Straße 55b, 1.
Amt Rpt. 14 089.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Vorzugiger dieser Annonce erhält 10 Proz. Preisermäßigung.

Die realsten und billigsten Möbel
und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenszahlung.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Möbel-Angebot.
Solches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen wählige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Zahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 35, Postamt 103.
Kein Abzahlungsgeschäft.

Möbel-Ausstellung
Kurfürstendamm 151
(Nordland-Ausstellung) Nahe Bf. Charlottenburg.
27. Januar bis 17. März
Eintritt frei!
Donnerstag: Großes Militär-Konzert



Theater und Vergnügungen



Donnerstag, 14. Februar 1912.

Kgl. Schauspielhaus, Camlet
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus, Sinfonieconcert
Deutsches, Faust 1. Teil.
Kirtus Busch, Gala-Vorstellung
Kirtus Schumann, Gala-Vorstellung.
Gaverland, Spezialitäten
Anfang 8 Uhr.

Urania, Fandenbergstr. 48/49.
Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Neues Theater, Neue Augustin
Kammerstücke. Eine glückliche Ehe.
Leitung: Erbe, Komische Musik.
Neues Schauspielhaus, Lieber
unsere Kraft 2. Teil.
Reibenz, Alles für die Firma
Karlsruheroper. Der Schmutz der Madonna.
Komische Oper, Rigolotto
Wespen, Wiener Blut.
Kunstspielhaus, Die Damen des
Regiments.
Aleines, Lotzens Geburtstag
Geny und Janny Ehler, Hohenjos.

Berliner, Große Hofnen
Neues Opernhaus, Eva.
Schiller O., Der Weg zur Hölle
Zahner, Charlottenburg, Der Probepfeil.
Friedr., Wilh. Schauspielhaus
Feldherrnhügel.
Luffen, Sommerputz
Hefe, Salon und Kloster.
Königsgräber Straße, Die fünf
Frankfurter.

Metropol, Die Nacht von Berlin
Tristan, Das kleine Café.
Thalia, Politische Wirtschaft
Cafino, Der Kampf ums Dasein.
Walla, Spezialitäten
Passage, Spezialitäten.
Herrnfeld, Wie man Männer
bessert.
Reichshallen, Stettiner Säng.
Königsgräber, Ein dunkler
Punkt, Spezialitäten.
Wintergarten, Spezialitäten
Kirtus Sarrasani, Gala-Vor-
stellung.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Folies Caprice, Wandeltätigkeit
Volterabend, Loßgelassen, Waffenübung.
Walhalla, Teufel, das hat einge-
schlagen!
Volgt, Hotel Klingebusch
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater, Der zer-
brochene Krug, Frischen.
Belle-Alliance, Napoleon Bonaparte
und seine Frauen.
Sternwarte, Invalidenstr. 57-62

Schiller-Theater O., Halmers-
Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Probepfeil.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Wildente.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Probekandidat.

Schiller-Theater, Charlotten-
burg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Probepfeil.
Freitag, abends 8 Uhr:
Grün Lea.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Probepfeil.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.

Berliner Theater, Abends 8 Uhr:
Große Hofnen.

Theater in der Königsgräber Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater, Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der ideale Bauer.

Theater des Westens, Abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Sonnt. 6 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Residenz-Theater, Direction Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwarz in 3 Akten von H. Knechtlein
u. G. Nischel. In Szene gesetzt und
für die deutsche Bühne bearbeitet von
Hollen-Bardes.
Morgen u. folg. Tage: Allosf. d. Firma.

Luifen-Theater, Donnerstag: Sommerputz.
Freitag: Der Verächter.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Schneeweißchen und Rosenrot. Abends:
Sommerputz.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Salon und Kloster.
Volksschauspiel in 5 Akten, d. Georg Horn.
Freitag: Der Probepfeil.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Im
Sauerländer Rübgebild.

Urania, Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Der Großglockner, Gastein
und die Salzburger Alpen.
Sternwarte, Invalidenstr. 57-62,
(7 1/2-10 Uhr)
Saturn, Orionnebel usw.
Belle-Alliance-Theater,
8 1/2 Uhr: Trübseliges Gastspiel
Herr, Bonn in „Napoleon Bonaparte
und seine Frauen.“

Metropol-Theater,
Abends 8 Uhr: Kauden gefaltet.
Die Nacht von Berlin!
Große Nadelkreise in 7 Bildern von
Paul Freund, Musik von B. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr:
Ein sensationeller Erfolg des
neuen komisch. Programms
8 für Berlin neue Debüt
mit
dem Tagesgespräch von Berlin:
Paul Beckers
Grosst.-Komiker.

Herrnfeld Theater
Ein neuer
Sensationserfolg
Wie man
Männer bessert.
2 Akte mit den Autoren
in den Hauptrollen.
Hierzu die Revüträt:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf 11-2 (Theaterkass.).

Passage-Theater,
Schneider-Duncker
Carl and Lotty
die berühmte Excentr.-Tänzer.
Luise Schäfer
Vortragskünstlerin.
The Hevaldos Truppe
d. best. Schleuderbrott-Akrob.
und d. Febr.-Glanzprogr.
14 erstkl. Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.
Das Londoner Mirakel
Die Frau
in der **Kanne!**
Befreiung aus d. Wassergrab.
Lebend! Lebend!
Fakir-Truppe
15 Personen
in ihren religiösen
Martyrer-Produktionen
Wochentags 4-7 Uhr:
Lichtspiele
Ohne Extra-Entree.

Trianon-Theater,
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.



Admiraalpalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Nachmittags:
Militär-Konzert
Kunstlauf-Produktionen.
Abends die Neuvitäten:
Tänze u. d. Eis, Rheinländer, Russisch, Engl.,
Alt-Wiener Walzer und
Die kleine Charlotte.
Der norwegische Meister
Harry Paulsen
sowie d. prächt. Eisballett
Alpenzauber.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2
Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.

Freie Volksbühne

Winterfest
Sonntag, den 25. Februar, abends 7 Uhr,
in Kellers Neuer Philharmonie.
Beethoven-Konzert
ausgeführt von der Berliner Sinfonievereinigung
Leitung: Leo Schratzenholz.
Festmarken a 60 Pf. sind in allen Zahlstellen
erhältlich.

Lessing-Theater
8., 14., 21. April:
Wenn der junge
Wein blüht

Thalia-Theater
Greins:
Die Thurnbacherin

Abendabteilungen
Hebbel:
Heiligenwald.

Neues Schauspielhaus
Björnson:
Ueber unsere Kraft
2. Teil.

Residenz-Theater
Emil Augier:
Die arme Löwin.

Herrnfeld-Theater
Sven Lange
Simson und Della.

Die Mitglieder d. Nachmittagsabteilungen
können zu den Montagabendvorstellungen im
Neuen Schauspielhaus Gastkarten a 1.30 M. beim Ob-
mann im Theater (7-8 Uhr) erhalten. 242/6

Zentral-Verband der Zimmerer
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Sonabend, den 17. Februar, in den festlich dekorierten Sälen
der „Aktien-Brauerei Friedrichshain“ (am Königstor):
Großer Wiener Maskenball
4 Musikkapellen. — Die neuesten Vorführungen.
Alle Mitglieder, deren Angehörige sowie Freunde u. Bekannte sind hiermit freudl. eingeladen.
Einlaßkarten a 50 Pf. (Kinder unter 14 Jahren sind frei) sind in den Bezirkslokalen sowie
im Verbandsbureau in Empfang zu nehmen. **Der Vorstand.**

Walhalla-Theater
Am Rosenthaler Tor. Direktion: James Klein. Weinbergsweg 18.
Morgen abends 8 1/2 Uhr:
Premiere
des gewaltigsten und aktuellsten Stückes der Gegenwart
Menschenrechte
Großes soziales Volks-Anstaltungstück mit Gesang und Ballett in fünf Akten von
Max Reichardt. In Szene gesetzt vom Direktor **James Klein.**
1. Akt: Die Geheimnisse im Privatkontoir. 2. Akt: Die Massenprotestversammlung.
3. Akt: Im Ballsaal. Am Rande des Abgrundes. 4. Akt: Arbeit nieder!
5. Akt: Ein Gottesgericht. 2980b
Die Kasse ist von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends ununterbrochen geöffnet.

Casino-Theater
Volkringer Str. 37. Anfang 8 Uhr
Der größte Theatererfolg!
Täglich ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
Aktuell! Dem heutigen Leben entnommen. — Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Der selige Hühnerhund.

Voigt-Theater,
Donnerstag, den 15. Februar:
Gastspiel in
Puhlmanns Theater, Schönhauser
Madame Bonivard.
Volkstümlich in 3 Akten von Döfler.
Raffeneröffnung 7, Anfang 8 1/2 Uhr.

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert Zillertaler und Tegernseer
Sänger, Plattler u. Jodler!!
Anstich von 3 Königsbräu, dem köstlichsten aller Münchener Doppelbiere.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Hippodrom-Palast.
Potsdamer Str. 72. Früher Sportpalast.
!Größte Schau Berlins!
!Größte Schau der Welt!
Eröffnung Mittwoch, 21. Februar,
8 Uhr abends.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Loßgelassen.
Waffenübung.
Wandeltätigkeit Volterabend.

Zirkus Schumann
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung mit
reichhaltigem Programm u. a.:
Aufreten von Dir. A. Schumann.
— Gebr. Webb. — Fräul.
Dora Schumann u. sämtliche
Attraktionen. — Das neueste,
größte, nicht zu überbietende
Ausstattungsstück
Das Motorpferd
in 5 Akten.
1. Akt: Im Berl. Schlächter-
laden. 2. Akt: Leben und
Treiben vor einem Warenhaus.
Aufziehen d. Regimentsmusik.
3. Akt: Im Innern des Waren-
hauses. 4. Akt: Auf d. Trab-
rennbahn in Weißensee.

Zirkus Busch
Donnerstag, den 15. Februar 1912,
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Sport-Abend.
Fortsetzung der japanischen
Sportspiele. **Jiu-Jitsu** und
Ringkämpfe.
Um den Unterschied der japanischen Kampfmethoden zu
zeigen, werden vor den japanischen von jetzt ab auch
griechisch-römische Ringkämpfe
ausgeführt werden! (Die je-
weiligen Namen der Ringer
im Programm.)
Um 9 1/2 Uhr: **Die Hexe.**
Gr. Volks-Manege-Schauspiel.

Königstadt-Kasino.
Gde. Dolgmarkt u. Alexanderstraße
Täglich Varietè und Theater.
Don 1.-16. Februar
Riesenprogramm.
In jeder Vorstellung:
Ein dunkler Punkt.
Darleste mit Gesang in 2 Bildern.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng.
Neu! Neu!
Pantoffel-Helden.
Darleste u. Reichardt.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen
und Hochzeitstudel.
bei freiem Entree. **O. NIBLE.**

Concordia-Festsäle.
Inh.: M. Wendt & A. Schütze.
64 Andreasstraße 64.
Jeden Donnerstag:
Große Soiree
d. allgemein beliebten
und bekannten
Hoffmanns Säng.
Direktion Fr. Panther
Heute:
Die helden Herren
Leutenants.
Schwank in 1 Akt.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Soiree: **Frei-Tanz.**
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 12. sächsischen Wahlkreis (Leipzig-Stadt) hielt am Dienstag im Volkshaus seine Halbjahrs-Generalversammlung ab.

Zur Agitation wurden 10 große Veranmlungen innerhalb des Stadtgebiets abgehalten, 27 verschiedene Flugblätter in einer Anzahl von 850 000, ferner 155 000 Handzettel, 18 verschiedene Plakate in einer Auflage von 28 850, 22 000 Broschüren und 417 988 Drucksachen, Zirkulare, Karten usw. verteilt.

Das sozialdemokratisch-fortschrittliche Stichwahlabkommen. Mit dem bekannten Stichwahlabkommen beschäftigte sich am Sonntag eine Konferenz der Parteifunktionäre des Wahlkreises Merseburg-Querfurt.

Bei der Gemeindevorsteherwahl in Kluppenheim bei Wiesbaden legte in der dritten Klasse die sozialdemokratische Partei, trotzdem die Wahlzeit von 2 bis 4 Uhr nachmittags festgelegt war und viele unserer Arbeiter dadurch einen halben Tag versäumen mußten.

Der Kaffater Denkmalfonds.

Im Jahre 1911 vermehrte sich der Bestand des Fonds, der für die Grabstätte der Standrechtsober bestimmt ist, nur um den Zinsbetrag des Kapitals, da keine neuen Beiträge eingewendet wurden.

Eine französische Agitationsschule.

Die Sozialistische Schule in Paris hat einen Unterricht für Agitatoren eingerichtet. Er wird von besonderen Lehrern, von Abgeordneten und Journalisten erteilt und zerfällt in einen theoretischen und einen praktischen Teil.

Parteiliteratur.

Soeben ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. S. P., Berlin SW. 68, erschienen: Die Sozialdemokratie und die Wahlen zum Deutschen Reichstage von Paul Hirsch und Bruno Vorwardt.

Jugendbewegung.

Die Christlichen auf dem Jugendfang.

Die Ausbreitung der proletarischen Jugendbewegung hat die geistigen Haupter der christlichen und nationalen Bewegungen in nicht geringem Maße berührt und so suchen sie denn mit den verschiedenen Mitteln ihre Schäfchen vor der neuen Erscheinung zu retten.

Derigentat Rumm, der Schwiegerohn Stöders und Erbe des antisemitischen Parteigründers, ist besonders heberhaft tätig, die Jugend der Arbeiterklasse für seine Zwecke zu fördern. So hatte er denn am Dienstag wieder eine Verammlung nach dem Gewerkschaftshaus am Engelufer einberufen mit der Tagesordnung: „Christliche und sozialistische Jugendbewegung“.

Der Referent, ein Herr Inspektor Jigenstein, hatte einen prall gefüllten Sittensack mitgebracht, den er im Verlauf von 1 1/2 Stunden über die gebührenden Zuhörer ausschüttete.

Aussprüche von bekannten Sozialdemokraten, Parteitagbeschlüsse und Resolutionen, Auszüge aus Broschüren und aus der „Arbeiterjugend“ sowie Gedichte und Lieder sollten beweisen, daß die „rote“ Jugendbewegung, wie der Herr sie ständig nannte, antireligiös, revolutionär, sozialdemokratisch, ja selbst nihilistisch (!) sei.

Trotz aller Pitanz und Ausprüche gelang es aber dem Referenten nicht, den Nachweis zu führen, daß in den Versammlungen der freien Jugendbewegung Tagespolitik getrieben werde. Es hat auch nichts, daß Freiligrath, Wendel, ja selbst der arme Schiller als Aufrührer und Fürstentumverherrlicher aufgeführt wurden.

Der alte Trid, nur 15 bzw. 10 Minuten Redezeit zu gewahren, verhinderte, daß den Herren eine gründliche Abfuhr zuteil werden konnte.

Zeit manch Schmerzhaften Dief in Kauf nehmen, die ihnen von einigen Genossen und Jugendlichen verabsolgt wurden.

Ein nicht neues, aber wertvolles und bezeichnendes Jugendbündnis entschlüpfte einem der christlichen Führer; auf einen Zwischenruf entgegnete er: „Ja, wir schießen auch auf Vater und Mutter, wenn die von Gott eingesetzten Autoritäten bedroht werden!“

Zuletzt stellte sich einem unserer Genossen ein alter weisheitsreicher Herr, der bei der Aufzählung all der Schandtaten der roten Jugendbewegung immerfort „Hört! hört!“ gerufen und sich als treuer Antifemist zu erkennen gegeben hatte, als Bruder unseres in Amerika verstorbenen Genossen Sorge vor, dessen Briefwechsel mit Marx und anderen Altmeistern der Sozialdemokratie bekannt ist.

Verfassungen.

Für alle bei der Auergesellschaft Abteilung A. N. Feuer- und Exportgesellschaft beschäftigten Personen fand eine Verammlung in den „Comeniusläden“ statt. Hauptächlich waren es weibliche Besucher, die dem Ruhe gefolgt waren, zumal ja auch in dieser Branche sehr viel Frauen beschäftigt sind.

In der Diskussion wurden noch mancherlei Mißstände besprochen. Der Besuch von Betriebsversammlungen wird von den Betriebsleitungen durch die verschiedensten Maßnahmen zu hindern versucht.

Die Kantinenverhältnisse wurden ebenfalls einer scharfen Kritik unterzogen. Die Speisen sollen manchmal in einer nicht gerade appetitlichen Verfassung sein und auch nicht mit den sonst üblichen Preisen in Einklang stehen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Friedrichshagen. Heute, Donnerstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Friedrichstr. 60 (Zugendheim): Vortrag über: „Physiologie“. Neue Teilnehmer können noch eintreten.

Kavon-Seife / eine neuartige Haushaltseife von fabelhafter Waschkraft.

Die Kavon-Seife wird nach einem ganz neuen Verfahren gewonnen. Bekanntlich sind die Seifen, die jetzt meistens zur Wäsche benutzt werden, mit Hilfe von Natronlauge oder Soda hergestellt.

Schon seit undenklichen Zeiten ist den Seifensiedern bekannt, daß Kaliseifen die weitaus besten für alle Haushaltzwecke sein würden, nur gelang es lange nicht, solche Seifen in festen Stücken zu erzeugen.

Der ungeheure Vorzug der Kavon-Seife besteht darin, daß sie die Wäsche absolut nicht angreift und die Farben schont, und was erstannlich ist, daß man auch alle empfindlicheren Sachen, wie Wollsaachen, feinere Spitzen und Gewebe, Gardinen usw. mit der Kavon-Seife waschen kann.

Es ist jeder Hausfrau aufs dringendste anzupfehlen, unbedingt einmal einen Versuch zu machen, und sie soll zu diesem Waschversuch empfindlichere oder besonders verschmutzte Sachen nehmen.

Ein Stück Kavon-Seife (Preis 20 Pfennig) genügt zu diesem Versuch vollständig. Mit einem Stück Kavon-Seife kann man einen ganzen Haufen Wäsche und andere Sachen waschen.

Wer mit Kavon-Seife einmal gewaschen hat, nimmt keine andere Seife wieder.

